



**Was bringt die Wissenschaft für die  
Wirtschaft in einer Region?**

**Empirische Ergebnisse zu den Nachfrageeffekten  
und Hypothesen über mögliche Angebotseffekte  
der Wissenschaftseinrichtungen in der  
Region Halle**

*Peter Franz*

*Martin T. W. Rosenfeld*

*Diana Roth*

Juni 2002

Nr. 163

**Diskussionspapiere**  
*Discussion Papers*



Herausgeber:

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE (IWH)

Postanschrift: Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)

Hausanschrift: Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)

Telefon: (03 45) 77 53-60

Telefax: (03 45) 77 53-8 20

Internet: <http://www.iwh-halle.de>

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
<b>A. Einleitung</b>	<b>6</b>
1. Problemstellung	6
2. Überblick über den Aufbau der Studie	9
<b>B. Theoretische Grundlagen und Methoden der Studie</b>	<b>10</b>
1. Ausdifferenzierung verschiedener ökonomischer Effekte von Wissenschaftseinrichtungen	10
2. Methodisches Vorgehen zur Ermittlung der Nachfrageeffekte	14
3. Festlegung von Untersuchungsregion, -zeitrahmen und -objekten	16
<b>C. Ausgangslage der Wirtschaft, Forschung und Entwicklung</b>	<b>19</b>
1. Allgemeine ökonomische Ausgangslage	19
1.1 Das Land Sachsen-Anhalt	19
1.2 Die Region Halle	21
2. Ausgangslage im Bereich der Forschung und Entwicklung	24
2.1 Das Land Sachsen-Anhalt	25
2.1.1 Privatwirtschaftliche Forschung und Entwicklung	25
2.1.2 Öffentliche Forschung und Entwicklung	30
2.2 Die Region Halle	35
2.2.1 Privatwirtschaftliche Forschung und Entwicklung	35
2.2.2 Öffentliche Forschung und Entwicklung	37
3. Zwischenfazit	38
<b>D. Von den öffentlich finanzierten Wissenschaftseinrichtungen ausgelöste Nachfrageeffekte</b>	<b>40</b>
1. Differenzierung der Ausgaben nach Herkunft der Mittel	40
1.1 Grundfinanzierung der Wissenschaftseinrichtungen aus externen und landeseigenen Quellen	41
1.2 Zusätzlich attrahierte Mittel	45
1.2.1 Zufluss an Drittmitteln	45
1.2.2 Auf die Deutsche Forschungsgemeinschaft bezogene Mittelzu- und -abflüsse	46
1.2.3 Mittelzuflüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	47

2. Von den Wissenschaftseinrichtungen der Region Halle ausgelöste Nachfrageeffekte in Sachsen-Anhalt	49
2.1 Primäre Effekte der Gesamtnachfrage	51
2.1.1 Personalausgaben	51
2.1.1.1 Zur Ermittlung des konsumwirksamen Anteils der Personalausgaben	51
2.1.1.2 Zur regionalen Inzidenz der Personalausgaben	52
2.1.1.3 Zum Stellenwert der Einkünfte aus Nebentätigkeiten	56
2.1.2 Sach- und Investitionsausgaben	57
2.1.3 Ausgaben der Hochschulen von 1996 bis 2000	60
2.2 Nachfrageeffekte der zusätzlich attrahierten Mittel	61
2.2.1 Ausgaben aus Drittmitteln	62
2.2.2 Investitionen auf der Grundlage des Hochschulbauförderungsgesetzes	66
2.2.3 Ausgaben der Studierenden	67
3. Multiplikatoreffekte	68
3.1 Zur Bestimmung des Multiplikatorkoeffizienten	69
3.1.1 Potenzielle Alternativen zur Multiplikator-Analyse	69
3.1.2 Methodische Schritte zur Bestimmung des Multiplikators	70
3.2 Gesamteffekte	76
4. Zwischenfazit und politische Implikationen	77
<b>E. Ermittlung der Angebotseffekte: Theoretische Grundkonzeption, Hypothesen und Methoden im Überblick</b>	<b>80</b>
1. Theoretische Grundkonzeption	80
1.1. Die wachstumstheoretische Bedeutung von Wissenschaftseinrichtungen	80
1.2. Ausdifferenzierung des Güterangebotes der wissenschaftlichen Einrichtungen	81
2. Hypothesen	85
3. Geplantes methodisches Vorgehen	91
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>93</b>

## A. Einleitung

### 1. Problemstellung

#### *Wissenschaftseinrichtungen im Kreuzfeuer gegensätzlicher Bewertungen*

In Zeiten knapper öffentlicher Kassen wächst der Druck auf öffentlich finanzierte Einrichtungen, nachzuweisen, „dass sie das Geld auch wert sind, das in sie fließt“. Für Wissenschaftseinrichtungen, die in Deutschland ganz überwiegend öffentlich finanziert werden, fällt dieser Nachweis aus mehrerlei Gründen schwer. Im Gegensatz zu den genau bezifferbaren Mitteln, die in Inputs wie Professorengehälter, die Ausstattung von Laboren oder den Bau von Hörsälen fließen, bereitet die Messung des Outputs Schwierigkeiten. Die Zahl der Veröffentlichungen und die Zahl der diplomierten Studenten kann man zwar noch relativ leicht ermitteln, doch ist mit diesen Zahlen noch nichts über deren Qualität ausgesagt.

Ungeachtet der Qualität des Outputs wird von wirtschaftstheoretischer wie von wirtschaftspolitischer Seite in den letzten Jahren den Faktoren Wissen, Humankapital und technischer Fortschritt eine zunehmend wichtige Rolle für das wirtschaftliche Wachstum zugeschrieben. Im Rahmen der wachsenden Beachtung dieses Faktorenbündels stellt sich die Frage, ob Regionen mit wissens- und humankapitalgenerierenden Einrichtungen – wie sie Hochschulen und Forschungsinstitute darstellen – besondere Wachstumsvorteile aus diesem Standortmerkmal erzielen. Aus regionalökonomischer Perspektive bilden räumlich konzentrierte Forschungs- und Wissenstransfereinrichtungen in Verbindung mit Unternehmen, die deren Leistungen und Personal nachfragen, ein Potenzial für regionale Netzwerke. Mit dem Entstehen solcher Netzwerke verbessern sich die Chancen, dass sich dauerhafte Kooperationsbeziehungen zwischen Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen herausbilden. Dieses Potenzial versuchen insbesondere jene Regionen zu aktivieren, die eine Phase intensiven Strukturwandels durchleben, Wachstumsschwächen zeigen und demzufolge nach neuen Strategien suchen, um mittelfristig auf einen steileren Wachstumspfad zu gelangen. Dennoch bleibt unsicher, ob das von den Wissenschaftseinrichtungen eines Landes produzierte Wissen und die von ihnen ausgebildeten Absolventen auch primär dem Land zugute kommen, das diese Einrichtungen finanziert. Veröffentlichtes Wissen und Absolventen sind mobil, so dass sich die Frage stellt, inwieweit andere Länder oder Regionen von diesen Leistungen vorzugsweise profitieren, ohne zu ihren Kosten beigetragen zu haben. Aus diesem Grund bleibt es auch eine unsichere Angelegenheit für Wissenschaftseinrichtungen, ihre Exis-

tenzberechtigung auf dem Argument aufzubauen, sie hätten eine große regionalökonomische Bedeutung. Allerdings ist auf jeden Fall zu erwarten, dass Wissenschaftseinrichtungen zur Erhöhung der Nachfrage in einer Region beitragen, sofern sie *zusätzlich* zu den bereits bestehenden öffentlichen Einrichtungen installiert und mit *zusätzlichen* (von außen kommenden) Mitteln finanziert werden.

*Sachsen-Anhalt und die Region Halle als besonders interessante Untersuchungsregionen*

Das Land Sachsen-Anhalt ist im Hinblick auf seine wirtschaftliche Entwicklung nach wie vor auf der Suche nach einer dauerhaften wachstumsfördernden Strategie. Eine Studie zur ökonomischen Situation des Landes hat ergeben, dass Sachsen-Anhalt bezüglich verschiedener Wachstumsfaktoren ungünstig ausgestattet ist.<sup>1</sup> Daher stellen sich die Fragen:

- Wie kann sich das Land überhaupt entwickeln?
- Was können Wissenschaftseinrichtungen dazu beitragen?
- Wie kann man die knappen Ressourcen am geschicktesten einsetzen?

Auf Grund mangelnder Erkenntnisse über die konkreten empirischen Zusammenhänge von Wissenschaft und Wirtschaft im Land besteht Unsicherheit bei den politischen Entscheidungsträgern, ob in Sachsen-Anhalt bisher eher zu wenig oder zu viel in die Wissenschaft investiert wurde, ob es sich eher in diesen oder in jenen Wissenschaftsbereichen zu investieren lohnt, oder ob stärker darauf abgestellt werden muss, Wissen und Humankapital von außen einzukaufen.

Für ein Land wie Sachsen-Anhalt erscheint zusätzlich die Unsicherheit über den Ertrag seiner Investitionen in die Wissenschaft aus mehrerlei Gründen besonders hoch. Zum einen gehört Sachsen-Anhalt von der Fläche und noch mehr von der Bevölkerungszahl her zu den kleineren unter den deutschen Bundesländern. Diese geringe Größe steigert das Risiko, dass eher andere Länder von den vom Land finanzierten Forschungs- und Ausbildungsleistungen profitieren. Das immer wieder beschworene Bild von den scharenweise in den Westen abwandernden Hochschulabsolventen veranschaulicht dieses Risiko.

---

<sup>1</sup> Vgl. ROSENFELD, M. T. W./BARJAK, F./FRANZ, P./HEIMPOLD, G./SCHULTZ, B.: Regionale Wirtschaftsstrukturen in der zweiten Phase der ostdeutschen Transformation: Sachsen-Anhalt 1995-1999, Halle 2001 (IWH-Sonderheft 1/2001).

In der Region Halle bündeln sich die Entwicklungsprobleme und –chancen des Landes in besonderer Weise. Hier tritt der ökonomische Strukturwandel in Form zahlreicher industrieller und zum Teil inzwischen revitalisierter Altstandorte besonders greifbar zu Tage. Zugleich ist die Region aber auch Standort zahlreicher und vielfältiger Wissenschaftseinrichtungen und als stärker verdichtete Region auch Träger vielfältiger Potenziale, die sich nicht zuletzt im kulturellen Bereich zeigen.. Hier stellen sich die Fragen, in welcher Verbindung die Wissenschaftseinrichtungen zu den Unternehmen in der Region stehen und welchen Beitrag sie zur ökonomischen Revitalisierung der Region liefern können. Vor dem skizzierten Hintergrund bietet es sich an, das Land Sachsen-Anhalt sowie die Region Halle als Fallbeispiele für eine Analyse der regionalökonomischen Wirkungen von Wissenschaftseinrichtungen auszuwählen.

#### *Wichtige Ziele der Studie*

Ein wichtiges Ziel der Studie ist es, zur Beantwortung der oben skizzierten offenen Fragen der regionalökonomischen Wirksamkeit von Wissenschaftseinrichtungen beizutragen. Darüber hinaus wird in Bezug auf die Untersuchungsregion Neuland betreten, da für das Land Sachsen-Anhalt bisher keine Studien zu den regionalökonomischen Effekten dort angesiedelter Wissenschaftseinrichtungen durchgeführt worden sind. Die unten dargestellten Befunde haben deshalb hohen Neuigkeitswert für das Land Sachsen-Anhalt und können darüber hinaus mit den Effekten ähnlich untersuchter Wissenschaftseinrichtungen anderer Ländern verglichen werden. Zudem sind in vergleichbaren Studien bisher relativ selten *sämtliche* Wissenschaftseinrichtungen einer Region untersucht worden. Darüber hinaus werden die Wirkungen nicht nur für einen engeren Umkreis um den Standort der Wissenschaftseinrichtungen, sondern für das gesamte Land Sachsen-Anhalt ermittelt, das eine Trägerfunktion für alle Einrichtungen hat.

Neben dem wissenschaftlichen Erkenntniszuwachs erhoffen sich die Autoren, dass die Befunde auch politisch von Bedeutung sein werden. Dies ist insbesondere von Informationen über das Ausmaß und die Form von Kooperation zwischen Wissenschaftseinrichtungen und privaten Unternehmen zu erwarten. Des weiteren kann davon ausgegangen werden, dass mit den Befunden sowohl besonders günstige Situationen des Wissensflusses zwischen Wissenschaft und Unternehmen und der Umsetzung wissenschaftlichen Wissens in unternehmerische Aktivitäten ermittelt werden, als auch Situationen, in denen ein solcher Transfer bisher unbefriedigend geblieben ist. Für letztere können politische Empfehlungen formuliert werden, wie diese Situation zu verbessern ist und in welche Richtung die Wissenschaftslandschaft ggf. umgebaut werden sollte.



Der vorliegende Ergebnisbericht konzentriert sich auf jene Effekte, die von der Nachfrage der Wissenschaftseinrichtungen nach Inputfaktoren aller Art ausgehen. Er ist Teil eines umfangreicheren Forschungsprojekts, in dessen Rahmen neben den soeben skizzierten Nachfrageeffekten auch die eingangs angesprochenen sonstigen Effekte (Angebotseffekte) von Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle untersucht werden. Zu diesen Angebotseffekten werden erste Hypothesen entwickelt.

## **2. Überblick über den Aufbau der Studie**

Der vorliegende Bericht entwickelt in Kapitel B. die theoretische Basis des Gesamtprojekts, informiert über das methodische Vorgehen und grenzt den Untersuchungsbereich ab. In Kapitel C. erfolgt eine Kennzeichnung der wirtschaftlichen Ausgangslage in Sachsen-Anhalt und in der Region Halle mit dem Ziel, die zentralen Wachstumsdefizite in Relation zu den anderen neuen Ländern heraus zu arbeiten. Dies wird ergänzt durch einen Überblick über die wissenschaftsökonomische Ausgangslage. Dies soll verdeutlichen, welche Wissenschaftsstrukturen und -schwerpunkte sich im Verlauf der 90er Jahre in Sachsen-Anhalt in Relation zu den anderen neuen Ländern sowie in der Region Halle im Vergleich zu den anderen Regionen Sachsens-Anhalts heraus gebildet haben und welcher finanzielle Aufwand für den Unterhalt des Wissenschaftsbetriebs erforderlich ist.

In Kapitel D. werden Ergebnisse zu den Nachfrageeffekten in Sachsen-Anhalt präsentiert, die durch den Betrieb der Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle entstehen. Zunächst wird dargestellt, aus welchen landesinternen und -externen Quellen die verschiedenen Wissenschaftseinrichtungen finanziert werden (Abschnitt 1.). Danach werden die primären Nachfrageeffekte der Personalausgaben (Abschnitt 2.1.1), der Sachausgaben (Abschnitt 2.1.2) untersucht. In Abschnitt 2.1.3 wird darüber informiert, wie sich die Ausgaben der Hochschulen von 1996 bis zum Jahr 2000 entwickelt haben. In Kapitel 2.2 wird über die Nachfrageeffekte berichtet, die aus den eingeworbenen Drittmitteln (Abschnitt 2.2.1), aus den Ausgaben auf der Grundlage des Hochschulbauförderungsgesetzes (Abschnitt 2.2.2) und durch die Ausgaben der Studenten (Abschnitt 2.2.3) entstehen. In Abschnitt 3 werden schließlich jene zusätzlichen Nachfrageeffekte ermittelt, die auf Grund der Multiplikatorwirkung der primären Nachfrageeffekte entstehen. Ein Zwischenfazit (Abschnitt 4) rundet das Kapitel D. ab. In Teil E. werden die zentralen Ausgangshypothesen zu den Angebotseffekten kurz skizziert und die weiteren geplanten Untersuchungsschritte erläutert.

## **B. Theoretische Grundlagen und Methoden der Studie**

In diesem Kapitel zu den theoretischen und methodischen Grundlagen der Studie werden vorrangig solche Aspekte und Themen angesprochen, die mit den Nachfrageeffekten, die von Wissenschaftseinrichtungen ausgehen, zusammen hängen. Im Endbericht des Forschungsprojekts werden auch die die Angebotseffekte betreffenden theoretischen und methodischen Überlegungen ausführlich dargestellt.

### **1. Ausdifferenzierung verschiedener ökonomischer Effekte von Wissenschaftseinrichtungen**

Gemäß dem Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt dienen „die Hochschulen ... entsprechend ihrer Aufgabenstellung der Pflege und Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung und künstlerische Vorhaben sowie durch Lehre, Studium und Weiterbildung. Sie bereiten auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und wissenschaftlicher Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern“.<sup>2</sup> Mit ihrer Aufgabe der Weiterentwicklung ihrer Kernkompetenzen in Forschung, Lehre und Studium stehen die Hochschulen in einem nationalen und internationalen Austausch und Wettbewerb, für den der jeweilige Hochschulstandort zunächst einmal nachrangig ist.<sup>3</sup> Mit Ausnahme des Ausbildungsauftrags gilt ähnliches auch für hochschulexterne Forschungsinstitute.

Mit der Änderung des Hochschulgesetzes im Jahr 1998 finden mögliche ökonomische Wirkungen der Hochschulen stärkere Berücksichtigung, indem zusätzliche Aufgaben der Kooperation und Wissensdiffusion formuliert werden: „Die Hochschulen wirken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben untereinander und mit anderen Forschungs-, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie mit Partnern der Wirtschaft zusammen. Sie fördern die Verbreitung und Nutzung ihrer Forschungsergebnisse im gesellschaftlichen Leben und in der beruflichen Praxis sowie in der praxisorientierten Umweltbildung. Hierzu können Transferstellen eingerichtet werden“.<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup> §3 Abs. 1 Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (HSG-LSA) vom 8. August 2000.

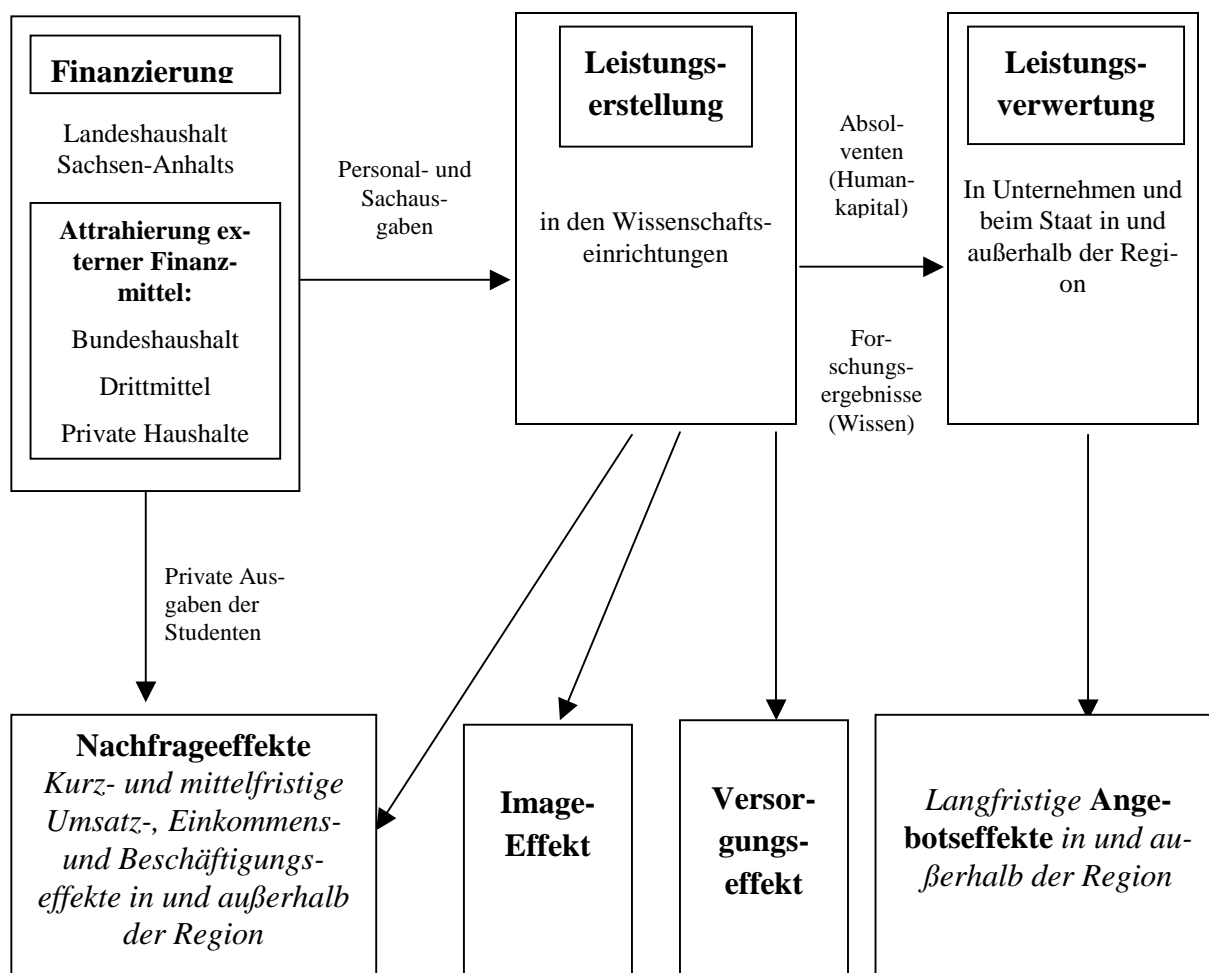
<sup>3</sup> „Die Hochschulen fördern die internationale, insbesondere die europäische Zusammenarbeit im Hochschulbereich. Sie fördern den Austausch mit ausländischen Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. Sie berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse der ausländischen Studierenden.“ (§3 Abs. 7 HSG-LSA).

<sup>4</sup> §3 Abs. 8 HSG-LSA.

Eine *regionalwirtschaftliche* Zielsetzung oder Aufgabenstellung lässt sich in dieser gesetzlich fixierten Aufgabenzuweisung zunächst nicht finden. Natürlich besitzen Wissenschaftseinrichtungen wie andere personalbeschäftigende und ressourcenverbrauchende Einrichtungen bereits ökonomische Wirkungen qua Existenz. Dieser Umstand allein ist aber nicht Auslöser für die Aufmerksamkeit, die das ökonomische Potenzial von Wissenschaftseinrichtungen aktuell findet. Dass der Aspekt standortbezogener *ökonomischer* Wirkungen von Hochschul- und Forschungseinrichtungen neuerdings an Bedeutung gewinnt, ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, auf die im weiteren Verlauf dieses Kapitels noch einzugehen ist. Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist die untenstehende Abbildung B.1.

Abbildung B.1:

Differenzierung verschiedener ökonomischer Effekte von Wissenschaftseinrichtungen



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an PFÄHLER et al. 1999, S. 8.

Die in Abbildung B.1 dargestellten Zusammenhänge beruhen auf der Annahme, dass die zentralen ökonomischen Effekte von Wissenschaftseinrichtungen durch die Art und Weise ihrer *Finanzierung*, durch die Art und Weise ihrer *Leistungserstellung* und durch die Art und Weise der *Verwertung ihrer Leistungen* zustande kommen. Die Wissenschaftseinrichtungen werden durch Mittel aus dem Landeshaushalt (hier: Sachsen-Anhalt) finanziert. Zudem kommt es infolge der Mischfinanzierung der Wissenschaftseinrichtungen auch zur Attrahierung von Finanzmitteln des Bundes sowie von Drittmittelgebern, die außerhalb der Region angesiedelt sind oder ihre Mittel im Falle der Nichtexistenz von Wissenschaftseinrichtungen in der betreffenden Region in anderen Regionen eingesetzt hätten. Diese Mittel erlauben den Wissenschaftseinrichtungen, Personal und Sachausgaben zu tätigen. In Abbildung B.1 werden vier verschiedene Arten von Effekten unterschieden. Für die vorliegende Studie werden die *Nachfrageeffekte* und die *Angebotseffekte* als besonders bedeutsam angesehen.

*Nachfrageeffekte* treten auf, indem eine Wissenschaftseinrichtung Faktoren nachfragt, die für die Leistungserstellung notwendig sind. Zu diesen Faktoren gehören neben dem Personal die Sachmittel, Anlagen und Gebäude. Effekte dieser Art entstehen grundsätzlich durch jede öffentlich finanzierte Behörde, sind also keine Besonderheit von Wissenschaftseinrichtungen. Ein Spezifikum von Wissenschaftseinrichtungen und speziell von Hochschulen stellt hingegen dar, dass sie aufgrund ihrer Lehraktivitäten Studenten an den Hochschulstandort attrahieren, die zusätzliches Einkommen in die Region fließen lassen. Staatliche Ausgaben akquirieren demnach privates Einkommen, d.h. 1 DM staatliche Ausgaben attrahiert X DM Ausgaben von Studenten. Die Ausgaben der Wissenschaftseinrichtungen sowie der Studenten führen zunächst zu direkten Einkommenszuwächsen und in weiteren Wirkungsrunden indirekt zu Beschäftigungs- und zu weiteren Einkommenszuwächsen.

Erfolgreich arbeitende Wissenschaftseinrichtungen erwerben mit der Zeit nationales und internationales Renommee und können damit einen positiven *Image-Effekt* für ihre Standort-Region bewirken. Dieses auf den Wissenschaftseinrichtungen basierende Image kann zum einen Entscheidungsprozesse von Privatunternehmen, Investitionen in bestimmten Regionen zu tätigen, eine Rolle spielen. Zum andern ist dieses Image ein mitbestimmender Faktor bei der Studienortentscheidung von Studenten. Auf diesen Effekt kann im Rahmen der vorliegenden Studie nur am Rande eingegangen werden.

Betrachtet man Hochschulen als Bestandteil der haushaltsnahen Infrastruktur einer Region (Bildungsmöglichkeiten in Wohnortnähe), so trägt deren Existenz zu einer verbes-

serten Versorgung der Bevölkerung in dieser Region bei. Auch dieser Aspekt (*Versorgungseffekt*) wird in der vorliegenden Studie nur am Rande behandelt.

In der Phase der Leistungserstellung wird an den Wissenschaftseinrichtungen personen- gebundenes Wissen (Humankapital in Gestalt qualifizierter Absolventen) und nicht personen- gebundenes (wissenschaftliches) Wissen produziert. Beide Faktoren stellen ein Potenzial dar, um die Produktions- und Angebotsmöglichkeiten der regionalen Wirtschaft zu verbessern. Derartige Wirkungen werden hier als *Angebotseffekte* bezeichnet. Die Frage, ob solche langfristigen Angebotseffekte eintreffen, hängt von dem Ausmaß ab, in dem beide Faktoren von Unternehmen der Region genutzt werden. Im Hinblick darauf ist stets zu bedenken, dass der Bedarf einer Region an Humankapital und an technischem Wissen nicht nur durch Einrichtungen innerhalb der Region gedeckt werden kann, sondern auch durch Import von außerhalb. Die Frage, inwieweit sich Angebotseffekte regional niederschlagen, stellt aus regionalökonomischer Sicht die zentral interessierende Untersuchungsfrage dar. Ihre Beantwortung reicht zum einen weit über die Ermittlung von Nachfrageeffekten hinaus, wie sie auch bei Behördenstandorten entstehen, und liefert zum andern Hinweise auf die Ausschöpfung des regionalen Wachstumspotenzials. Zu dieser Fragestellung existieren nur wenige Studien.<sup>5</sup> Die Untersuchung der anderen erläuterten Effekte von Wissenschaftseinrichtungen erscheint aus regionalökonomischer Sicht von nachgeordneter Bedeutung, muss aber doch notwendigerweise vorgenommen werden, um ein abgerundetes Bild des Einflusses von Wissenschaftseinrichtungen auf die Wirtschaft in einer Region geben zu können.

---

<sup>5</sup> Vgl. BAUER, E.-M.: Die Hochschule als Wirtschaftsfaktor. Eine systemorientierte und empirische Analyse universitätsbedingter Beschäftigungs-, Einkommens- und Informationseffekte – dargestellt am Beispiel der Ludwig-Maximilians-Universität München, Kallmünz/Regensburg 1997; BLUME, L./FROMM, O.: Regionalökonomische Bedeutung von Hochschulen. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Universität Gesamthochschule Kassel, Wiesbaden 2000; CLERMONT, C.: Regionalwirtschaftliche Wirkungen von Wissenschaftseinrichtungen, Hamburg 1997; HECHT, M.: Innovationspotentiale in der Region. Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Universität Greifswald, Regensburg 1998; PFÄHLER, W./CLERMONT, C./GABRIEL, C./HOFMANN, U.: Bildung und Wissenschaft als Wirtschafts- und Standortfaktor – Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Hamburger Hochschulbildungs- und Wissenschaftseinrichtungen, Hamburg 1997; PFÄHLER, W./BÖNTE, W./GABRIEL, C./KETTNER, A.: Wirtschaftsfaktor Bildung und Wissenschaft: Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Hochschulbildungs- und Wissenschaftseinrichtungen in Bremen, Frankfurt/M. u.a. 1999; SCHULTZ, A.: Die Universität als Wirtschaftsfaktor. Eine Untersuchung der regionalwirtschaftlichen Einkommens- und Beschäftigungseffekte sowie des Wissenstransfers der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/S. 2001.

## 2. Methodisches Vorgehen zur Ermittlung der Nachfrageeffekte

Die empirische Forschung zu Nachfrageeffekten von Wissenschaftseinrichtungen ist bisher durch eine Vielzahl von Fallstudien zu einzelnen deutschen Hochschulen – insbesondere Universitäten - geprägt.<sup>6</sup> Vielfach wurden diese Studien im Rahmen von Diplomarbeiten und Dissertationen durchgeführt. Öffentlich finanzierte Forschungsinstitute sind bisher selten in solche Untersuchungen mit einbezogen worden.<sup>7</sup>

Bei den angewandten Methoden zur Ermittlung der Nachfrageeffekte gibt es durchaus Unterschiede in der Methodenwahl, doch lassen sich im Zeitverlauf auch Indizien für ein stärker standardisiertes Vorgehen erkennen. Unabhängig davon, ob man das methodische Instrumentarium als regionale Inzidenzanalyse oder als Multiplikatoranalyse bezeichnet, wird auf dem Hintergrund einer hypothetischen Referenzsituation, dass in der untersuchten Region *keine* der betreffenden Wissenschaftseinrichtungen existieren würden, die regionale Wirkung jeder verausgabten Geldeinheit zu ermitteln versucht, die unmittelbar auf die Existenz der Wissenschaftseinrichtungen zurückzuführen ist.<sup>8</sup> Unter Beachtung dieser Referenzsituation „Nichtexistenz der Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle“ erscheint es gerechtfertigt, zur Ermittlung der Nachfrageeffekte die

---

<sup>6</sup> In alphabetischer Reihenfolge: BAUER a.a.O.; BENSON, L.: Regionalwirtschaftliche Effekte der Universität Trier. Eine Untersuchung der Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft während der Leistungserstellungsphase, Trier 1997; BLUME/FROMM 2000, a.a.O.; CLERMONT, a.a.O.; DRUDE, M.: Die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Wirtschaftsfaktor für die Region, Freiburg/Br. 1995; FISCHER, G./NEF, M.: Die Auswirkungen der Hochschule auf Stadt und Kanton St. Gallen, St. Gallen 1990; GEPPERT, K./VESPER, D.: Zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Berliner Hochschulen, Berlin 1997; GIESE, E./ABERLE, G./KAUFMANN, L.: Wechselwirkungen zwischen Hochschule und Hochschulregion – Fallstudie Justus-Liebig-Universität Gießen, 2 Bde., Gießen 1982; GLOEDE, K./SCHIRMAG, T./SCHÖLER, K.: Ökonomische Wirkungen der Universität Potsdam auf die Region, Frankfurt/M. u.a. 1999; HECHT, a.a.O.; KLEINHENZ, G.: Die Universität – Auswirkungen auf die Stadt Passau und das Umland, Passau 1990; KNÖDLER, R./TIVIG, T.: Die Universität Rostock als regionaler Wirtschaftsfaktor, Rostock 1996; MÖLLER, J./OBERHOFER, W.: Universität und Region, Regensburg 1997; NIERMANN, U.: Wirtschaftsfaktor Universität – Eine input-output-orientierte Analyse am Beispiel der Universität Bielefeld, 2 Bde., Münster 1996; OSER, U./SCHRÖDER, E.: Die Universität Konstanz als Wirtschaftsfaktor für die Region, Konstanz 1995; PFÄHLER et al. 1997, a.a.O.; PFÄHLER et al. 1999, a.a.O.; PFAFF, M./BECKER, W.: Universität und Wirtschaftsstruktur. Zur kommunal- und regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Universität Augsburg, Augsburg 1990; SCHULTZ a.a.O.; VOIGT, E.: Die Universität als Wirtschaftsfaktor am Beispiel der TU Ilmenau, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 4, 1996, S. 283-289; WILLAUSCHUS, A.: Wirtschaftliche Verflechtungen zwischen Hochschulen und Stadt. Eine empirische Analyse am Beispiel der Stadt Münster und ihren Hochschulen, Baden-Baden 1979.

<sup>7</sup> Eine Ausnahme stellen die Arbeiten von PFAEHLER et al. 1997, a.a.O., PFAEHLER et al. 1999, a.a.O. und CLERMONT, a.a.O. dar.

<sup>8</sup> BLUME, L./FROMM, O.: Regionale Ausgabeneffekte von Hochschulen, in: Raumforschung und Raumordnung, 57. Jg., H. 5/6, 1999, S. 419.

Personalausgaben der Wissenschaftseinrichtungen vollständig zu erfassen, da auf Grund der Arbeitsmarktlage im südlichen Sachsen-Anhalt nicht davon ausgegangen werden kann, dass mit dem Arbeitsplatzangebot in der Region der Wegfall der Wissenschaftseinrichtungen auch nur annähernd kompensiert werden könnte.<sup>9</sup>

Bei einer Multiplikatoranalyse wird in der Regel so vorgegangen, dass die aus den Wissenschaftseinrichtungen abfließenden Mittelströme zunächst als Basis für die Ermittlung der direkten (auch: primären) Nachfrageeffekte dienen. In einem darauffolgenden Schritt werden dann die indirekten (auch: sekundären) Nachfrageeffekte unter Heranziehung eines regionspezifischen Multiplikatorwerts geschätzt. Direkte und indirekte Effekte addieren sich zu den gesamten Nachfrageeffekten. Diese Analyse der Multiplikatorwirkungen lässt sich in folgende Arbeitsschritte zerlegen: Abgrenzung einer Untersuchungsregion, Abgrenzung der zu untersuchenden Wissenschaftseinrichtungen, Wahl eines Referenzjahrs, Erfassung der Ausgabenströme der Wissenschaftseinrichtungen, Erfassung der studentischen Ausgaben, Ermittlung der regionalen Nachfragewirkung der Ausgaben, Ermittlung der Multiplikatorwirkung der Ausgaben in der Region und Berechnung der regionalen Beschäftigungseffekte.<sup>10</sup>

Auf die Regionsabgrenzung und auf die Wahl des Referenzjahrs wird im untenstehenden Abschnitt 3. eingegangen. Zur Erfassung der Gesamtausgaben sowie der Personal-, Sach- und Bauausgaben werden in der vorliegenden Studie für die Hochschulen die Haushaltspläne des Kultusministeriums des Landes und für die Forschungsinstitute entsprechende Angaben der Institute bzw. im Fall der zentral von der Max-Planck-Gesellschaft verwalteten Max-Planck-Institute Angaben der Zentralverwaltung herangezogen. Um die Mittel zu berücksichtigen, die den Hochschulen im Rahmen der Bundesländer-Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau zur Verfügung stehen, wird auf Sonderübersichten des Kultusministeriums zurück gegriffen.

Für die Erfassung der studentischen Ausgaben kann auf eigene Erhebungen verzichtet werden, da für die Untersuchungsregion aktuelle Ergebnisse aus Studentenerhebungen

---

<sup>9</sup> Um die alternative Überlegung, das Land Sachsen-Anhalt könnte mit den verausgabten Mitteln statt der Wissenschaft öffentliche Behörden in ähnlicher Größenordnung finanzieren, realistisch erscheinen zu lassen, müsste eine Antwort auf die Frage gefunden werden, welche Zwecke solche „Alternativ-Behörden“ verfolgen sollten.

<sup>10</sup> Ebd.

sowohl für die Höhe der Ausgaben als auch für die Verteilung der Wohnsitze der Studenten vorliegen.<sup>11</sup>

Um die mit den Personalausgaben verbundenen regionalen Nachfrageeffekte ermitteln zu können, sind mehrere Zusatzinformationen erforderlich: die durchschnittliche Höhe der Abzüge, die die Differenz zwischen Brutto- und Nettoeinkommen hervorrufen, Informationen zum Konsum- bzw. Sparverhalten des Personals sowie zur Wohnsitzeverteilung des Personals. Angesichts dieser Fülle erforderlicher Zusatzinformationen aus unterschiedlichen Quellen, deutet sich schon an, dass hier mit einer Reihe von generalisierten Annahmen gearbeitet werden muss, um zu plausiblen Ergebnissen zu gelangen.

Auch bei den Sach- und Bauausgaben sind Informationen zu ihrer regionalen Verteilung erforderlich. Auch in diesem Fall ist es möglich, auf aktuelle Befunde einer Studie zur größten Hochschule der Region zurück zu greifen.

Zur Schätzung der multiplikativen Wirkungen ist der Rückgriff auf einen regionsspezifischen Multiplikatorwert erforderlich. Dieser kann entweder auf der Grundlage einer keynesianischen Multiplikatorschätzung oder mit Hilfe einer Input-Output-Analyse bestimmt werden. Da für die Untersuchungsregion – das Land Sachsen-Anhalt – keine regionalisierte Input-Output-Tabelle vorliegt, wurde der erstgenannte weniger aufwändige Weg beschritten (vgl. dazu Abschnitt D.3).

### **3. Festlegung von Untersuchungsregion, -zeiträumen und -objekten**

Das vorliegende Projekt verfolgt einen regionalökonomischen Ansatz und beinhaltet damit auch eine Unterteilung nach Gebietseinheiten. Bedeutsam ist folgende Differenzierung:

- Auf Grund der oben beschriebenen Problemstellung ist stets zu unterscheiden, ob die ermittelten Effekte innerhalb oder außerhalb Sachsen-Anhalts anfallen.
- Die untersuchten Wissenschaftseinrichtungen haben mit einer Ausnahme ihren Standort in der Region Halle.<sup>12</sup> Diese Region ist eine von fünf Teilregionen des

---

<sup>11</sup> Hierbei handelt es sich um eine Befragung von SCHULTZ, a.a.O. und die vom Studentenwerk regelmäßig durchgeführte Studentenbefragung: Vgl. HIS GmbH: Grundauszählung zur 16. Sozialerhebung, Auszählungsreihe Studentenwerk Halle, 9.8.2001 (unveröffentlicht).

<sup>12</sup> Das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) hat seinen Standort in Gatersleben im Landkreis Aschersleben-Staßfurt, der zur Harzregion gehört. Da das Institut enge personelle und forschungsthematische Verflechtungen mit Fakultäten der Martin-Luther-Universität aufweist, wurde entschieden, das IPK mit vom Hallenser Projektteam untersuchen zu lassen. Im Prinzip befindet sich auch der Standort Wittenberg der Martin-Luther-Universität außerhalb der



---

Landes, die im Rahmen der regionalisierten Strukturpolitik der Landesregierung abgegrenzt wurde.<sup>13</sup> Sie setzt sich aus der kreisfreien Stadt Halle/Saale, dem Saalkreis, dem Landkreis Merseburg-Querfurt, dem Landkreis Weißenfels, dem Burgenlandkreis, dem Landkreis Sangerhausen und dem Landkreis Mansfelder Land zusammen.

Die Datengrundlage für die Ermittlung der Nachfrageeffekte bilden Angaben aus Haushaltsplänen des Landes und der verschiedenen Wissenschaftseinrichtungen auf jährlicher Basis. Als Bezugs- und Berechnungsjahr wurde 1999 gewählt. Dies ist das aktuellste Jahr, aus dem nicht nur Soll-Zahlen, sondern auch Ist-Zahlen vorliegen, so dass aus den Plänen dieses Jahres die tatsächlichen Ausgaben entnommen werden können. In einigen Abschnitten wird darüber hinaus die zeitliche Entwicklung bestimmter Arten von Ausgaben über mehrere Jahre hinweg betrachtet - auch um zu überprüfen, ob die Werte für das Jahr 1999 eher „Ausreißer“ sind oder sich in die Gesamtentwicklung einpassen. Zu diesem Zweck wird der Zeitraum von 1996 bis zum Jahr 2000 heran gezogen.

Die zur Untersuchung ausgewählten öffentlich finanzierten Wissenschaftseinrichtungen sind in Übersicht B.1 aufgelistet. Nicht mit aufgenommen wurde die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina mit Hauptsitz in der Stadt Halle/Saale. Diese Einrichtung wird zwar ebenfalls öffentlich finanziert (95% durch den Bund, 5% durch das Land Sachsen-Anhalt), betreibt aber keine eigenständige Lehre und Forschung, so dass die Entscheidung getroffen wurde, diese Einrichtung aus der Untersuchung auszuklammern. Des weiteren befindet sich die teilweise öffentlich finanzierte Evangelische Kirchenhochschule für Kirchenmusik in der Stadt Halle. Diese Hochschule hat aber so wenig Personal und Studenten, dass sie ebenfalls nicht berücksichtigt wird.<sup>14</sup>

---

Region Halle. Die Forschungs- und Lehraktivitäten sind aber im Vergleich zum Standort Halle so geringfügig, dass sie für diese Studie vernachlässigt werden können.

<sup>13</sup> Vgl. dazu auch u. Abschnitt C.1.2.

Die anderen vier Regionen sind die Region Altmark, die „Ständige Regionalkonferenz Magdeburg“, die Harzregion und die Regionalkonferenz Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg.

<sup>14</sup> Der Lehrbetrieb der Kirchenmusikhochschule wird nach einer Mittelkürzung seit 2000 in Teilen mit von der Martin-Luther-Universität bestritten. Ebenfalls unberücksichtigt bleibt die nördlich der Stadt Halle gelegene Außenstelle Merbitz/Nauendorf des Instituts für Kleintierforschung (Hauptstandort Celle) innerhalb der rein vom Bund finanzierten Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft.

## Übersicht B.1:

In die Untersuchung einbezogene öffentlich finanzierte Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle

Einrichtung	Standorte	Organisatorische Anbindung
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	Halle, Merseburg, Wittenberg	Kultusministerium Sachsen-Anhalt
Hochschule für Kunst und Design Halle Burg Giebichenstein	Halle	Kultusministerium Sachsen-Anhalt
Fachhochschule Merseburg	Merseburg	Kultusministerium Sachsen-Anhalt
Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik	Halle	Max-Planck-Gesellschaft
Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung	Halle	Max-Planck-Gesellschaft
Max-Planck-Forschungsstelle Enzymologie der Proteinfaltung	Halle	Max-Planck-Gesellschaft
Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik	Freiburg/Br., Halle	Fraunhofer-Gesellschaft
UFZ Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH	Leipzig, Halle, Magdeburg	Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren
Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung	Gatersleben	Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz
Institut für Pflanzenbiochemie	Halle	Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz
Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa	Halle	Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz
Institut für Wirtschaftsforschung Halle	Halle	Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

Quelle: Zusammenstellung des IWH.

Parallel zur Untersuchung der Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle werden von einem Forscherteam unter der Leitung von Prof. Dr. Joachim Weimann die öffentlich finanzierten Wissenschaftseinrichtungen im Einzugsgebiet von Magdeburg und Stendal untersucht. Ein weiteres Forscherteam unter Leitung von Prof. Dr. Marianne Assenmacher beschäftigt sich mit den ökonomischen Effekten der Hochschulen Harz und Anhalt im mittleren und westlichen Teil des Landes. Hieraus werden sich im weiteren Verlauf interessante Vergleichsmöglichkeiten ergeben.

## C. Ausgangslage der Wirtschaft, Forschung und Entwicklung

Vor einer Darstellung der Ergebnisse dieser Studie in den Kapiteln D. und E. soll im vorliegenden Kapitel C. herausgearbeitet werden, vor welchem ökonomischen Hintergrund die Diskussion um die regionalökonomische Wirkung der Wissenschaftseinrichtungen zu führen ist. Damit soll auch der Hinweis in Kapitel A. präzisiert werden, dass Sachsen-Anhalt in wirtschaftspolitischer Hinsicht vor besonderen Herausforderungen steht, strukturelle Defizite seiner Wirtschaft zu verringern. Wie ein Blick auf die Ausgangslage im Bereich Forschung und Entwicklung zeigt, sind diesbezüglich ebenfalls Defizite zu verzeichnen. Diese Betrachtung dient auch als Einstieg dafür, die speziellen Anforderungen an den Bereich Forschung und Entwicklung – zu dem auch die öffentlich finanzierten Wissenschaftseinrichtungen zählen – heraus zu arbeiten, die an ihn in seiner Funktion als potenzieller Wachstumsfaktor in den neuen Ländern und speziell in Sachsen-Anhalt gestellt werden.

Das Kapitel ist so gegliedert, dass zunächst die ökonomische Lage Sachsen-Anhalts im Vergleich zu den anderen neuen Ländern gekennzeichnet wird, wobei die Aufmerksamkeit fünf als zentral angesehenen Wachstumsdefiziten oder –lücken gilt (1.1). Danach wird in landesinterner Betrachtung die Region Halle mit ihren ökonomischen Schwächen und Stärken genauer ins Blickfeld genommen (1.2). Im Anschluss daran wird anhand verschiedener Indikatoren dargestellt, wie sich Forschung und Entwicklung im Land Sachsen-Anhalt (2.1) und in der Region Halle (2.2) seit 1990 in ihren privatwirtschaftlichen wie öffentlichen Formen entwickelt haben.<sup>15</sup>

### 1. Allgemeine ökonomische Ausgangslage

#### 1.1 Das Land Sachsen-Anhalt

Die aktuellen Probleme der ostdeutschen Wirtschaft kommen vor allem in fünf Bereichen zum Ausdruck, in welchen gegenüber der Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland jeweils eine wesentliche Lücke besteht, nämlich die *Beschäftigungslücke*, die *Produktivitätslücke*, die *Infrastrukturücke*, die *Humankapitalücke* und die *Unternehmens-*

---

<sup>15</sup> Einzelne Passagen der folgenden Abschnitte beruhen auf bereits publizierten Analysen des IWH, insbesondere ROSENFELD, M.T.W. et al., a.a.O.; ROSENFELD, M.T.W./HEIMPOLD, G., Öffentliche Forschung in Ostdeutschland: ein Hoffnungsträger für den wirtschaftlichen Aufschwung? In: *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 7, H. 15, 2001, S. 393-404; ROSENFELD, M.T.W., Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern: Allgemeine Probleme, regionale Unterschiede und Implikationen für die regionale Wirtschaftsförderung, in: *Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2002, Baden-Baden (im Erscheinen)*.

*lücke*. Wenn man die einzelnen Teilräume oder Regionen in den neuen Ländern betrachtet, so zeigt sich, dass die mit diesen Lücken angesprochenen Probleme räumlich unterschiedlich relevant sind. Überall gibt es Licht und Schatten, keine Region ist frei von wirtschaftlichen Schwächen. Zudem liegen alle Regionen in Ostdeutschland noch relativ dicht zusammen, d. h. die ökonomischen Unterschiede zwischen den ostdeutschen Regionen sind zumeist geringer als die Unterschiede zwischen den westdeutschen Regionen, und die Unterschiede zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland sind im Großen und Ganzen noch immer größer als die regionalen Differenzierungen innerhalb der neuen Länder.

Bei einer Betrachtung der *Länderebene* zeigt sich, dass jedes der ostdeutschen Flächenländer mittlerweile sein eigenes wirtschaftliches Profil entwickelt hat. Das Bundesland *Sachsen-Anhalt* hat in Teilaspekten ein sehr ähnliches ökonomisches Profil wie Mecklenburg-Vorpommern aufzuweisen, rangiert aber hinsichtlich des BIP je Einwohner, der Unterbeschäftigung sowie der Abwanderung noch hinter dem nördlichsten der neuen Länder. Bis zum Jahr 1996 zeichnete sich Sachsen-Anhalt vor den anderen neuen Ländern dadurch aus, dass es bei den seit 1991 insgesamt realisierten Bruttoanlageinvestitionen (der Schaffung von modernem Sachkapital) je Einwohner alle anderen neuen Länder überragte;<sup>16</sup> die jetzt bis 1998 vorliegenden Angaben machen deutlich, dass Sachsen-Anhalt diese Spitzenposition an Mecklenburg-Vorpommern abgeben musste und nur noch auf dem dritten Platz rangiert. Gleichwohl hat das Land bei den Industrieinvestitionen noch immer die Spitzenposition inne, wenn man die allerdings nur bis 1999 vorliegenden Daten betrachtet: Im Gesamtzeitraum von 1991 bis 1999 wurden in Sachsen-Anhalt Industrieinvestitionen in Höhe von 11.900 DM je Einwohner vorgenommen, im Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer hingegen nur 8.897 DM<sup>17</sup>.

Die Zukunft wird zeigen müssen, inwieweit sich das große Volumen an modernem Sachkapital, das in Sachsen-Anhalt vor allem in den traditionellen Branchen der Region (Chemische Industrie; Mineralölverarbeitung) geschaffen wurde, positiv auf die anderen Branchen sowie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes insgesamt auswirken kann – insbesondere auch in Richtung auf eine Verbesserung des wirtschaftlichen Ergebnisses. Eine solche positive Ausstrahlung wird vermutlich vor allem durch die unbefriedi-

---

<sup>16</sup> Vgl. ROSENFELD et al., a.a.O., S. 102.

<sup>17</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

gende Ausstattung des Landes mit anderen wichtigen Wachstumsfaktoren beeinträchtigt.

Besorgniserregend ist, dass Sachsen-Anhalt im Jahr 2000 mit 32,8 Sozialhilfeempfängern (Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt) je 1.000 Einwohner die höchste Sozialhilfequote innerhalb der neuen Flächenländer erreichte (Durchschnittswert: 25,5)<sup>18</sup>; dies lässt eine negative Tendenz bei der kommunalen Investitionstätigkeit erwarten, weil die Sozialhilfe von den Kommunen finanziert werden muss, und Mehrausgaben bei der Sozialhilfe in der Regel zu Lasten der kommunalen Investitionen gehen.

Besonders gravierend erscheinen die Schwächen des Landes beim Unternehmensbesatz und beim Humankapital. Sachsen-Anhalt weist bei der Zahl der IHK-zugehörigen Unternehmen je 10.000 Einwohner im ostdeutschen Vergleich den niedrigsten Wert auf.<sup>19</sup> Von 1996 bis 2000 gab es im Lande nur 23 Nettogewerbeanmeldungen (= Gewerbeanmeldungen minus Gewerbeabmeldungen) je 10.000 Einwohner; dies ist bei weitem der niedrigste Wert innerhalb der neuen Länder (Durchschnittswert: 55).<sup>20</sup> Weiterhin hat Sachsen-Anhalt den niedrigsten Besatz mit Hochschulabsolventen (26 je 1.000 Beschäftigte gegenüber 33,2 im ostdeutschen Durchschnitt). Ebenso steht Sachsen-Anhalt beim Besatz mit Datenverarbeitungsfachleuten (16 je 10.000 Einwohner gegenüber 23 im ostdeutschen Durchschnitt) unter den neuen Ländern am schlechtesten und beim Ingenieurbesatz (58 je 10.000 Einwohner gegenüber 68 im ostdeutschen Durchschnitt) nur wenig besser als Mecklenburg-Vorpommern da.<sup>21</sup>

## 1.2 Die Region Halle

Entsprechend der oben in Kapitel B.3 getroffenen Abgrenzung umfasst die Region Halle mit der Stadt Halle (Saale) und den Kreisen Saalkreis, Mansfelder Land, Sangerhausen, Merseburg-Querfurt, Burgenlandkreis und Weißenfels den südlichsten an Sachsen und Thüringen grenzenden Landesteil. Im Vergleich zu den anderen vier Regionen des Lan-

---

<sup>18</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

<sup>19</sup> Vgl. HEIMPOLD, G.: Die Unternehmenslücke zwischen Ost- und Westdeutschland – Ein zentrales Problem der ostdeutschen Wirtschaft? In: *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 7 (2001), S. 201.

<sup>20</sup> Vgl. HEIMPOLD, a. a. O., S. 200.

<sup>21</sup> HEIMPOLD, G./ROSENFELD, M.T.W.: Wo steht Sachsen-Anhalt? Zur wirtschaftlichen Entwicklung anhand ausgewählter Indikatoren, in: J. Wolf et al. (Hrsg.), *Jahrbuch für Politik und Gesellschaft in Sachsen-Anhalt 2002*, Halle/S. 2002, a.a.O., S. 16f.

des (Altmark, Magdeburg, Harz, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg) verfügt die Region Halle über die meisten Einwohner (ca. 800.000) und die höchste Einwohnerdichte.

Das Ausstattungprofil der Region Halle weist bei zahlreichen Merkmalen Parallelen zu dem der Region Magdeburg auf, deren Kern ebenfalls von einer Stadt mit deutlich mehr als 200.000 Einwohnern gebildet wird. Das Umland beider Städte wird aufgrund günstiger Voraussetzungen in weiten Teilen landwirtschaftlich genutzt. Im Unterschied zur isoliert gelegenen Stadt Magdeburg ist die Stadt Halle in den Agglomerationsraum der etwa doppelt so großen sächsischen Stadt Leipzig eingebunden. Hierdurch ergeben sich zwangsläufig vielfältige interregionale Verflechtungen, die sich im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur (Nähe zum Flughafen Leipzig-Halle) und auf Beschäftigungsmöglichkeiten positiv auswirken. Trotz dieser positiven räumlichen Externalitäten sind für die Region Halle noch *erhebliche Infrastrukturlücken* zu konstatieren, die den noch zu wenig voran gekommenen Ausbau des Autobahnnetzes, die Anbindung an den überregionalen Schnellverkehr der Bahn und die Schiffbarmachung der Saale betreffen.

In der Region Halle liegen verschiedene industrielle Großstandorte wie z.B. Leuna oder Schkopau (Buna). Auf die Region entfällt fast die Hälfte der im Land insgesamt getätigten Industrieinvestitionen, zu denen ausländische Direktinvestitionen einen beträchtlichen Anteil beisteuern. Diese Investitionen führen zu einem Spitzenwert bei der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, was zumindest im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes auf eine *relativ geringe Produktivitätslücke* schließen lässt. Die in der Industrie erzielten Arbeitseinkommen und ihre Zuwächse sind landesweit die höchsten. Die Produktivitätsgewinne stehen aber im Kontrast zur Sozialhilfe- und Arbeitslosenquote: Hier verzeichnet die Region Halle im Vergleich zu den anderen vier Regionen Sachsen-Anhalts mit 38 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner und 20,3% Arbeitslosen die ungünstigsten Werte.<sup>22</sup> Dies bedeutet, dass in der Region ist trotz überdurchschnittlicher Investitionen eine *hohe Beschäftigungslücke* entstanden ist.

Im Hinblick auf die für die Wirtschaft der neuen Länder als typisch angesehene Unternehmenslücke fällt bei der Region Halle auf, dass sie im landesinternen Regionsvergleich nur einen leicht überdurchschnittlichen Besatz mit Unternehmen aufweist – also kaum besser als das Land insgesamt abschneidet (Tabelle C.1). Diesem Umstand ent-

---

<sup>22</sup> Die Zahlen für die Sozialhilfe beziehen sich auf Dezember 2000, die Arbeitslosenzahlen auf Dezember 2001. Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt.

spricht eine im Regionsvergleich geringe Zahl geförderter Unternehmensgründungen sowie ein hoher negativer Saldo der Gewerbeanmeldungen.<sup>23</sup>

Tabelle C.1:

Mitgliedsunternehmen der IHK Halle-Dessau und Magdeburg nach Regionen  
(Stand zum 1.1.2000)

Land/Region	Unternehmen der IHK			pro 1.000 Einwohner	
	insgesamt	davon Kleingewerbe	Kleingewerbe in %	insgesamt	Kleingewerbe
<b>Halle</b>	<b>27.400</b>	<b>20.194</b>	<b>74</b>	<b>34,0</b>	<b>25,0</b>
Altmark	7.131	5.269	74	29,2	21,6
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	18.162	13.475	74	32,9	24,4
Harz	13.755	10.122	74	31,9	23,5
Magdeburg	20.957	14.584	70	34,1	23,7
Sachsen-Anhalt	87.405	63.644	73	33,0	24,0

Quelle: IHK Halle-Dessau, IHK Magdeburg, Statist. Landesamt Sachsen-Anhalt, Berechnungen des IWH.

Eine Humankapitallücke kann für die Region Halle im landesinternen Regionsvergleich nicht ausgemacht werden: Geht man davon aus, dass Führungskräfte, Ingenieure und DV-Fachleute eine für das regionale Wachstum besonders wichtige Form von Humankapital repräsentieren, so ist Tabelle C.2 zu entnehmen, dass in dieser Hinsicht die beiden Regionen Halle und Magdeburg eine deutlich bessere Ausstattung als die anderen drei Regionen aufweisen. Beide Regionen liegen auch beim Anteil der Beschäftigten in der öffentlichen Forschung im Land an der Spitze (vgl. Abschnitt C.2.2.2).

Tabelle C.2:

Führungskräfte- und Technikerquoten nach Regionen Sachsens-Anhalts 1998  
- Führungskräfte, Datenverarbeiter und Ingenieure je 10.000 Einwohner -

	Altmark	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	<b>Halle</b>	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
Führungskräfte	43	54	<b>62</b>	51	64	57
Techniker - DV-Fachleute	7	9	<b>21</b>	8	25	16
- Ingenieure	34	61	<b>81</b>	49	76	66

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

<sup>23</sup> Vgl. ROSENFELD et al., a.a.O., S. 308ff.

Mit diesen Zahlen vor Augen drängt sich die Frage auf, wie die vergleichsweise ungünstige ökonomische Situation der Region Halle zu erklären ist. Ob hierzu auch ein geringer Besatz an Wissenschaftseinrichtungen beiträgt, wird im Folgenden näher untersucht.

## 2. Ausgangslage im Bereich der Forschung und Entwicklung

Neben einer Bestandsaufnahme mit Hilfe allgemeiner ökonomischer Indikatoren erscheint eine Bestandsaufnahme der Ausstattung einer Region mit Ressourcen für Forschung und Entwicklung um so wichtiger, je höher man den potenziellen Beitrag dieser Ressourcen für zukünftiges wirtschaftliches Wachstum einschätzt. An den Forschungsaktivitäten sind heute in den meisten Volkswirtschaften sowohl der Unternehmenssektor als auch öffentliche Wissenschaftseinrichtungen beteiligt, wobei zwischen der öffentlichen und der privaten Forschung vielfältige Beziehungen existieren.

An dieser Stelle erscheint eine methodische Vorbemerkung angebracht: Indikatoren mit dem Zweck, den Stand von Forschung und Entwicklung in einer Region abzubilden, sind nicht in dem Ausmaß vorhanden, wie von der empirischen Regionalforschung erwünscht. Ein zentraler output-orientierter Indikator sind *Patentanmeldungen*. Trotz der Beschränkungen in der Aussagekraft des Indikators – z.B. ist die Neigung, Erfindungen zu patentieren und diese Patente zu verwerten, stark von der Größe und der Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens abhängig - haben doch verschiedene Analysen seine Eignung für regionale Vergleiche der Innovationstätigkeit belegt.<sup>24</sup>

Da die Datenlage zum Output der Innovationsaktivitäten insgesamt unbefriedigend ist, kommt man nicht umhin, zusätzlich Indikatoren zu Inputfaktoren für Forschung und Entwicklung zu betrachten. Dies sind insbesondere Indikatoren, die etwas über die privaten und öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in einer Region aussagen.

- Informationen über die private FuE-Tätigkeit umfassen Angaben zum *FuE-Personal* und den *internen FuE-Ausgaben*, die der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in Zweijahresabständen erhebt und publiziert. Diese Daten bilden freilich nicht die gesamten FuE-Anstrengungen der Unternehmen ab, da auch Aufträge, die an Dritte (etwa Hochschulen, öffentliche Forschungsinstitute, FuE-Dienstleister etc.) vergeben wurden, unberücksichtigt bleiben.

---

<sup>24</sup> Vgl. GREIF, S.: Patentatlas Deutschland. Die räumliche Struktur der Erfindungstätigkeit. München 1998, S. 9-11 und SCHWITALLA, B.: Messung und Erklärung industrieller Innovationsaktivitäten mit einer empirischen Analyse für die westdeutsche Industrie. Heidelberg 1993, S. 106-111 und die dort jeweils angegebene Literatur.



- *FuE-Kooperationen* stellen einen wichtigen Übertragungsweg für technisches oder anderes Wissen zwischen Unternehmen dar. Die positiven Effekte dieses Wissenstransfers für das regionale Wachstum werden in neueren regionalökonomischen Theorieansätzen hervorgehoben. Dabei werden sowohl regionalen als auch überregionalen Kooperationen wichtige Effekte zugeschrieben (vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel E.).
- Aufschluss über regionale Unterschiede im Umfang der öffentlichen Forschung zwischen Sachsen-Anhalt und den anderen ostdeutschen Bundesländern und gegenüber Westdeutschland sowie im landesinternen Vergleich der sachsenanhaltinischen Regionen geben in erster Linie Daten zum *Personalbestand der Hochschulen* und teilweise auch der sonstigen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen. Sie geben wenigstens näherungsweise Auskunft über die Forschungsaktivitäten und können zum Teil noch durch andere personalbezogene Indikatoren, wie die Anzahl der Wissenschaftler oder der Hochschulprofessoren, ergänzt werden. Parallel zum Personalbestand können die *Ausgaben für den Hochschulbereich* etwas über die öffentlichen FuE-Potenziale aussagen.<sup>25</sup>

## 2.1 Das Land Sachsen-Anhalt

### 2.1.1 Privatwirtschaftliche Forschung und Entwicklung

#### *Patentanmeldungen*

In Sachsen-Anhalt wurden im Zeitraum 1995 bis 1999 insgesamt 2.056 Patente angemeldet. Die Zahl der Patentanmeldungen ist in diesem Zeitraum von 354 im Jahr 1995 auf 419 im Jahr 1999, d.h. um 18,4 % gestiegen. Damit weist Sachsen-Anhalt das zweitniedrigste Wachstum der Patentanmeldungen in Ostdeutschland auf, nur Sachsen liegt mit +15,3 % darunter. Jedoch vollzieht sich die Entwicklung in Sachsen und Thüringen auf einem viel höheren Niveau der Pro-Kopf-Patentanmeldungen. Im Ländervergleich der Patentanmeldungen je Einwohner liegt Sachsen-Anhalt im Beobachtungszeitraum 1995-1999 mit 76 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner auf einer mittleren Position zwischen Thüringen, das mit 125 Patentanmeldungen den Spitzenwert verkörpert und Mecklenburg-Vorpommern, das mit 52 Patentanmeldungen die geringste Pro-Kopf-Zahl bei den Patentanmeldungen aufweist (vgl. Abbildung C.1).

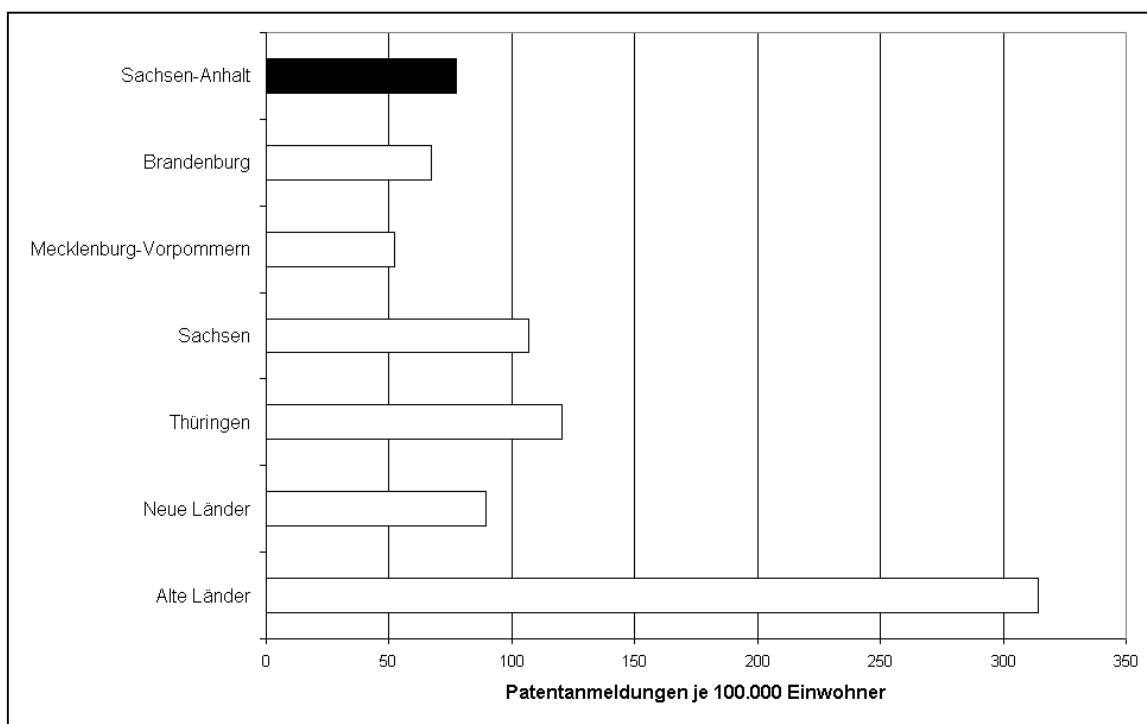
---

<sup>25</sup> Als Teil der öffentlichen (Forschungs-)Infrastruktur werden zusätzlich auch die Investitionen in den Bau und Ausbau der Hochschulen und zur Anschaffung von Großgeräten betrachtet.

Allerdings sind alle ostdeutschen Länder noch weit entfernt von der Pro-Kopf-Zahl der Patentanmeldungen in den westdeutschen Flächenländern. Sachsen-Anhalt liegt im Beobachtungszeitraum insgesamt bei 23,5% des westdeutschen Vergleichswertes.

Abbildung C.1:

Zahl der Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner in Sachsen-Anhalt und in den anderen neuen Ländern<sup>a</sup> sowie in den alten Ländern<sup>b</sup> im Zeitraum 1995 bis 1999



<sup>a</sup> ohne Berlin. - <sup>b</sup> nur Flächenländer.

Quelle: Darstellung des IWH nach Angaben des Deutschen Patentamtes und des Statistischen Bundesamtes.

### *FuE-Personal*

Laut Erhebungen des Stifterverbandes der Deutschen Wissenschaft<sup>26</sup> waren im Jahr 1997 in Sachsen-Anhalt im Bereich der Privatwirtschaft 3.073 FuE-Beschäftigte tätig, im Jahr 1995 waren es noch 3.267 Personen, d.h. die Zahl der FuE-Beschäftigten ist um 5,9% zurückgegangen (vgl. Tabelle C.3). Damit ist Sachsen-Anhalt neben Mecklenburg-Vorpommern das einzige ostdeutsche Flächenland, in dem im Zeitraum 1995-1997 das FuE-Personal zurückgegangen ist. Im Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer ist die Zahl der FuE-Beschäftigten um 6,9% gestiegen, am stärksten in Sachsen – um

<sup>26</sup> Vgl. GRENZMANN, C./WUDKE, J.: Der Osten holt auf, in: Wissenschaftsstatistik GmbH: FuE Info 2/1999, S. 2 ff.

15,6%. In Relation zur Einwohnerzahl liegt im Jahr 1997 die Ausstattung mit FuE-Personal in Sachsen-Anhalt im intra-ostdeutschen Vergleich mit 114 Personen je 100.000 Einwohner im Mittelfeld und damit im Jahre 1997 um 30% unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Sachsen-Anhalt erreichte damit im Jahr 1997 pro Kopf 29,5% der westdeutschen Personalausstattung. Allerdings fällt es schwer, anhand dieser Pro-Kopf-Zahlen eine Bewertung des Ausstattungsniveaus mit FuE-Personal in Sachsen-Anhalt bzw. in den anderen ostdeutschen Ländern vorzunehmen, weil dieses Ausstattungsniveau auch von der Branchenstruktur und von der Unternehmensgrößenstruktur im Unternehmenssektor der jeweiligen Region abhängig ist. So können Unterschiede in der Betriebsgrößenstruktur zusammen mit dem Umstand, dass Großunternehmen besonders viel forschen, aber in Ostdeutschland weniger vertreten sind, dazu führen, dass der Vergleich der FuE-Ausstattung auf aggregierter Ebene noch kein umfassendes Bild der Situation zeichnet.<sup>27</sup>

Tabelle C.3:

FuE-Personal im Wirtschaftssektor in Sachsen-Anhalt und in den anderen neuen Ländern<sup>a</sup> 1995 und 1997

Land/ Region	1995	1997	Veränderung 1995-1997 in %
<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>3.267</b>	<b>3.073</b>	<b>-5,9</b>
Brandenburg	2.821	2.860	1,4
Mecklenburg-Vorpommern	1.018	724	-28,9
Sachsen	9.891	11.438	15,6
Thüringen	4.538	4.922	8,5
Neue Länder <sup>a</sup>	21.535	23.017	6,9
Alte Länder <sup>b</sup>	239.915	240.696	0,3

<sup>a</sup> ohne Berlin, - <sup>b</sup> nur Flächenländer.

Quelle: Wissenschaftsstatistik GmbH: FuE-Info, 2/1999, Zweites Halbjahr, S. 6, Berechnungen des IWH.

<sup>27</sup> FELDER und SPIELKAMP kommen bei einem Vergleich der FuE-Intensität zwischen Unternehmen gleicher Beschäftigungsgrößenklassen in Ost- und Westdeutschland zu dem Befund, dass kleine und mittlere Unternehmen in Ostdeutschland häufig sogar eine höhere FuE-Intensität als ihre westdeutschen Pendanten aufweisen. Vgl. FELDER, J./SPIELKAMP, A.: Innovationsstrategien und Forschungsaktivitäten ostdeutscher Unternehmen, in M. Fritsch/F. Meyer-Krahmer/F. Pleschak (Hrsg.): Innovationen in Ostdeutschland – Potentiale und Probleme, Heidelberg 1998.

*FuE-Ausgaben*

Die in der Privatwirtschaft in Sachsen-Anhalt getätigten internen FuE-Aufwendungen<sup>28</sup> beliefen sich im Jahr 1997 nach den Erhebungen des Stifterverbandes der Deutschen Wissenschaft auf 398 Mio. DM, und sie sind gegenüber 1995 um 8,7% gestiegen. Das Wachstum der FuE-Aufwendungen lag damit in Sachsen-Anhalt um 14,6 Prozentpunkte unter der Veränderungsrate in den ostdeutschen Flächenländern insgesamt. In Relation zur Einwohnerzahl wies Sachsen-Anhalt damit in 1997 mit 147 DM je Einwohner nach Mecklenburg-Vorpommern (44 DM je Einwohner) die zweitniedrigsten Pro-Kopf-Aufwendungen für die privatwirtschaftliche FuE auf (vgl. Tabelle C.4). Sachsen-Anhalt lag damit im Jahr 1997 bei 18,6% des FuE-Aufwandes je Einwohner in Westdeutschland.

Tabelle C.4:

Interne FuE-Aufwendungen der Privatwirtschaft je Einwohner in Sachsen-Anhalt und in den anderen neuen Ländern<sup>a</sup> 1995 und 1997

- in DM je Einwohner -

Land/ Region	1995	1997	Veränderung 1995-1997 in %
<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>134</b>	<b>147</b>	<b>10,2</b>
Brandenburg	140	178	27,7
Meckl.-Vorp.	57	44	-23,4
Sachsen	248	322	29,6
Thüringen	200	259	29,5
Neue Länder <sup>a</sup>	174	215	24,1
Alte Länder <sup>b</sup>	743	792	6,6

<sup>a</sup> ohne Berlin, - <sup>b</sup> nur Flächenländer.

Quelle: Wissenschaftsstatistik GmbH: FuE-Info, 2/1999, Zweites Halbjahr, S. 6, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

*FuE-Kooperationen*

Schließlich können als ein besonders für den Technologie- und Wissenstransfer wichtiger Bereich noch die Unternehmensverflechtungen Sachsens-Anhalts im Bereich Forschung und Entwicklung betrachtet werden. Hier kann auf Daten des IAB-Betriebspanels zurückgegriffen werden, die 1998 erhoben wurden. Dabei zeigt sich,

---

<sup>28</sup> Als interne FuE-Aufwendungen gelten Personal- und Sachaufwendungen sowie Investitionsausgaben für die *eigene* – und im Auftrag für andere – im Unternehmen durchgeführte FuE. Das FuE-Personal und die FuE-Aufwendungen werden nach dem Sitz der Forschungsstätten regional zugeordnet.

dass die Betriebe Sachsen-Anhalts in etwa im gleichem Ausmaß FuE-Kooperationen eingegangen sind, wie diejenigen der anderen ostdeutschen Bundesländer:<sup>29</sup> Pro Betrieb wurden 2,38 FuE-Kooperationen gezählt, nur Berlin-Ost (2,70) und Sachsen (2,43) wiesen mehr Kooperationen auf, Brandenburg (2,08) und Mecklenburg-Vorpommern (2,12) dagegen weniger (vgl. Tabelle C.5). Auch die Strukturen nach den Kooperationspartnern unterschieden sich 1998 nur geringfügig zwischen den Bundesländern: Sachsen-anhaltinische Betriebe kooperierten mehr mit Lieferanten, Dienstleistern und anderen Partnern, aber weniger mit Kunden (vgl. Tabelle C.5). Der im Kontext der vorliegenden Studie besonders interessierende Umfang der Kooperationen mit Universitäten und Fachhochschulen liegt ebenfalls dicht am ostdeutschen Durchschnittswert.

Tabelle C.5:

## Partner der Industriebetriebe bei FuE-Kooperationen nach Ländern 1998

Region	FuE-Kooperationen pro Betrieb	Kooperationen mit ... (in % der Betriebe mit FuE)							Fallzahl (Unternehmen mit FuE)
		Kunden	Lieferanten/Zulieferer	Wettbewerber	Universitäten/Fachhochschulen	Dienstleister	andere Partner	trifft nicht zu, keine Kooperationen	
<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>2,38</b>	<b>56,4</b>	<b>56,4</b>	<b>9,1</b>	<b>49,1</b>	<b>40,0</b>	<b>27,3</b>	<b>0,0</b>	<b>55</b>
Berlin-Ost	2,70	70,0	55,0	20,0	50,0	45,0	30,0	0,0	20
Brandenburg	2,08	42,1	47,4	5,3	47,4	42,1	23,7	7,9	38
Meckl.-Vorp.	2,12	51,2	41,5	14,6	51,2	36,6	17,1	4,9	41
Sachsen	2,43	65,7	56,7	9,0	53,7	34,3	23,9	9,0	67
Thüringen	2,33	62,6	57,6	11,1	47,5	31,3	23,2	8,1	99
Neue Länder	2,33	58,8	53,8	10,6	49,7	36,3	23,8	5,9	320

Quelle: IAB-Betriebspanel 1998, Berechnungen des IWH.

Aus den Daten des IAB-Betriebspanels ergeben sich somit für die Unternehmen in Sachsen-Anhalt weder Auffälligkeiten dergestalt, dass bestimmte Kooperationsformen bevorzugt oder vermieden würden, noch Hinweise, dass die Kooperationsbeziehungen mit Wissenschaftseinrichtungen besonders defizitär wären.

<sup>29</sup> Dieses Ergebnis erhält man auch bei der Analyse einzelner Branchen, z.B. für den Maschinenbau und andere Investitionsgüterproduzenten vgl. KINKEL, S./DREHER, C.: Produktionsstrukturen in der Investitionsgüterindustrie Sachsen-Anhalts – ein Vergleich mit alten und neuen Bundesländern. Karlsruhe 1998, S. 25.

## 2.1.2 Öffentliche Forschung und Entwicklung

### *Besatz an Hochschulen und Forschungsinstituten*

Betrachtet man zunächst die räumliche Verteilung der Hochschulen und hochschulexternen Forschungseinrichtungen im Ost-West-Vergleich, so lässt sich für Ostdeutschland – bezogen auf die Einwohner – ein höherer Besitz als in den alten Ländern feststellen. In den neuen Ländern existierten im Jahr 1999 67 Hochschulen und sieben Hochschulkliniken, in den alten Ländern waren es 252 bzw. 26. Je 1 Mio. Einwohner verfügen die neuen Länder damit über rund fünf Hochschulen (einschließlich Hochschulkliniken) und die alten Länder über rund vier.

Bei den hochschulexternen Forschungseinrichtungen stellt sich der Besitz in den neuen Ländern deutlich günstiger als in den alten Ländern dar. Zählt man die Zweig- und Außenstellen bestehender Einrichtungen sowie Arbeitsgruppen (zumeist der Max-Planck-Gesellschaft) als jeweils eigenständige Einrichtungen, so ergibt sich für die Max-Planck-Gesellschaft (MPG), die Fraunhofer-Gesellschaft (FHG), die Helmholtz-Gesellschaft (HG), die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) sowie die Bundeseinrichtungen mit FuE-Aufgaben insgesamt für die neuen Länder ein höherer Besitz an Einrichtungen als für die alten Länder. Normiert auf je 1 Mio. Einwohner gab es im Jahr 2000 in den neuen Ländern mehr als doppelt so viele Einrichtungen wie in den alten Ländern. Bei den Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, die in besonderem Maße für eine anwendungsorientierte Forschung bekannt sind, ist der Besitz in den neuen Ländern mit knapp 1,4 nahezu doppelt so hoch wie in den alten Ländern mit 0,7. Damit weisen die neuen Länder insgesamt eine recht gute Ausgangsbasis für die hochschulexterne Forschung auf (vgl. Tabelle E.3).

Bei einem Blick auf Sachsen-Anhalt zeigt sich, dass dort der Hochschulbesatz mit 5,3 Hochschulen pro 1 Mio. Einwohner genau dem ostdeutschen Durchschnitt entspricht. Bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen liegt der Besitz mit 7,2 Einrichtungen pro 1 Mio. Einwohner etwas unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 7,8, was auch für die Fraunhofer-Einrichtungen zutrifft (0,8 zu 1,4) (vgl. Tabelle E.3).

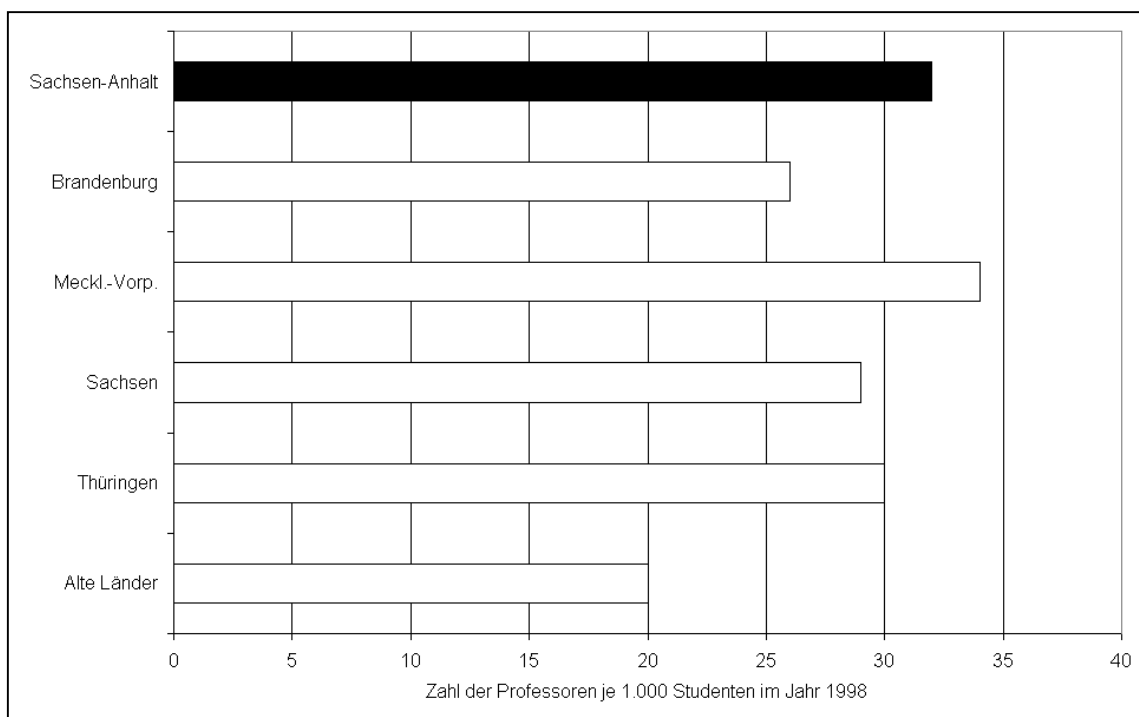
### *Personalausstattung*

Hinsichtlich ihrer Ausstattung mit Personal, das in FuE tätig ist, liegen die Wissenschaftseinrichtungen Sachsens-Anhalts mit mehreren Indikatoren dicht am ostdeutschen Durchschnitt. Dies gilt für den Umfang des FuE-Personals an den Hochschulen und für die Zahl der Professoren je 100 wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter. Überdurchschnittlich fällt dagegen in Sachsen-Anhalt sowohl die Zahl der Professoren als

auch der wissenschaftlichen/künstlerischen Mitarbeiter aus, wenn man sie auf die Zahl der Studenten an den Hochschulen bezieht (vgl. zu den Professoren Abbildung C.2). Zwischen 1995 und 1999 ist die Gruppe der Professoren in Sachsen-Anhalt um nahezu 30% angewachsen; dies ist mit Abstand der größte Zuwachs in den neuen Ländern (Thüringen folgt mit knapp 12%).

Abbildung C.2:

Zahl der Professoren je 1.000 Studenten<sup>a</sup> in Hochschulen nach Bundesländern<sup>b</sup> 1998



<sup>a</sup> Der Studentenzahl liegt die Zahl der in den Wintersemestern des jeweiligen Jahres immatrikulierten Studenten zugrunde, d.h. die Professorenzahl 1998 ist ins Verhältnis zur Studentenzahl im Wintersemester 1998/99 gesetzt.  
<sup>b</sup> Neue Länder ohne Berlin, alte Länder nur Flächenländer.

Quelle: Berechnung und Darstellung des IWH nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Unterdurchschnittlich fällt im ostdeutschen Vergleich der Besatz Sachsens-Anhalts mit Hochschulpersonal in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften aus (22 zu 31 Beschäftigte je 100.000 Einwohner), eine Fächergruppe, in der Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft besonders weit verbreitet sind. Ebenfalls unter dem Durchschnitt rangiert das FuE-Personal an außeruniversitären Forschungsinstituten: Hier entfallen in Sachsen-Anhalt 63 Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) auf 100.000 Einwohner, in den neuen Ländern insgesamt sind es 84.<sup>30</sup>

<sup>30</sup> ROSENFELD/HEIMPOLD, a.a.O., S. 400.

*Ausgaben für FuE*

Die Gesamtausgaben der Hochschulen (ohne Bauinvestitionen) in Sachsen-Anhalt sind von 1997 bis 1999 um nahezu 14% gestiegen und lagen im Bezugsjahr 1999 knapp unter 2 Mrd. DM. Dieser Anstieg war der höchste unter den neuen Ländern und lag auch über dem Bundesdurchschnitt (vgl. Tabelle C.6). Außerdem geht aus Tabelle C.6 hervor, dass Sachsen-Anhalt neben Mecklenburg-Vorpommern die höchsten Hochschulausgaben pro Kopf der Bevölkerung tätigte.

Tabelle C.6:

Gesamtausgaben der Hochschulen (ohne Bauinvestitionen) in den neuen Bundesländern (Flächenländer) 1997 – 1999 und Gesamtausgaben pro Einwohner 1999

Land	Ausgaben insgesamt - in Mio. DM -			Ausgaben in DM pro EW	Veränderung 1999-97 in %
	1997	1998	1999	1999	
<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>1.692</b>	<b>1.799</b>	<b>1.924</b>	<b>726</b>	<b>+13,7</b>
Brandenburg	666	659	671	258	+0,8
Mecklenburg- Vorpommern	1.307	1.327	1.335	746	+2,1
Sachsen	2.839	2.881	3.023	678	+6,5
Thüringen	1.254	1.298	1.363	557	+8,7
Deutschland insge- samt	50.920	51.564	52.894	644	+5,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

In die öffentlich finanzierten Forschungsinstitute im Land Sachsen-Anhalt flossen im Jahr 1999 ca. 320 Mio. DM (Tabelle C.7). Im Vergleich zu Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sind die entsprechenden Ausgaben in Sachsen-Anhalt von 1997 auf 1999 nur geringfügig gestiegen, insgesamt jedoch stärker als im Bundesdurchschnitt. Ob die hohe Ausgabensteigerung in den genannten Ländern überwiegend auf die Gründung neuer Forschungsinstitute in diesem Zeitraum zurückzuführen ist, wäre zu prüfen. Pro Kopf der Bevölkerung wurden in Sachsen-Anhalt am wenigsten Mittel für Forschungsinstitute ausgegeben. Der Vergleich zu den anderen neuen Ländern erbringt somit das Bild, dass in Sachsen-Anhalt überproportional viel Mittel in Hochschulen und unterproportional wenig Mittel in Forschungsinstitute fließen.



Tabelle C.7:

Gesamtausgaben für öffentlich finanzierte wissenschaftliche Einrichtungen außerhalb von Hochschulen (ohne Bauinvestitionen) in den neuen Ländern (Flächenländer) 1997 - 1999 und Gesamtausgaben pro Einwohner 1999

Land	Ausgaben insgesamt – in TDM –			Ausgaben in DM pro EW	Veränderung 1999-97 in %
	1997	1998	1999	1999	
<b>Sachsen- Anhalt</b>	<b>298.035</b>	<b>331.718</b>	<b>319.758</b>	<b>121</b>	<b>7,3</b>
Brandenburg	569.939	661.652	752.619	289	32,1
Mecklenburg- Vorpommern	211.318	259.533	263.635	147	24,8
Sachsen	999.540	1.103.542	1.217.471	273	21,8
Thüringen	341.943	371.657	340.567	139	-0,4
Deutschland insgesamt	16.326.668	17.011.637	17.132.252	209	4,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

### *Attrahierung von Drittmitteln*

Zur Messung des Outputs öffentlicher Wissenschaftseinrichtungen kann leider auf die oben verwendete Patentmeldestatistik nicht zurückgegriffen werden, da sich die aus dem Bereich der öffentlich finanzierten Wissenschaft stammenden Patentmeldungen nicht zuverlässig von den Patentmeldungen privater Unternehmen abgrenzen lassen.<sup>31</sup> Als ein Indikator der indirekten Bestimmung des Outputs können ersatzweise Angaben zur Drittmittelinwerbung öffentlicher Wissenschaftseinrichtungen herangezogen werden, indem diese als Indiz für die Bewertung durchgeführter Forschungsprojekte durch externe Auftraggeber betrachtet werden. In der Abbildung C.3 werden für den Bereich der ostdeutschen Hochschulen deren Drittmittelaufnahmen in Beziehung gesetzt zu ihren Gesamtausgaben.<sup>32</sup> Aus den sich daraus ergebenden prozentualen Anteilen für die Jahre 1995 und 1999 ergibt sich, dass Sachsen-Anhalt als einziges Land seine Drittmittelrela-

<sup>31</sup> Ebd., S. 402.

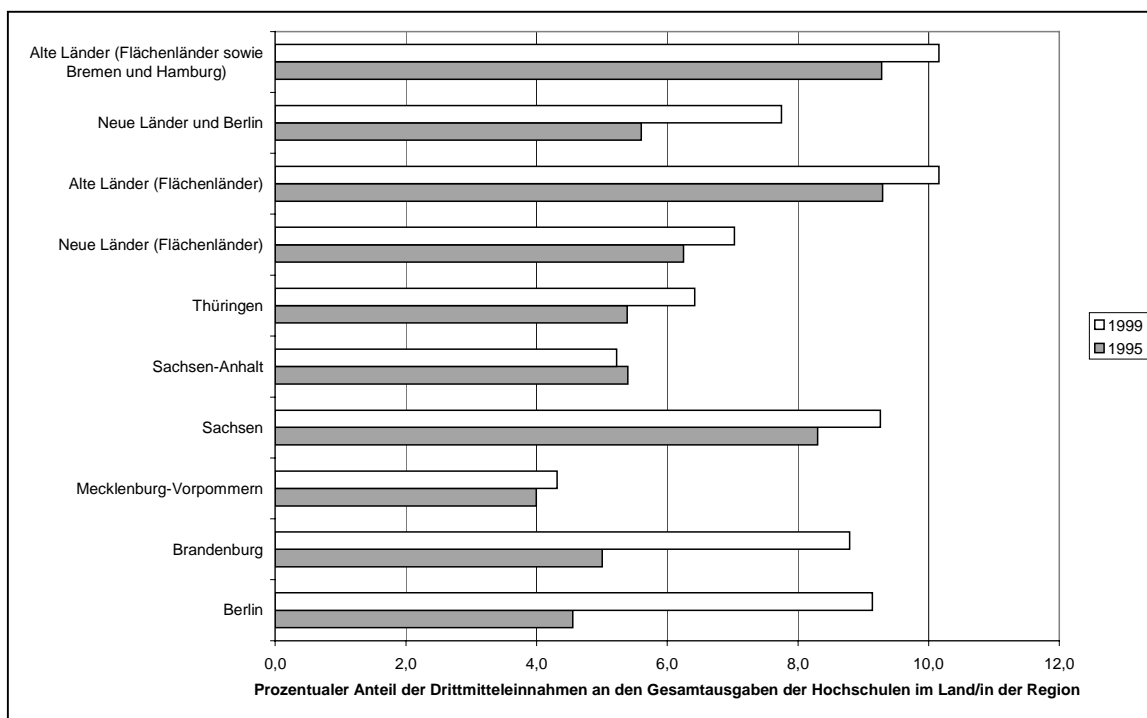
<sup>32</sup> Für die öffentlich finanzierten Forschungsinstitute liegen keine entsprechenden Angaben zu ihren Drittmittelausgaben vor.

tion von 1995 bis 1999 nicht verbessern konnte und von einer vorderen Position auf die vorletzte Position vor Mecklenburg-Vorpommern zurück gefallen ist.

Die Aussagefähigkeit des Indikators lässt sich noch verbessern, wenn man zusätzlich nach dem Anteil der aus der gewerblichen Wirtschaft stammenden Drittmittel differenziert. Dieser Anteil liegt in den neuen Ländern 1999 zwischen 20 und 25% (Sachsen-Anhalt 21,9%), was bedeutet, dass in dieser Hinsicht keine großen Länderunterschiede zu erkennen sind. Orientiert man sich an der entsprechenden Quote der westdeutschen Hochschulen (31%), so sieht man, dass in dieser Hinsicht bei allen ostdeutschen Hochschulen noch Nachholbedarf besteht.<sup>33</sup>

Abbildung C.3:

Relation zwischen Einnahmen aus Drittmitteln und Gesamtausgaben der Hochschulen in den Jahren 1995 und 1999 nach Bundesländern



Quelle: Darstellung des IWH auf der Grundlage von Daten des Statistischen Bundesamtes.

<sup>33</sup> ROSENFELD/HEIMPOLD, a.a.O., S. 402.

## 2.2 Die Region Halle

### 2.2.1 Privatwirtschaftliche Forschung und Entwicklung

In den FuE-Abteilungen sachsen-anhaltinischer Unternehmen wurden im Jahr 1995 3.066 und 1997 noch 2.949 Personaljahre (Vollzeitäquivalente) geleistet, über 35% davon in der Region Halle und etwa je ein Viertel in den Regionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und Magdeburg (vgl. Tabelle C.8). Insbesondere in den Regionen Halle und Magdeburg wurden die Forschungsaktivitäten von 1995 bis 1997 deutlich verringert.

Tabelle C.8:

FuE-Personal in den FuE-Abteilungen sachsen-anhaltinischer Unternehmen nach Regionen 1995 und 1997

- in Vollzeitäquivalenten -

Land/Region	1995		1997		
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	1995=100
<b>Halle</b>	<b>1.125</b>	<b>36,7</b>	<b>1.042</b>	<b>35,3</b>	<b>92,6</b>
Altmark	35	1,1	36	1,2	102,9
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	754	24,6	748	25,4	99,2
Harz	373	12,2	384	13,0	102,9
Magdeburg	779	25,4	739	25,1	94,9
Sachsen-Anhalt	3.066	100,0	2.949	100,0	96,2

Quelle: Sonderauswertung der SV-Wissenschaftsstatistik, Berechnungen des IWH.

Die Anteile der Regionen bei den internen FuE-Aufwendungen sind ähnlich verteilt wie beim FuE-Personal (Tabelle C.9). Die Entwicklung der FuE-Aufwendungen zwischen 1995 und 1997 ist hingegen - anders als beim FuE-Personal – positiv. Der stärkste Zuwachs fand mit 27% in der Region Anhalt statt, auch im Harz (13,5%) und in Halle (11%) stiegen die internen FuE-Aufwendungen der Unternehmen deutlich, während sie in Magdeburg leicht (3,2%) und in der Altmark drastisch (44%) schrumpften.

Tabelle C.9:

Interne FuE-Aufwendungen in den Forschungsstätten von Unternehmen in Sachsen-Anhalt nach Regionen 1995 und 1997

Land/Region	1995		1997		
	in Mio. DM	in %	in Mio. DM	in %	1995=100
Altmark	8,9	2,6	5,0	1,3	55,9
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	74,1	21,4	94,1	24,8	126,9
Halle	132,4	38,2	146,9	38,7	110,9
Harz	41,6	12,0	47,2	12,4	113,5
Magdeburg	89,4	25,8	86,5	22,8	96,8
Sachsen-Anhalt	346,4	100,0	379,7	100,0	109,6

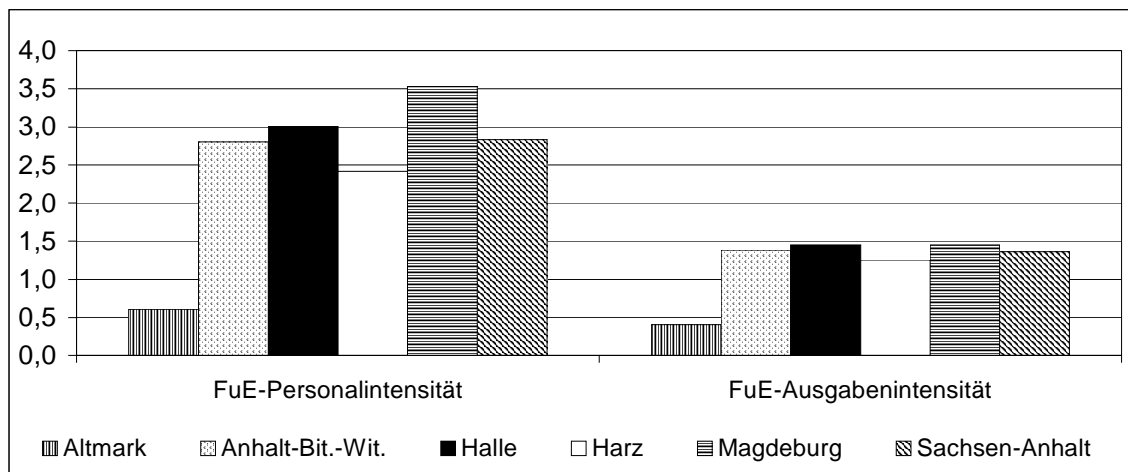
Quelle: Sonderauswertung der SV-Wissenschaftsstatistik, Berechnungen des IWH.

Eine Bewertung der regionalen Verteilung von FuE-Personal und –ausgaben fällt schwer, da die Regionen unterschiedlich groß sind und der regionale Umfang der wirtschaftlichen Aktivitäten, insbesondere im Industriebereich, zwischen ihnen unterschiedlich ausfällt. Bezieht man deshalb das FuE-Personal auf die Beschäftigten (= FuE-Personalintensität) und die internen FuE-Aufwendungen auf den Umsatz (= FuE-Ausgabenintensität) der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes, dann erscheinen auch hier wieder die drei Regionen Magdeburg, Halle und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg als die FuE-intensivsten in Sachsen-Anhalt (vgl. Abbildung C.4). Bei der FuE-Personalintensität ist ein deutlicher Vorsprung Magdeburgs gegenüber den Regionen Halle und Anhalt erkennbar, während bei der FuE-Ausgabenintensität die vier Regionen Magdeburg, Halle, Anhalt und Harz praktisch gleichauf liegen.

Abbildung C.4:

## FuE-Personalintensität und FuE-Ausgabenintensität in Sachsen-Anhalt nach Regionen 1997

- in % -



Quelle: Sonderauswertung der SV-Wissenschaftsstatistik, Berechnungen des IWH.

**2.2.2 Öffentliche Forschung und Entwicklung**

Lässt man die Universitätskliniken außen vor, die in Halle 1998 rund 3.500 und in Magdeburg rund 3.900 Beschäftigte hatten (davon jeweils rund 700 Wissenschaftler) und im Folgenden unberücksichtigt bleiben, dann stehen trotzdem die Regionen Halle und Magdeburg als diejenigen mit den meisten Beschäftigten im öffentlichen Wissenschaftssektor hervor (vgl. Tabelle C.10). Die Region Halle hatte circa 6,5 Beschäftigte pro 1.000 Einwohner in öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen, davon etwa die Hälfte Wissenschaftler.

Tabelle C.10:

## Beschäftigte in öffentlich finanzierten Wissenschaftseinrichtungen 1998/99

Land/Region	Personal insgesamt <sup>a</sup>		davon Wissenschaftler <sup>b</sup>	
	Personen	je 1.000 Einwohner	Personen	je 1.000 Einwohner
<b>Halle (inklusive Uni-Klinikum)</b>	<b>5.249 (8.735)</b>	<b>6,5 (10,8)</b>	<b>2.615 (3.345)</b>	<b>3,2 (4,1)</b>
Altmark	22	0,1	14	0,1
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	629	1,1	293	0,5
Harz	851	2,0	309	0,7
Magdeburg (inklusive Uni-Klinikum)	2.702 (6.626)	4,4 (10,7)	1.541 (2.264)	2,5 (3,7)
Sachsen-Anhalt (inklusive Uni-Kliniken)	9.453 (16.863)	3,5 (6,3)	4.772 (6.225)	1,8 (2,3)

<sup>a</sup> Personal an Hochschulen 1998, an sonstigen Wissenschaftseinrichtungen 1999. – <sup>b</sup> Wissenschaftliches oder künstlerisches Personal aus Haushalts- und Drittmitteln beschäftigt, einschließlich Doktoranden, Gästen, Stipendiaten, teilweise geschätzte Werte.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Informationen des Kultusministeriums Sachsen-Anhalt, Berechnungen und Schätzungen des IWH.

### 3. Zwischenfazit

Der in Kapitel C. vermittelte Überblick über die wirtschaftliche Lage des Landes Sachsen-Anhalt lässt erkennen, dass die besonderen Schwächen der Wirtschaft in den neuen Ländern in Sachsen-Anhalt besonders deutlich hervortreten: Der bisherige Aufholprozess hat bisher zu wenig neue Unternehmen hervorgebracht. Entsprechend gering ist die Zahl angebotener Arbeitsplätze. Die hohen Investitionen sind vorwiegend in die Schaffung hochmoderner Produktionsstätten mit einem relativ geringen Bedarf an Arbeitskräften geflossen.

Die Region Halle mit ihrem Agglomerationskern der Stadt Halle zeichnet sich dadurch aus, dass sie ein noch etwas extremeres Profil der soeben genannten Merkmale aufweist, d.h. die typischen ostdeutschen Wachstumsschwächen dort noch deutlicher zu Tage treten. Dies ist insofern verwunderlich, als die Agglomerationsräume eines Landes in der Regel günstigere ökonomische Kennwerte aufweisen als die weniger verdichteten und mehr peripher gelegenen Regionen.

Auf Grund der relativ wenigen und zudem relativ kleinen Unternehmen in Sachsen-Anhalt ist es nicht verwunderlich, dass der Umfang der privat betriebenen Forschung und Entwicklung bescheiden ausfällt. Dagegen verfügt Sachsen-Anhalt mit den beiden Regionen Halle und Magdeburg über zwei Konzentrationspunkte öffentlich finanzierter

Forschung. Vieles spricht dafür, dass dieses Potenzial bisher für Zwecke des wirtschaftlichen Wachstums zu wenig genutzt worden ist. Dies könnte mit darin begründet sein, dass insbesondere die Region Halle über relativ viele Wissenschaftsressourcen verfügt, die wenig wirtschaftsorientiert sind – oder mit anderen Worten: für die Wirtschaft der Region als Wissensquelle einen niedrigen Stellenwert besitzen. Dem entspricht der oben erwähnte Befund, dass Sachsen-Anhalt pro Kopf der Bevölkerung überproportional viel Finanzmittel in seine Hochschulen und unterproportional wenig Mittel in außeruniversitäre Forschungsinstitute steckt. Diese Problematik soll im Folgenden – insbesondere in Kapitel E. – noch genauer untersucht werden.

## **D. Von den öffentlich finanzierten Wissenschaftseinrichtungen ausgelöste Nachfrageeffekte**

In diesem Kapitel wird näher untersucht, welche Nachfrageeffekte sich aus der Existenz der öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen mit Standort in der Region Halle ergeben.<sup>34</sup> Hierbei wird – wenn möglich – danach unterschieden, ob diese Effekte in Sachsen-Anhalt oder außerhalb des Landes auftreten. In Abschnitt 1. wird zunächst darüber informiert, welche Anteile der in den Einrichtungen eingesetzten Mittel vom Land Sachsen-Anhalt aufgebracht werden und welche Anteile von außerhalb zufließen. Informationen über das Ausmaß der landesexternen Finanzierung der Wissenschaftseinrichtungen sind u.a. auch deshalb wichtig, um einschätzen zu können, welche Vorteile das Land aus deren Existenz zieht. Entsprechend dieser Differenzierung werden in Abschnitt 2. die innerhalb und außerhalb Sachsen-Anhalts kurzfristig entstehenden Nachfrageeffekte ermittelt, die auf Grund der Personalausgaben, der Sach- und Investitionsausgaben, der Bauinvestitionen und der Drittmittelausgaben sowie der studentischen Ausgaben entstehen. Im Anschluss daran werden in Abschnitt 3. die sich über längere Sicht ergebenden Einkommenseffekte geschätzt und mit den vorher erzielten Ergebnissen zu einem Gesamteffekt zusammen gefasst. Auf politische Implikationen der Ergebnisse wird anschließend in Abschnitt 4. eingegangen.

### **1. Differenzierung der Ausgaben nach Herkunft der Mittel**

Wie bereits in Kapitel B. angesprochen,<sup>35</sup> besteht ein wichtiger Forschungsschritt der Studie darin, zu ermitteln, inwieweit die Wissenschaftseinrichtungen zum einen durch landeseigene und zum andern durch landesexterne Mittel finanziert werden. Der Zufluss regionsexterner Mittel basiert, wie in den folgenden Abschnitten noch näher erläutert wird,

- zum ersten auf institutionellen Regelungen, bestimmte Wissenschaftseinrichtungen vollständig nach einem festen Aufteilungsschlüssel durch Land und Bund zu finanzieren,
- zum zweiten darauf, inwieweit die Hochschulen des Landes von Bundesmitteln im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung des Hochschulbaus profitieren und

---

<sup>34</sup> Zur Unterscheidung von Nachfrage- und Angebotseffekten vgl. oben Abschnitt B.1.

<sup>35</sup> Vgl. oben Abschnitt B.1.



- zum dritten auf der Fähigkeit der Einrichtungen, sich erfolgreich um Drittmittel zu bewerben. Letztere Fähigkeit, externe Mittel in Form von Forschungs-Drittmitteln zu attrahieren, stellt auch – nicht nur aus Landessicht - ein wichtiges Qualitätsmerkmal von Wissenschaftseinrichtungen dar.
- Zum vierten fließen landesexterne Mittel der Region zu, wenn sich Studenten aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland an Hochschulen der Region einschreiben und zumindest einen Teil der ihnen zur Verfügung stehenden Einkommen in der Region und im Land selbst verausgaben. Bezüglich dieser Art des Mittelzuflusses von außen ist also von Belang, wie attraktiv die Hochschulen der Region potenziellen Studenten von außerhalb erscheinen. Von der Existenz von Hochschulen und von ihrer Attraktivität hängt auch ab, welcher Anteil der im Land ansässigen Abiturienten und anderen Personen mit Zugangsberechtigung zu Hochschulstudiengängen ein Studium an den Hochschulen Sachsen-Anhalts aufnimmt. Würde Sachsen-Anhalt über keine Hochschulen oder nur über Hochschulen mit geringer Attraktivität verfügen, so könnte das Land keine Mittelzuflüsse von studentischer Seite verzeichnen. Aus diesem Grund erscheint es gerechtfertigt, auch die Ausgaben sämtlicher zu Studienzwecken in Sachsen-Anhalt verbleibenden Studenten als Mittelzufluss für das Land zu verrechnen.<sup>36</sup>

### **1.1 Grundfinanzierung der Wissenschaftseinrichtungen aus externen und landeseigenen Quellen**

Während die Personal- und Sachausgaben der Hochschulen weitgehend aus dem Landeshaushalt bestritten werden, stellen sich die Finanzierungsmodalitäten bei den öffentlich finanzierten Forschungsinstituten komplizierter dar. Die zwischen Bund und dem Land Sachsen-Anhalt vereinbarte Aufteilung der Finanzierung für einzelne Forschungsinstitute bzw. Institutsgruppen ist aus der untenstehenden Übersicht D.1 ersichtlich.

In den Fällen der Max-Planck- und Fraunhofer-Institute erfolgt die Aufteilung der Finanzierung zwischen Bund und Ländern anhand des sogenannten Königsteiner Schlüssels,<sup>37</sup> wie im Folgenden noch näher erläutert wird.

---

<sup>36</sup> Als weiteres Argument für diese Zurechnung ließe sich anführen, dass die Bafög-Empfänger unter den aus Sachsen-Anhalt stammenden Studenten Mittel aus dem Bundeshaushalt erhalten.

<sup>37</sup> Die Bezeichnung geht zurück auf das Königsteiner Staatsabkommen der Länder von 1949, mit dem dieser Schlüssel eingeführt worden ist.

## Übersicht D.1:

## Beteiligung des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalt an der Finanzierung öffentlicher Forschungsinstitute in der Region Halle

<i>Institutstyp/Institut</i>	<i>Finanzierungsschlüssel</i>
Institute der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)	Die Forschungsinstitute der WGL werden zu je 50% vom Sitzland Sachsen-Anhalt und vom Bund finanziert.
Institute der Max-Planck-Gesellschaft (MPG)	Die bundesweit 80 Einrichtungen der MPG werden je zur Hälfte von den Ländern und vom Bund in Form von Zuschüssen an die MPG finanziert. Der Anteil für das Land Sachsen-Anhalt wird – nach Abzug einer Sitzlandquote von 45% im Jahr 1999 - gemäß des Königsteiner Schlüssels berechnet.
Institute der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG)	Die Grundfinanzierung der Einrichtungen der FhG, die maximal 1/3 der Institutshaushalte abdeckt, wird zu 90% vom Bund und zu 10% von den Ländern in Form von Zuschüssen an die FhG finanziert. Vom Länderanteil werden 2/3 auf die Sitzländer umgelegt, 1/3 wird gemäß des Königsteiner Schlüssels ländergemeinsam finanziert.
Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (UFZ)	Das zu den Großforschungszentren zählende UFZ wird zu 90% vom Bund und zu je 5% von den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt finanziert.

Quelle: Haushaltsplan des Kultusministeriums Sachsen-Anhalt; Zusammenstellung des IWH.

Die für die Max-Planck- und Fraunhofer-Institute geltenden Finanzierungsmodalitäten haben zur Folge, dass die Höhe der Landeszuschüsse an die Institute in der Region Halle nicht direkt aus den Haushaltsplänen ablesbar ist. Um diese dennoch abschätzen zu können, wird im Folgenden so vorgegangen, dass ein Abgleich zwischen den Zuschüssen des Landes Sachsen-Anhalt an die MPG bzw. FhG und den Gesamtausgaben (ohne Drittmittel) der betreffenden in der Region Halle angesiedelten Institute erfolgt. Hierbei wird zu Grunde gelegt, dass die Finanzierung entsprechend des jeweiligen Finanzierungsschlüssels zwischen Bund und Land erfolgt.<sup>38</sup>

Aus den Angaben in Tabelle D.1 geht hervor, dass die öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle im Jahr 1999 mit einem Betrag in Höhe von ca. 511 Mio. DM finanziert wurden (ohne Bauinvestitionen). Das Land Sachsen-Anhalt selbst

<sup>38</sup> Vgl. dazu Fn. XX

steuerte rund 370 Mio. DM zu dieser Finanzierung bei, was einem Anteil von etwa 72,5% entspricht.

Tabelle D.1:

Umfang der Finanzierung öffentlicher Wissenschaftseinrichtungen (ohne Bauinvestitionen) in der Region Halle und anteilige Finanzierung durch das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 1999

- in DM -

Wissenschaftseinrichtung	Ausgaben insgesamt	Davon finanziert durch das Land Sachsen-Anhalt	Finanzierungsanteil des Landes in %
Martin-Luther-Universität	245.015.200	245.015.200	100
HS Burg Giebichenstein	22.211.800	22.211.800	100
FH Merseburg	33.625.500	33.625.500	100
<i>Hochschulen insgesamt</i>	<i>300.852.500</i>	<i>300.852.500</i>	
IWH	8.463.740	4.231.870	50
IAMO	8.313.000	4.156.500	50
IPB	18.617.000	9.308.500	50
IPK	49.984.000	24.992.000	50
<i>WGL-Institute insgesamt</i>	<i>85.377.740</i>	<i>42.688.870</i>	
UFZ Leipzig-Halle	98.437.000	4.921.900	5
MP-Forschungsst. Enzymologie	3.029.000	2.889.670	95,4 <sup>a</sup>
MP-Inst. für Mikrostrukturphysik	18.245.000	17.405.730	95,4 <sup>a</sup>
MP-Inst. für ethnolog. Forschung	1.404.000	1.339.416	95,4 <sup>a</sup>
Fraunhofer-IWM	3.400.000	113.330	3,3 <sup>a</sup>
<i>Insgesamt</i>	<i>510.745.240</i>	<i>370.211.416</i>	

<sup>a</sup> Wert berechnet vom IWH.

Quelle: Kultusministerium Sachsen-Anhalt; Erhebungen und Berechnungen des IWH.

Hierunter stellen die Hochschulen mit knapp 301 Mio. DM den größten Posten, wobei unter diesen wieder die Martin-Luther-Universität (MLU) mit 245 Mio. DM die „teuerste“ Einrichtung darstellt. Demgegenüber fallen die vier WGL-Institute für das Land mit

einem Finanzierungsanteil von 42,5 Mio. DM und das UFZ Leipzig-Halle mit einem Anteil von 5 Mio. DM ins Gewicht.

Um den Anteil des Landes an der Finanzierung der Max-Planck- und Fraunhofer-Institute zu bestimmen, wurde folgendermaßen vorgegangen:

- Auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels wurden im Jahr 1999 Landesmittel in Höhe von 28,1 Mio. DM pauschal an die MPG abgeführt.<sup>39</sup> Die vier MP-Institute mit Standort in Sachsen-Anhalt verzeichneten im gleichen Jahr Ausgaben von insgesamt knapp 29,5 Mio. DM (darunter 22,7 Mio. DM für die drei MP-Institute in der Region Halle; vgl. Tabelle D.1). Daraus wird ersichtlich, dass die Pauschalzahlung Sachsen-Anhalts an die MPG nicht völlig ausgereicht hat, um die MP-Institute des Landes zu finanzieren: Zusätzliche *externe* Mittel in Höhe von ca. 1,4 Mio. DM waren zu ihrer Finanzierung notwendig. Rund 95,4% der Mittel für sämtliche sachsen-anhaltinischen MP-Institute wurden also vom Land aufgebracht (vgl. Tabelle D.1). Da auf die drei MP-Institute in der Region Halle 77% der Ausgaben entfallen, ergibt sich somit ein *Zufluss externer Mittel für die Grundfinanzierung* in Höhe von 1,05 Mio. DM.
- Im Jahr 1999 betragen die Gesamtausgaben der beiden FhG-Institute mit Standort in Sachsen-Anhalt 21,5 Mio. DM (darunter 3,4 Mio. DM für das Institut für Werkstoffmechanik (IWM) in Halle; vgl. Tabelle D.1).<sup>40</sup> Unter der Annahme, dass Bund und Länder 20% dieser Ausgaben – also etwa 4,3 Mio. DM - grundfinanzieren<sup>41</sup> und unter Berücksichtigung des Bund-Länder-Finanzierungsschlüssels von 9:1 ergibt sich ein durch das Land Sachsen-Anhalt zu bestreitender Grundfinanzierungsanteil von 431.000 DM für die beiden FhG-Institute. Der pauschale Zuschuss des Landes an die FhG auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels belief sich im Jahr 1999 aber auf 6,19 Mio. DM. Dies bedeutet, dass der Mittelabfluss aus Sachsen-Anhalt zur Grundfinanzierung sämtlicher deutscher FhG-Institute um nahezu

---

<sup>39</sup> Die Berechnung des Königsteiner Schlüssels wird jährlich von der BLK-Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission (BLK) durchgeführt. Dem Königsteiner Schlüssel für das Haushaltsjahr 1999 lagen das Steueraufkommen im Jahr 1997 und die Bevölkerungszahl von 1997 zugrunde, was für Sachsen-Anhalt zu einem Wert von 3,34759 und z.B. für Bayern zu einem Wert von 14,55086 führte. Die einzelnen Länder-Anteile addieren sich zu 100.

<sup>40</sup> Die FhG unterhält in Sachsen-Anhalt das in Magdeburg ansässige Institut für Fabrikbetrieb und -automatisierung (IFF) und das Institut für Werkstoffmechanik (IWM). Letzteres verfügt über zwei Standorte in Freiburg/Breisgau und in Halle. Verwaltungstechnisch wird das IWM von Freiburg aus verwaltet und mit nur einem Gesamthaushalt geführt. Die Zahlen für den Standort Halle wurden vom dortigen Verwaltungsteil berechnet und für Zwecke des vorliegenden Projekts zur Verfügung gestellt.

<sup>41</sup> Zur Deckung des restlichen Teils ihres Haushalts sind die FhG-Institute angehalten, Drittmittel- und Industrieaufträge einzuwerben.

70% höher ausfällt als der Mittelzustrom aus dem Bund-Länder-Grundfinanzierungstopf für die beiden Institute im Land.

Dies bedeutet alles in allem, dass Sachsen-Anhalt bei der Grundfinanzierung seiner MP-Institute von den zwischen Bund und Ländern vereinbarten Finanzierungsmodalitäten profitiert, umgekehrt aber bei der Grundfinanzierung seiner FhG-Institute jedoch mehr in den Bund-Länder-Topf einzahlt als es von dort wieder erhält.

## **1.2 Zusätzlich attrahierte Mittel**

Neben ihrer Grundfinanzierung fließen den Wissenschaftseinrichtungen weitere Mittel aus unterschiedlichen Quellen zu. So verfügen Wissenschaftseinrichtungen im Unterschied zu Einrichtungen der reinen öffentlichen Verwaltung über die Fähigkeit, neben ihrer Grundfinanzierung noch weitere private oder öffentliche Mittel für ihren Betrieb zu rekrutieren (vgl. Abschnitt 1.2.1). Die regionalökonomische Bedeutung dieser zusätzlich attrahierten Mittel – vor allem derjenigen, die von außerhalb des Landes zufließen - wurde oben eingehend erläutert.<sup>42</sup> Bei der Abschätzung des Umfangs der durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) bereit gestellten Drittmittel ist zu berücksichtigen, dass das Land Sachsen-Anhalt selbst wiederum Zahlungen an die DFG leistet (Abschnitt 1.2.2). Darüber hinaus fließen den Hochschulen des Landes Mittel im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau zu (Abschnitt 1.2.3).

### **1.2.1 Zufluss an Drittmitteln**

Die Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle erzielten im Jahr 1999 insgesamt Drittmiteleinahmen in Höhe von 67,6 Mio. DM, was ca. 13% ihrer Grundfinanzierungssumme von 511 Mio. DM (vgl. Tabelle D.1) entspricht. Unter den verschiedenen Einrichtungen hat die Martin-Luther-Universität den höchsten Drittmittelzufluss zu verzeichnen: Mit 34,65 Mio. DM vereint sie etwas mehr als die Hälfte des Drittmittelzuflusses auf sich (Tabelle D.2). Danach folgen mit 12,6 Mio. DM das Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (UFZ)<sup>43</sup> und das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) mit 8,6 Mio. DM.

Der in Halle ansässige Institutsteil des Fraunhofer-Instituts für Werkstoffmechanik verbuchte im Jahr 1999 Erträge aus Industrieaufträgen in Höhe von rund 280.000 DM. Die-

---

<sup>42</sup> Vgl. oben Abschnitt B.1.

<sup>43</sup> Diese Summe enthält auch die Drittmittel für die Institutsstandorte in Leipzig und in Magdeburg.

ser Posten ist jedoch nicht direkt mit den Drittmiteleinnahmen der anderen Institute vergleichbar, wird aber gleichwohl einbezogen.

Tabelle D.2:

Drittmiteleinnahmen der öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle und Anteil an den Gesamtausgaben im Jahr 1999

Wissenschaftseinrichtung	Drittmiteleinnahmen in DM	Anteil der Drittmittel an den Gesamtausgaben in %
Martin-Luther-Universität	34.655.645	14,1
Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein	45.550	0,2
Fachhochschule Merseburg	4.852.560	14,4
Institut für Wirtschaftsforschung Halle	912.700	10,8
Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa	238.000	2,9
Institut für Pflanzenbiochemie	2.908.000	15,6
Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung	8.600.000	17,2
Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle	12.569.200	12,8
Max-Planck-Forschungsstelle Enzymologie der Proteinfaltung	1.033.000	34,1
Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik	1.506.000	8,3
Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung	0 <sup>a</sup>	-
Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik	280.000 <sup>b</sup>	- <sup>b</sup>
<i>Insgesamt</i>	<i>67.600.655</i>	

<sup>a</sup> 1999 noch im Aufbau begriffen. - <sup>b</sup> Drittmiteleinnahmen werden in FhG-Instituten als „Industrieerträge“ verbucht und sind mit den Drittmittelangaben anderer Institute nicht direkt vergleichbar.

Quelle: :Kultusministerium Sachsen-Anhalt; Erhebungen und Berechnungen des IWH.

### ***1.2.2 Auf die Deutsche Forschungsgemeinschaft bezogene Mittelzu- und -abflüsse***

Zur Finanzierung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) trug das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 rund 28,3 Mio. DM bei.<sup>44</sup> Im selben Jahr flossen dem Land auf Grund bewilligter Forschungsprojektanträge, Sonderforschungsbereiche, Graduiertenkollegs und Forschergruppen DFG-Mittel in Höhe von 38,3 Mio. DM – was circa 1,6%

<sup>44</sup> Die Höhe des Landesbeitrags wird vom Ausschuss „Forschungsförderung“ der Bund-Länder-Kommission nach Berechnung über den „Königsteiner Schlüssel“ fest gelegt.

der bundesweit verteilten DFG-Mittel entspricht - zu, d.h. das Land verzeichnete einen Nettozufluss an DFG-Mitteln von 10 Mio. DM. Dabei entfielen etwa 41% der DFG-Mittel für Sachsen-Anhalt auf die Martin-Luther-Universität. Die beiden anderen Hochschulen der Region Halle liegen mit ihrem DFG-Mittelaufkommen im Jahr 1999 weit unter dem der Martin-Luther-Universität.

Eine genauere Aufschlüsselung der Forschungs-Drittmittel der drei Hochschulen für die Jahre 1996-1999 erfolgt in Tabelle D.3. Hier zeigt sich, dass die Martin-Luther-Universität in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ein konstantes Drittmittelaufkommen von ca. 35 Mio. DM per anno aufwies. Der Anteil der DFG-Mittel – der wichtigsten Drittmittelquelle - an den Drittmitteln insgesamt bewegte sich dabei zwischen 44 und 50%.

Tabelle D.3:

Verausgabte Drittmittel der drei Hochschulen in der Region Halle nach Herkunft 1996 - 1999

- in TDM -

Hochschule	MLU (ohne medizin. Fak.)				HS Burg Giebichenstein				FH Merseburg			
	1996	1997	1998	1999	1996	1997	1998	1999	1996	1997	1998	1999
DFG	15.640	17.172	17.316	18.089	258	111	9	0	262	147	108	156
Bund	6.401	4.171	4.300	2.542	0	0	0	0	792	735	591	590
Land S-A	5.529	5.282	7.190	5.984	228	432	41	0	145	13	212	349
EU	628	808	986	1.173	0	0	0	0	0	0	0	0
Stiftungen	3.128	2.591	3.126	2.906	0	40	52	0	55	17	76	1
Industrie	3.211	3.895	3.667	3.544	0	0	73	1	459	951	1.266	1.483
Sonstiges	797	783	994	1.658	1	6	0	0	98	127	190	28
<i>Insgesamt</i>	<i>35.334</i>	<i>34.702</i>	<i>37.579</i>	<i>35.896</i>	<i>487</i>	<i>589</i>	<i>175</i>	<i>1</i>	<i>1.811</i>	<i>1.990</i>	<i>2.443</i>	<i>2.607</i>

Quelle: Kultusministerium Sachsen Anhalt; Berechnungen des IWH.

Bei der Hochschule Burg Giebichenstein nahm das Drittmittelaufkommen im selben Zeitraum stark ab. Die Fachhochschule Merseburg konnte in der zweiten Hälfte der 90er Jahre einen stetigen Zuwachs an Drittmitteln verzeichnen. Als wichtigste Quelle bildeten sich mit der Zeit Industriaufträge heraus, deren Anteil von 25% im Jahr 1996 auf 57% im Jahr 1999 anwuchs.

### ***1.2.3 Mittelzuflüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau***

Gerade für die im Umbau und Neuaufbau befindlichen ostdeutschen Hochschulen stellt die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau in Verbindung mit dem Hoch-

schulbauförderungsgesetz (HBFG) eine wichtige Finanzierungsquelle dar. Das HBFG regelt neben den Finanzierungsmodalitäten von Um- und Neubaumaßnahmen auch die Kostenaufteilung bei der Beschaffung von Großgeräten.<sup>45</sup> Auf der Grundlage des Gesetzes ergeben sich folgende Finanzierungsmodalitäten:

- Bei Bauvorhaben differenziert das HBFG zunächst zwischen Kosten, für die eine Mischfinanzierung möglich ist und solchen, die hiervon ausgeschlossen sind („nicht HBFG-fähige“ Kosten). Letztere machen im Durchschnitt einen Anteil von 16% der gesamten Baukosten aus und müssen allein vom Land finanziert werden.<sup>46</sup> Die restlichen 84% werden zur Hälfte vom Bund und zur Hälfte vom Land finanziert, so dass der Bund 42% der gesamten Baukosten beisteuert.
- Bei der Beschaffung von Großgeräten teilen sich Bund und Land die Kosten je zur Hälfte.

Tabelle D.4:

Mittel aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau für die drei Hochschulen in der Region Halle 1991 - 2000

- in TDM -

Hochschule	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Martin-Luther-Universität	12.724	12.338	21.857	21.608	23.548	38.365	47.028	45.017	59.242	52.079
HS Burg Giebichenstein	0	1.192	2.929	3.005	6.041	2.780	982	1.011	1.167	976
FH Merseburg	0	0	794	1.041	6.752	7.364	3.899	2.521	4.287	6.346
<i>Insgesamt</i>	<i>12.724</i>	<i>13.530</i>	<i>25.580</i>	<i>25.654</i>	<i>36.341</i>	<i>48.509</i>	<i>51.909</i>	<i>48.549</i>	<i>64.696</i>	<i>59.401</i>

Quelle: Kultusministerium Sachsen Anhalt; Berechnungen des IWH.

Aus Tabelle D.4 wird die Entwicklung des Mittelzuflusses aus der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau für die drei Hochschulen seit 1991 ersichtlich. Hieraus geht hervor, dass das Jahr 1999 bisher den Höhepunkt beim Mittelaufkommen aus diesen Quellen

<sup>45</sup> Großgeräte können im Rahmen des HBFG finanziert werden, sofern der Gerätepreis (einschließlich Zubehör) im Fall von Universitäten 250.000 DM und im Fall anderer Hochschulen 150.000 DM überschreitet. Vgl. Kultusministerium Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Großgerätebericht 1991-1998.

<sup>46</sup> Hierunter fallen z.B. Ausgaben für Denkmalpflege, für öffentliche Erschließung, für die Schaffung von Kfz-Stellplätzen oder für den Bau von Gästezimmern. Vgl. Kultusministerium Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Hochschulbaubericht 1991-1998, S. 2.



---

darstellte. In diesem Jahr flossen 64,7 Mio. DM an die drei Hochschulen in der Region Halle, wobei hiervon mehr als 90% der Martin-Luther-Universität zugute kamen (vgl. Tabelle D.4).<sup>47</sup>

Auf Grund der oben dargestellten Finanzierungsmodalitäten lässt sich abschätzen, dass etwa 45% der Hochschulbaumittel von Seiten des Bundes stammen und 1999 somit 29,1 Mio. DM den Hochschulen in der Region Halle zugeflossen sind. Unter Berücksichtigung der oben in Abschnitt 1.2.1 ermittelten 67,6 Mio. DM an Drittmitteln und der Zahlungen des Landes an die DFG in Höhe von 28,3 Mio. DM (vgl. Abschnitt. 1.2.2) ergibt sich für das Jahr 1999 ein Zufluss an externen Mitteln in Höhe von 68,1 Mio. DM.

## **2. Von den Wissenschaftseinrichtungen der Region Halle ausgelöste Nachfrageeffekte in Sachsen-Anhalt**

Nachdem in Abschnitt 1 die Finanzierung der Wissenschaftseinrichtungen der Region differenziert nach der Herkunft der Mittel betrachtet wurde, ob sie durch das Land Sachsen-Anhalt selbst oder durch andere Quellen erfolgt, werden nunmehr in Abschnitt 2 die Nachfrageeffekte ermittelt, die aus den durch die Einrichtungen verausgabten Mittel resultieren. Dabei wird differenziert nach einzelnen Ausgabearten vorgegangen.

Ein zentrales Ziel der im Folgenden dargestellten Untersuchungen besteht darin, heraus zu finden, welcher Anteil der von den Wissenschaftseinrichtungen erzeugten Nachfrage in der Region verbleibt. Im Hinblick darauf ist zu berücksichtigen, dass die auf die Ausgaben erhobenen Umsatz- und Einkommensteueranteile zunächst aus der Region abfließen; bei den Personalausgaben treten die Sozialabgaben als zusätzlicher Mittelabfluss hinzu.<sup>48</sup> Des Weiteren sind bei den Personalausgaben, die zu den Einkommen der Beschäftigten führen, jene Teile zu ermitteln, welche gespart oder für Konsumzwecke außerhalb der Region verausgabt werden. Problematisch bei einem solchen Vorgehen ist, dass keine Aussagen darüber getroffen werden können, in welchem Umfang die in den erworbenen Leistungen enthaltene Wertschöpfung in Sachsen-Anhalt oder in einer an-

---

<sup>47</sup> Nicht berücksichtigt sind in dieser Zahl die Gelder, die aus diesem Programm an die Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität flossen.

<sup>48</sup> Der Umstand, dass Teile der Einkommensteuer regionalen Körperschaften zufließen und dass in einer darauf folgenden Rechnungsperiode Steuern (z.B. in Form von Zuweisungen) und Zahlungen der Sozialversicherungen wieder in die Region zurück fließen können, bleibt bei den folgenden Betrachtungen unberücksichtigt.

deren Region zustande gekommen ist. Hierfür wäre eine sektorale Zuordnung der Zahlungsvorgänge und die Durchführung einer Input-Output-Analyse erforderlich.<sup>49</sup>

Die von den gesamten Ausgaben ausgelösten Nachfrageeffekte werden in Abschnitt 2.1 untersucht, die durch zusätzlich attrahierte Mittel ausgelösten Nachfrageeffekte in Abschnitt 2.2. Hier ist eingangs noch darauf hinzuweisen, dass den Ausführungen in Abschnitt 2.1 und in Abschnitt 2.2 unterschiedliche Ausgangsannahmen zu Grunde liegen. Bei den in Abschnitt 2.1 untersuchten Effekten wird davon ausgegangen, dass diese stets auf dem Hintergrund der Referenzsituation einer Nichtexistenz der Wissenschaftseinrichtungen in der Region zu betrachten sind.<sup>50</sup> Dies bedeutet gleichzeitig, dass die Ermittlung der Nachfrageeffekte unter der Voraussetzung durchgeführt wird, dass mit dem (hypothetischen) Wegfall der öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen deren Nachfrage nicht durch entsprechende Nachfragezuwächse von anderer Seite substituiert würde.

Für die in Abschnitt 2.2 untersuchten Effekte steht hingegen die Hypothese am Ausgangspunkt, dass Wissenschaftseinrichtungen im Unterschied zu öffentlich finanzierten administrativen Einrichtungen das spezielle Vermögen besitzen, aus eigener Initiative zusätzliche Mittel und Studenten aus anderen Regionen zu attrahieren. Bei den öffentlich finanzierten Forschungsinstituten kommt hinzu, dass sie in Teilen vom Bund und zum Teil indirekt von anderen Ländern und damit stetig auch aus regionsexternen Quellen finanziert werden.

Im Hinblick auf die folgenden methodischen Schritte ist anzumerken, dass sie eine Vielzahl von Annahmen, Festlegungen und Schätzungen enthalten, die mit Hilfe eigener Ermittlungen und durch Rekurs auf die in vergleichbaren Studien getroffenen Festlegungen erfolgt sind. Ein solches Vorgehen ist unvermeidlich, um angesichts der „Bäume“ in Gestalt einer Vielzahl berücksichtigenswerter Einflussfaktoren den „Wald“ in Form einer einigermaßen übersichtlichen Ergebnisdarstellung im Auge behalten zu können. In den folgenden Abschnitten wird der Versuch unternommen, diese notwendigen Abwägungen dem Leser so explizit wie möglich zu machen, ihm gleichzeitig aber den Überblick über den Gesamtzusammenhang nicht verlieren zu lassen.

---

<sup>49</sup> Vgl. dazu Abschnitt D.3.1.1.

<sup>50</sup> Vgl. dazu auch oben Abschnitt B.2; BLUME/FROMM 1999, a.a.O., S. 419.

## 2.1 Primäre Effekte der Gesamtnachfrage

In Abschnitt 2.1.1 werden zunächst die Nachfrageeffekte der Personalausgaben, in Abschnitt 2.1.2 die der Sach- und Investitionsausgabe für das Rechnungsjahr 1999 ermittelt. Im Anschluss an diese Querschnittsbetrachtung erfolgt in Abschnitt 2.1.3 eine Längsschnittbetrachtung für die Jahre 1996 bis 2000. In letztere werden aus Gründen der Datenverfügbarkeit nur die Hochschulen der Region einbezogen.

### 2.1.1 Personalausgaben

#### 2.1.1.1 Zur Ermittlung des konsumwirksamen Anteils der Personalausgaben

Personalausgaben stellen anteilmäßig den größten Ausgabenposten in Wissenschaftseinrichtungen dar. An den Einrichtungen in der Region Halle waren im Jahr 1999 insgesamt ca. 3.800 Personen beschäftigt, wovon allein zwei Drittel als Beamte, Angestellte oder Arbeiter an der Martin-Luther-Universität tätig waren.<sup>51</sup> Die Bruttoausgaben für dieses Personal - also Bruttoarbeitsentgelte plus Arbeitgeberanteil an den Sozialabgaben<sup>52</sup> - addierten sich zu einer Summe von rund 310 Mio. DM. Zieht man den Arbeitgeberanteil ab, erhält man die Summe der Bruttoeinkommen. Näherungsweise lässt sich diese ermitteln, indem man die Personalausgaben für Angestellte und Arbeiter um 20%, die für Beamte um 10% reduziert.<sup>53</sup> Beamte sind fast ausschließlich an den drei Hochschulen zu finden und erreichen dort einen Anteil von 38,6% an den Beschäftigten.<sup>54</sup> Berücksichtigt man diese Differenzierung, so gelangt man zu einer Summe der Bruttoeinkommen in Höhe von 260 Mio. DM.<sup>55</sup>

Um sich dem nachfragewirksamen Teil dieser Bruttoeinkommen weiter anzunähern, sind im darauf folgenden Schritt von der Summe der Bruttoeinkommen die Arbeitnehmerabgaben zur Sozialversicherung und die Steuern abzuziehen. Behält man auch hier

---

<sup>51</sup> Personal auf Plan- und Drittmittelstellen; ohne studentische Hilfskräfte und nebenberufliches Personal. Das Personal der Medizinischen Fakultät bleibt unberücksichtigt.

<sup>52</sup> Hierunter fallen Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen-, Kranken-, Pflegeversicherung sowie zur Zusatzversorgung.

<sup>53</sup> Beamte zahlen keine Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung.

<sup>54</sup> Bei Beamten an Forschungsinstituten handelt es sich vor allem um Hochschullehrer, die parallel zu ihrer Hochschultätigkeit Leitungsfunktionen wahrnehmen, ihr Gehalt aber weiter von der Hochschule beziehen.

<sup>55</sup> Bei dieser Berechnung wird davon ausgegangen, dass Angestellte und Beamte in etwa die gleiche Gehaltsstruktur aufweisen, d.h. dass sie sich auf die verschiedenen Einkommensklassen annähernd gleich verteilen.

die Differenzierung von Beamten (Sozialversicherungsabgaben in Höhe von 10%) und Arbeitern/Angestellten (20%) bei und geht von einem einheitlichen durchschnittlichen Steuersatz in Höhe von 12,6% aus,<sup>56</sup> so erhält man die Summe der Nettoeinkommen in Höhe von 190 Mio. DM.

Von der Summe der Nettoeinkommen sind wiederum jene Einkommensteile in Abzug zu bringen, die gespart und vorerst nicht für Konsumzwecke verwendet werden. Zieht man zur Bestimmung dieses Anteils wiederum die Ergebnisse der letzten verfügbaren Einkommens- und Verbrauchsstichprobe heran, gelangt man zu einem durchschnittlichen Ersparnisanteil von 0,10 für die Beamten-, Angestellten- und Arbeiterhaushalte.<sup>57</sup>

Nach dem Abzug dieses Ersparnisanteils verbleibt letztlich eine konsumrelevante Einkommenssumme in Höhe von 171 Mio. DM, was 55% der in den Haushaltsplänen verzeichneten und zum Ausgangspunkt der vorliegenden Berechnungen dienenden Personalausgaben in Höhe von 310 Mio. DM entspricht. Dies heißt: Von 1 DM Personalausgaben der Wissenschaftseinrichtungen fließen 55 Pf in den Konsum.

Darüber hinaus ist in Rechnung zu stellen, dass die Konsumausgaben mit Gütersteuern (z.B. Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer) belegt sind. Aus den Zahlen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für Sachsen-Anhalt lässt sich ermitteln, dass für die sachsen-anhalt-typische Verbrauchsstruktur die durchschnittliche steuerliche Belastung die Höhe von 9,6% erreicht.<sup>58</sup> Demzufolge reduziert sich die potenziell regional konsumrelevante Einkommenssumme auf 152,4 Mio. DM.

#### *2.1.1.2 Zur regionalen Inzidenz der Personalausgaben*

Würden die soeben ermittelten konsumrelevanten Einkommenssummen alle innerhalb der Region Halle verausgabt, so könnte man die Analyse der direkten Effekte an diesem Punkt abschließen. Hierbei bliebe jedoch unberücksichtigt, dass die Region der Beschäftigten, in der sie arbeiten, nicht notwendigerweise deckungsgleich sein muss mit der Region, in der sie ihre Konsumausgaben tätigen. Das Ausmaß der Deckungsgleichheit

---

<sup>56</sup> Zur Ermittlung der Steuerquote wurden die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 für Beamten-, Angestellten- und Arbeiterhaushalte in den neuen Ländern zu Grunde gelegt. Siehe dazu Statistisches Bundesamt 2001, a.a.O., S. 568.

<sup>57</sup> Ebd. Im Vergleich zu anderen Studien über regionalökonomische Effekte von Hochschulen liegt dieser Wert relativ niedrig: In der Studie für die Gesamthochschule Kassel wird eine Sparquote von 0,15-0,20 ermittelt; vgl. BLUME/FROMM 1999, a.a.O., S. 422. In der Studie für die Universität Greifswald wird ein Wert von 0,15 errechnet; vgl. HECHT, a.a.O., S. 87.

<sup>58</sup> ASSENMACHER, M./LESSMANN, G.: Ermittlung eines regionalen Multiplikators für Sachsen-Anhalt, Wernigerode 2002, S. 5.

hängt zum einen ab vom Wohnort und zum andern von den Konsumpräferenzen bzw. den lokal gegebenen Versorgungschancen. In anderen Studien zur Ermittlung der regionalökonomischen Effekte von Wissenschaftseinrichtungen wurde dem Aspekt des Wohnsitzes der Beschäftigten bisher relativ wenig Aufmerksamkeit gewidmet.<sup>59</sup> Ausnahmen bilden die Studien zur Universität Greifswald<sup>60</sup> und zur Universität Potsdam.<sup>61</sup> Dies verwundert, da insbesondere vom *wissenschaftlichen* Hochschulpersonal bekannt ist, dass dessen Arbeits- und Wohnort häufig nicht identisch ist.<sup>62</sup> Angesichts der personellen Veränderungen in den ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen seit der Vereinigung erscheint dieses Phänomen dort besonders bedeutsam, da gerade westdeutsche Wissenschaftler Rufe auf Professorenstellen angenommen haben, ohne gleichzeitig ihren ersten Wohnsitz und damit ihren Haushalt an den Hochschulort zu verlagern.

Auch bei Identität von Arbeits- und Wohnort können regionale Besonderheiten dazu führen, dass Teile des Einkommens regionsextern verausgabt werden. Dies ist dann besonders wahrscheinlich, wenn sich in räumlicher Nähe zur Region eine größere Stadt – wie im Fall der Region Halle die Stadt Leipzig – befindet, die (zumindest in der Wahrnehmung der Kunden) ein differenzierteres und umfangreicheres Warenangebot vorhält als in der Region selbst vorfindbar.<sup>63</sup>

Das Ausmaß, in dem das oben ermittelte Einkommensaggregat regional wirksam wird hängt demnach davon ab, a) in welchem Umfang die Beschäftigten ihren Lebensmittelpunkt inner- oder außerhalb Sachsen-Anhalts haben und b), wie sich ihre Konsumausgaben in räumlicher Hinsicht verteilen. Diesen beiden Aspekten soll im Folgenden mit dem Ziel nachgegangen werden, zu plausiblen Parametern zu gelangen, mit deren Hilfe ein realistische Abschätzung der regionalen Inzidenz der Personalausgaben der Wissenschaftseinrichtungen vorgenommen werden kann.

---

<sup>59</sup> Hierfür dürften in einigen Fällen auch datenschutzrechtliche Gründe eine Rolle spielen. Vgl. z.B. HECHT, a.a.O., S. 84.

<sup>60</sup> Vgl. ebd., S. 89ff.

<sup>61</sup> Vgl. GLOEDE/SCHIRMAG/SCHÖLER, a.a.O., S. 21ff.

<sup>62</sup> Als Beispiel wird in diesem Zusammenhang immer wieder der „Di-Mi-Do-Professor“ angeführt, der seine zeitliche Präsenz an der Hochschule auf wenige Tage in der Woche beschränkt.

<sup>63</sup> In diesem Zusammenhang wäre auch der Anteil der im Versandhandel getätigten Käufe zu berücksichtigen. Informationen hierüber sind nur über eine Konsumentenbefragung zu erhalten. Vgl. dazu HECHT, a.a.O., S. 89f.

*Zu a) Wohnsitzverteilung des Personals:*

Um einer Antwort auf die Frage näher zu kommen, welcher Teil der Einkommen der Beschäftigten der Wissenschaftseinrichtungen inner- und außerhalb der Region ausgegeben wird, ist zu vermuten, dass die Trennungslinie zwischen wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Personal bedeutsam ist. Angenommen wird, dass das nicht-wissenschaftliche Personal relativ häufig seinen Wohnstandort innerhalb der Region hat, während dies beim wissenschaftlichen Personal sehr viel uneinheitlicher ausfällt. Hier stehen Wissenschaftlern, die sich entschieden haben, sich längerfristig in der Region niederzulassen, andere gegenüber, die ihre derzeitige Tätigkeit nur als (vorübergehende) Zwischenstation ihrer Berufskarriere verstehen, sich nur wenige Tage in der Woche an ihrer Einrichtung oder in der Region aufhalten und ihren Haushalt räumlich geteilt führen. Diese Flexibilität wird primär auf Grund geringerer Zwänge der Anwesenheit am Arbeitsplatz und höherer Einkommen möglich.

Um den Anteil des Personals, das seinen Lebensmittelpunkt außerhalb Sachsen-Anhalts hat, annähernd bestimmen zu können, wurden vorliegende Informationen über die räumliche Lage des Hauptwohnsitzes des Hochschulpersonals ausgewertet (Tabelle D.5).

Tabelle D.5:

Beschäftigte an den drei Hochschulen in der Region Halle nach beruflicher Position und Hauptwohnsitz (Stand Ende 1999)

Hochschulpersonal	MLU	HS Burg Giebichenstein	FH Merseburg	Insgesamt
Professoren	320	53	90	463
- davon mit Wohnsitz in ST	189	40	47	276
- <i>in %</i>	59,0	75,5	52,2	59,6
Akademischer Mittelbau	1.305	60	62	1.427
- davon mit Wohnsitz in ST	1.016	42	41	1.099
- <i>in %</i>	77,9	70,0	66,1	77,0
Sonstige Bedienstete	1.458	93	179	1.730
- davon mit Wohnsitz in ST	918	72	168	1.158
- <i>in %</i>	63,0	77,4	93,9	66,9

Quelle: Kultusministerium Sachsen Anhalt; Berechnungen des IWH.

Erwartungsgemäß befindet sich unter der Gruppe der Professoren der höchste Anteil von Bediensteten mit einem Wohnsitz außerhalb Sachsen-Anhalts. Am wenigsten ist die Professorenschaft der FH Merseburg, am stärksten die der HS Burg Giebichenstein regional gebunden (verankert). Die Ergebnisse von Tabelle D.5 überraschen insofern, als

der Anteil der nicht-wissenschaftlichen Bediensteten mit Wohnsitz in Sachsen-Anhalt mit 67% geringer ist als der entsprechende Anteil von 77% beim Akademischen Mittelbau. Für dieses Resultat sind in erster Linie die Beschäftigten an der Martin-Luther-Universität „verantwortlich“, die zu mehr als einem Drittel Wohnsitze außerhalb Sachsen-Anhalts aufweisen. Auf Grund der räumlichen Nähe der sächsischen Großstadtregion Leipzig deutet vieles darauf hin, dass zahlreiche zu den Sonstigen Bediensteten zählende Beschäftigte als Arbeitspendler täglich über die Landesgrenzen wechseln.

Insgesamt gesehen sind die Differenzen zwischen den drei Gruppen von Hochschulbeschäftigten weniger ausgeprägt als zuvor vermutet. Für das gesamte Personal der drei Hochschulen ergibt sich ein Anteil von 70% Beschäftigten mit Hauptwohnsitz in Sachsen-Anhalt. In Ermangelung entsprechender Daten für die Forschungsinstitute erscheint es zulässig, diese Quote auch für das Personal der Forschungsinstitute in der Region Halle zu übernehmen, für die keine entsprechenden Detailinformationen vorliegen.

Nach dieser ersten Differenzierung des Personals nach dem Wohnsitz sind Überlegungen anzustellen, zu welchen regionalen Verteilungen der Konsumausgaben die unterschiedlichen Wohnstandorte führen.

*Zu b) Räumliche Verteilung der Konsumausgaben:*

In einer Untersuchung der regionalökonomischen Effekte der Gesamthochschule Kassel wurden Ergebnisse aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamts zur Grundlage der regionalen Ausgabenstrukturen privater Haushalte herangezogen. Sie kommt zum Resultat, dass die Beschäftigten 80% ihrer Konsumausgaben am Wohnsitz, 10% am Ort des Arbeitsplatzes und 10% außerhalb der Region tätigen.<sup>64</sup>

In Ermangelung regionsspezifischer Daten werden diese Eckzahlen zur räumlichen Aufteilung des Konsums auch für die Beschäftigten der Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle zu Grunde gelegt. Dies bedeutet, dass davon ausgegangen wird, dass die Beschäftigten mit Wohnsitz in Sachsen-Anhalt 90% ihres Konsums im Land (d.h. an Wohnsitz und Arbeitsplatz) und 10% außerhalb tätigen, und umgekehrt die Beschäftigten mit Wohnsitz außerhalb Sachsen-Anhalts 10% ihres Konsums in Sachsen-Anhalt und 90% außerhalb tätigen. Nimmt man die oben errechneten für Konsumzwecke verfügbaren 171 Mio. DM zum Ausgangspunkt, so erhält man die in Tabelle D.6 aufgeführten Werte.

---

<sup>64</sup> Vgl. BLUME/FROMM 1999, a.a.O., S. 422.

Tabelle D.6:

Konsumausgaben der Beschäftigten der Wissenschaftseinrichtungen der Region Halle nach Wohnsitz und Region 1999

- in Mio. DM -

	Konsumausgaben		
	in Sachsen-Anhalt	außerhalb Sachsen-Anhalts	<i>insgesamt</i>
<b>Beschäftigte mit erstem Wohnsitz in Sachsen-Anhalt</b>	107,7	12,0	119,7
<b>Beschäftigte mit Wohnsitz außerhalb Sachsen-Anhalts</b>	5,1	46,2	51,3
<b><i>Insgesamt</i></b>	<i>112,8</i>	<i>58,2</i>	<i>171,0</i>

Quelle: Kultusministerium Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Von dieser Summe der Nettoeinkommen werden somit 112,8 Mio. DM (66%) für Konsumzwecke in Sachsen-Anhalt verausgabt. Dies entspricht 36,4% der zum Ausgangspunkt genommenen Personalausgaben in Höhe von 310 Mio. DM.

### 2.1.1.3 Zum Stellenwert der Einkünfte aus Nebentätigkeiten

In der bisherigen Rechnung blieb der Umstand unberücksichtigt, dass ein Teil des wissenschaftlichen Personals über zusätzliche Einkünfte im Rahmen von Nebentätigkeiten verfügt. Dass solche Nebeneinkünfte keine vernachlässigenswerte Größe darstellen, zeigen die Erhebungen zu den Professoreneinkommen an der Universität Potsdam. Die Nebeneinkünfte aller befragten Professoren beliefen sich im Durchschnitt auf 7.000 DM und trugen zu 10% zum Gesamt(netto-)einkommen bei.<sup>65</sup> Dieser Durchschnittswert verdeckt deren extrem schiefe Verteilung, d.h. etwa die Hälfte der Befragten verfügt über keine Nebeneinkünfte, während selbige bei einigen wenigen an die 50% vom Gesamteinkommen ausmachen.

Vorliegende Informationen über die Verbreitung von Nebentätigkeiten ergeben, dass an der Martin-Luther-Universität im Jahr 1999 172 Beschäftigte genehmigte Nebentätigkeiten ausübten. Unter der Annahme, dass sich diese Nebentätigkeiten vornehmlich auf die Professorenschaft konzentrieren, verfügte somit jeder zweite C3- oder C4-Professor an der Martin-Luther-Universität über entsprechende Einkünfte. Hierbei werden zwei Drittel der Nebentätigkeiten innerhalb Sachsen-Anhalts, ein Drittel

<sup>65</sup> GLOEDE/SCHIRMAG/SCHÖLER, a.a.O., S. 21f.



---

Drittel der Nebentätigkeiten innerhalb Sachsen-Anhalts, ein Drittel außerhalb des Landes ausgeübt.

An der FH Merseburg lagen im Bezugsjahr 1999 insgesamt 48 Angaben über Nebentätigkeit vor, was bedeutet, dass eine solche im Durchschnitt für jeden dritten C2- oder C3-Professor eine zusätzliche Einkommensquelle darstellt. Die Nebentätigkeiten werden zur Hälfte inner- und zur Hälfte außerhalb Sachsen-Anhalts ausgeübt.

Unter der Annahme,<sup>66</sup> dass die Professoren der Hochschulen in der Region Halle durch Nebentätigkeiten im Durchschnitt jährlich 8.000 DM zusätzliches Nettoeinkommen erzielen, errechnet sich eine Summe von 4,16 Mio. DM, die für Konsumzwecke zur Verfügung stehen. Entsprechend dem oben in Tabelle D.6 angewandten Schlüssel räumlicher Verteilung würden hiervon der Region Halle zwei Drittel und damit rund 2,8 Mio. DM zusätzlich zufließen und die in der Region Halle verausgabte Summe auf insgesamt 115,6 Mio. DM erhöhen.

### ***2.1.2 Sach- und Investitionsausgaben***

Im Unterschied zu den Personalausgaben wird bei den Sach- und Investitionsausgaben jede ausgegebene Geldeinheit unmittelbar nachfragewirksam. Die Sach- und Investitionsausgaben der drei Hochschulen in der Region Halle beliefen sich im Jahr 1999 zusammen auf 77,9 Mio. DM (vgl. Tabelle D.7); die entsprechenden Ausgaben sämtlicher betrachteter Wissenschaftseinrichtungen in der Region erreichten insgesamt die Summe von 156,8 Mio. DM.

Für die drei Hochschulen sind die Sach- und Investitionsausgaben in Tabelle D.7 nach 29 Haushaltstiteln aufgeschlüsselt. Hierbei entspricht die Titelgruppe 5 den Sachausgaben, die Titelgruppe 6 den „Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke mit Ausnahme von Investitionen“ und die Titelgruppe 8 den Ausgaben für Investitionen.

---

<sup>66</sup> Hier wird angenommen, dass sich die Nebeneinkünfte parallel zu den Tariflöhnen im öffentlichen Dienst entwickeln.

Tabelle D.7:

Sach- und Investitionsausgaben der Martin-Luther-Universität, der Hochschule Burg Giebichenstein und der Fachhochschule Merseburg 1999

- in DM -

Titel	Zweckbestimmung	MLU	HS Burg Giebichenstein	FH Merseburg
511	Geschäftsbedarf	737.100	52.800	305.900
512	Bücher und Zeitschriften	49.300	34.000	12.500
513*	Post-/Fernmelde-/Datennetzgebühren	1.256.800	181.300	276.200
514	Haltung von Dienst-Kfz	230.000	31.400	21.000
515	Unterhaltung/Ersatz von Geräten, Software etc.	779.800	129.200	420.000
516	Dienst- und Schutzkleidung	133.400	2.300	14.000
517	Bewirtschaftung von Gebäuden inkl. Heizung	14.000.000	982.800	4.929.500
518	Mieten und Pachten	4.155.500	950.800	132.400
519	Unterhaltung/Ersatz von Gärten u. betriebliche Einbauten	227.400	63.200	333.300
522	Verbrauchsmittel für Werkstätten/Druckerei/Wirtschaftsbedarf	2.262.900	10.700	9.100
523	Bibliotheken/Kunst-/Wiss. Sammlungen	4.371.600	118.300	217.000
524	Lehr- und Lernmittel	1.473.400	254.300	464.000
525*	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	136.000	21.600	66.700
526	Sachverständige; Gerichts- u. ähnliche Kosten	51.600	15.600	9.600
527*	Reisekostenvergütungen	769.100	39.000	98.400
529	Zur Verfügung der Hochschulleitung	2.900	500	1.000
531	Veröffentlichungen und Öffentlichkeitsarbeit	338.800	26.100	120.800
533	Exkursionen	335.800	42.800	53.400
535	Unterhaltung/Ersatz der Geräte für Fachaufgaben	5.751.000	322.400	1.653.900
537	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	138.700	18.100	7.000
538	Dienstleistungen Außenstehender	188.200	147.100	284.100
542*	Umsatzsteuer	29.200	0	0
546	Vermischte Verwaltungsausgaben	15.900	2.100	133.700
547	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	16.681.600	228.600	2.784.700
681*	Schadenersatzleistungen/Unfallentschädigungen	298.500	0	200
685*	Mitgliedsbeiträge an Vereine	29.800	5.100	5.300
811	Erwerb von Dienst-Kfz, Nutz- und Sonder-Kfz	742.600	0	0
812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	3.561.600	560.300	2.442.600
813	Erwerb von Büchern	0	0	146.400
	<b>Summe</b>	<b>58.748.500</b>	<b>4.240.400</b>	<b>14.942.700</b>

Quelle: Kultusministerium Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Betrachtet man die verschiedenen Haushaltstitel unter dem Gesichtspunkt ihrer regionalen Inzidenz, so ist zu konstatieren, dass die Titelgruppe 5 (Sachausgaben) und 6 verschiedene Positionen enthalten, bei welchen entweder eine regionale Wirksamkeit vernachlässigt werden kann (513 - Post- und Fernmeldegebühren; 542 - Umsatzsteuer) oder bei welchen diese unklar bleibt (525 – Mittel für Aus- und Fortbildung; 527 – Reisekostenvergütungen; 681 – Schadenersatzleistungen; 685 – Mitgliedsbeiträge an Vereine).<sup>67</sup> Diese in Tabelle D.7 mit einem „\*“ gekennzeichneten Titelgruppen werden in der folgenden Berechnung nicht berücksichtigt.

Um die regionale Inzidenz der Sach- und Investitionsausgaben zu ermitteln, wird in verschiedenen Studien der Weg beschritten, Lieferanten-Dateien der Hochschulen nach den Lieferanten-Adressen zu sichten und diese bestimmten Regionen zuzuordnen.<sup>68</sup> Im Fall der Martin-Luther-Universität wurde zu diesem Zweck für das Haushaltsjahr 2000 die Zahlungspartnerdatei der Einrichtung von Schultz ausgewertet.<sup>69</sup> Die Studie gelangt zu dem Ergebnis, dass 47% der Sach- und Investitionsausgaben auf Käufen bei Firmen mit Sitz in der Region Halle, ca. 10% auf Käufen bei Firmen mit Sitz im restlichen Gebiet Sachsen-Anhalts und 40% auf Käufen bei Firmen mit Sitz in anderen Bundesländern beruhen.<sup>70</sup>

Blume/Fromm ermitteln für die Gesamthochschule Kassel mit ähnlicher Methode, dass annähernd 61% der Sachausgaben des Haushaltsjahrs 1997 in der Untersuchungsregion Nordhessen ausgegeben werden.<sup>71</sup> Hecht kommt für die Universität Greifswald zu dem Resultat, dass 44% ihrer Sach- und Investitionsausgaben (Haushaltsjahr 1995) als Nachfrage in Mecklenburg-Vorpommern wirksam werden.<sup>72</sup> Dieser deutlich niedrigere Wert dürfte mit darauf zurückzuführen sein, dass die Universität Greifswald in peripherer Lage und einem Umfeld mit gering spezialisierten Anbietern liegt. Zusätzlich könnte das gewählte Haushaltsjahr 1995 mit verantwortlich für eine relativ hohe Quote westdeutscher Lieferanten (42%) sein. Nimmt man die beiden Studien zur Gesamthochschule

---

<sup>67</sup> Vgl. SCHULTZ, a.a.O., S. 48.

<sup>68</sup> Vgl. U.a. BLUME/FROMM 2000, a.a.O., S. 20; HECHT, a.a.O., S. 76-84.

<sup>69</sup> Aus Datenschutzgründen blieben Zahlungen der MLU an natürliche Personen unberücksichtigt. Vgl. SCHULTZ, a.a.O., S. 48.

<sup>70</sup> Die Ausgabenströme in die alten und in die neuen Bundesländer teilten sich im Verhältnis von etwa 1:2 auf. Ebd., S. 60-63.

<sup>71</sup> BLUME/FROMM 2000, a.a.O., S. 20.

<sup>72</sup> HECHT, a.a.O., S. 80.

Kassel und zur Martin-Luther-Universität unter den beiden Annahmen zur Richtschnur, dass a) zwischen den einzelnen Haushaltsjahren keine großen Abweichungen erfolgen und b) die Hochschulergebnisse auch auf die restlichen Wissenschaftseinrichtungen übertragbar sind, so lässt sich in Anlehnung an Schultz eine Regionalisierungsquote von 57% ansetzen. Unter diesen Prämissen wären demnach 89,4 Mio. DM der gesamten Sach- und Investitionsausgaben in Höhe von 156,8 Mio. DM regional – d.h. in Sachsen-Anhalt - wirksam geworden.

### **2.1.3 Ausgaben der Hochschulen von 1996 bis 2000**

Zum Abschluss des Abschnitts 2.1 soll der bisherige ausschließliche Blick auf das Jahr 1999 ergänzt werden durch eine Längsschnittbetrachtung des Fünf-Jahres-Zeitraums 1996 bis 2000. Wie bereits gesagt, wird dies auch aus dem Grund vorgenommen, um zu überprüfen, wie sich die Zahlen des Jahres 1999 in die Gesamtentwicklung einpassen. Da für das Jahr 2000 noch keine Ist-Zahlen zur Verfügung stehen, werden an deren Stelle Soll-Zahlen aus den Haushaltsplänen eingesetzt. Die Angaben beschränken sich auf die Hochschulen, da nicht von allen Wissenschaftseinrichtungen für diesen Zeitraum Zahlen vorlagen.

Tabelle D.8:

Personalausgaben der Hochschulen in der Region Halle 1996-2000

- in TDM -

<b>Hochschule</b>	<b>1996</b>	<b>1997</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>	<b>1996-2000</b>
<b>Martin-Luther-Universität</b>	219.523	187.456	214.802	204.823	210.143	1.036.747
<b>HS Burg Giebichenstein</b>	17.199	16.156	18.724	18.185	17.978	88.242
<b>FH Merseburg</b>	19.360	25.833	22.453	22.453	23.828	113.927
<b>Insgesamt</b>	<b>256.082</b>	<b>229.445</b>	<b>255.979</b>	<b>245.461</b>	<b>251.949</b>	<b>1.238.916</b>

Quelle: Kultusministerium Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Die Personalausgaben machen bei der Martin-Luther-Universität ca. 80% der gesamten Ausgaben aus und sind von 1996 bis 2000 leicht gesunken (Tabelle D.8). In diesem Zeitraum sind 6,7% der 1996 noch 2.772 Planstellen abgebaut worden. Im Vergleich hierzu sind die Personalausgaben der Kunsthochschule Burg Giebichenstein – ebenfalls mit ca. 80% der größte Posten unter ihren gesamten Ausgaben - nahezu konstant geblieben, wobei sich dort die Zahl der Planstellen von 214 auf 210 nur geringfügig verändert hat. Bei der FH Merseburg sind die Personalausgaben im untersuchten Zeitraum um

23% gestiegen. Gleichzeitig ist dort die Zahl der Planstellen um 5,2% - von 343 auf 325 - geschrumpft. Diese gegenläufige Entwicklung der Zahl der Planstellen und der Personalausgaben ließe sich damit erklären, dass Mitte der 90er Jahre einige dieser Stellen noch nicht besetzt waren.

Bei den Sach- und Investitionsausgaben ist für die Hochschulen in der Region Halle zwischen 1996 und 2000 ein stetiger Rückgang zu konstatieren (Tabelle D.9). Dafür sind vor allem die Martin-Luther-Universität und die FH Merseburg verantwortlich, deren Sach- und Investitionsausgaben um 42% bzw. 36% zurück gingen.

Tabelle D.9:

Sach- und Investitionsausgaben der Hochschulen in der Region Halle 1996-2000  
- in TDM -

Hochschule	1996	1997	1998	1999	2000	1996-2000
<b>Martin-Luther-Universität</b>	55.690	45.284	45.184	40.192	32.197	218.547
<b>HS Burg Giebichenstein</b>	3.446	4.176	4.664	4.027	3.567	19.880
<b>FH Merseburg</b>	10.518	11.504	15.125	11.173	6.768	55.088
<b>Insgesamt</b>	<i>69.654</i>	<i>60.964</i>	<i>64.973</i>	<i>55.392</i>	<i>42.532</i>	<i>293.515</i>

Quelle: Kultusministerium Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

## 2.2 Nachfrageeffekte der zusätzlich attrahierten Mittel

Um die gesamten Nachfrageeffekte bestimmen zu können, sind auch die Effekte der bisher nicht betrachteten zusätzlich attrahierten Mittel zu berücksichtigen. Wie bereits hervorgehoben, verfügen Wissenschaftseinrichtungen im Unterschied zu anderen öffentlich finanzierten Einrichtungen – wie z.B. Verwaltungen - über das Vermögen, neben ihrer Grundfinanzierung Mittelzuflüsse aus weiteren auch außerhalb Sachsen-Anhalts gelegenen Quellen zu rekrutieren. Auch hierdurch erlangen sie einen Stellenwert als wirtschaftlicher Wachstumsfaktor für die Region, ohne dass die noch darüber hinaus von ihnen ausgehenden Angebotseffekte schon berücksichtigt wären. In diesem Abschnitt 2.2 wird näher untersucht, welche Nachfrageeffekte von den eingeworbenen Forschungsdrittmitteln, von den Ausgaben der Studenten und von den Bundesmitteln ausgehen, die den Hochschulen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung des Hochschulbaus zufließen.<sup>73</sup>

<sup>73</sup> Zusätzliche Einkommen für Unternehmen der Gastronomie in einer Region entstehen auch dadurch, dass Wissenschaftseinrichtungen als Tagungs- und Kongressorganisatoren aktiv werden und damit Gäs-

### 2.2.1 Ausgaben aus Drittmitteln

Drittmittel mit dem Zweck, Forschungsprojekte durchzuführen, fließen den Wissenschaftseinrichtungen aus verschiedenen Quellen zu. Außerhalb Sachsen-Anhalts angesiedelte Drittmittelgeber sind z.B. die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), der Bund, hierunter insbesondere das Bundesforschungsministerium für Bildung und Forschung (BMBF), die Europäische Union (EU), verschiedene Stiftungen (z.B. Volkswagen-, Fritz-Thyssen-Stiftung) oder einzelne private Unternehmen, zumeist aus der Industrie. Wichtigste Drittmittelgeber mit Sitz in Sachsen-Anhalt sind das Kultusministerium mit seiner Forschungsförderung und einheimische Industrieunternehmen. Nach Drittmittelgebern differenzierte Daten liegen nur für die untersuchten Hochschulen vor, so dass sich die folgende differenzierende Betrachtung nur auf diese bezieht. Über den generellen Drittmittelzufluss an die Forschungsinstitute informiert die obenstehende Tabelle D.2.

Tabelle D.10:

Ausgaben aus Drittmitteln der Hochschulen der Region Halle nach Herkunft 1999  
- in TDM -

Hochschule	Drittmittelgeber							
	außerhalb Sachsen-Anhalts						aus Sachsen-Anhalt	
	DFG	Bund	EU	Stiftungen	Industrie	Sonstige	Land Sachsen-Anhalt	Industrie
Martin-Luther-Universität	18.089	2.542	1.173	2.906	3.043	1.658	5.984	501
<i>Anteil in %</i>	<i>50,4</i>	<i>7,1</i>	<i>3,3</i>	<i>8,1</i>	<i>8,5</i>	<i>4,6</i>	<i>16,7</i>	<i>1,4</i>
HS Burg Giebichenstein	0	0	0	0	1	0	0	0
<i>Anteil in %</i>	-	-	-	-	<i>100,0</i>	-	-	-
FH Merseburg	156	590	0	1	702	28	349	781
<i>Anteil in %</i>	<i>6,0</i>	<i>22,6</i>	-	<i>0,0</i>	<i>26,9</i>	<i>1,1</i>	<i>13,4</i>	<i>30,0</i>
Insgesamt	18.245	3.132	1.173	2.907	3.746	1.686	6.333	1.282
<i>Anteil in %</i>	<i>47,4</i>	<i>8,1</i>	<i>3,0</i>	<i>7,5</i>	<i>9,7</i>	<i>4,4</i>	<i>16,4</i>	<i>3,3</i>

Quelle: Kultusministerium Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Aus Tabelle D.10 geht hervor, dass im Jahr 1999 80,2% der Drittmittel von Quellen außerhalb des Landes und 19,8% von Quellen aus dem Land selbst stammten. Die Dritt-

---

te in die Region holen; vgl. zu diesem Aspekt HECHT, a.a.O., S. 99f. Den möglichen Effekten dieser Tagungsaktivitäten wird in der vorliegenden Studie aus Kapazitätsgründen nicht nachgegangen.

mittel der Industrie machten zusammen 13% der gesamten Drittmittelvolumens aus. Industrieunternehmen Sachsen-Anhalts stellten 27% dieser Drittmittel aus Unternehmensquellen zur Verfügung.

Tabelle D.11:

Ausgaben aus Drittmitteln der Hochschulen der Region Halle 1996 – 1999 mit Herkunft aus der Industrie nach Herkunft sowie deren Anteil an den Drittmitteln insgesamt  
- in TDM –

<b>Jahr Industrie-Drittmittel stammen</b>	<b>MLU</b>	<b>HS Burg Giebichenstein</b>	<b>FH Merseburg</b>	<b>Insgesamt</b>
<b>1996</b>				
von außerhalb Sachsen-Anhalts	3.137	0	248	3.385
aus Sachsen-Anhalt	74	0	212	286
<i>nachrichtlich: Anteil der Industrie-Drittmittel an Drittmitteln insgesamt in %</i>	9,1	-	25,4	9,8
<b>1997</b>				
von außerhalb Sachsen-Anhalts	3.427	0	452	3.879
aus Sachsen-Anhalt	468	0	500	968
<i>nachrichtlich: Anteil der Industrie-Drittmittel an Drittmitteln insgesamt in %</i>	11,2	-	47,8	13,0
<b>1998</b>				
von außerhalb Sachsen-Anhalts	3.008	73	692	3.773
aus Sachsen-Anhalt	659	0	573	1.232
<i>nachrichtlich: Anteil der Industrie-Drittmittel an Drittmitteln insgesamt in %</i>	9,8	41,7	51,8	12,5
<b>1999</b>				
von außerhalb Sachsen-Anhalts	3.043	1	702	3.746
aus Sachsen-Anhalt	501	0	781	1.282
<i>nachrichtlich: Anteil der Industrie-Drittmittel an Drittmitteln insgesamt in %</i>	9,9	100,0	56,9	13,1
<b>2000</b>				
von außerhalb Sachsen-Anhalts	3.979	0	735	4.714
aus Sachsen-Anhalt	386	0	689	1.075
<i>nachrichtlich: Anteil der Industrie-Drittmittel an Drittmitteln insgesamt in %</i>	10,0	-	53,2	12,4

Quelle: Kultusministerium Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Im Zeitverlauf gesehen hat der Stellenwert von Drittmitteln aus der Industrie zugenommen. Dies gilt weniger für die Martin-Luther-Universität - wo deren Anteil zwischen 1996 und 2000 bei ca. 10% verharrt - als für die FH Merseburg, die seit 1998 mehr als die Hälfte ihrer Forschungsdrittmittel aus der Industrie bezieht (Tabelle D.11). Deutlich unterscheiden sich die beiden Hochschulen hinsichtlich der regionalen Herkunft der Drittmittel aus der Industrie: Während die MLU in dieser Hinsicht zu etwa 86% mit Industrieunternehmen außerhalb Sachsen-Anhalts (Drittmittelsumme 3,043 Mio. DM) kooperiert, bezieht die FH Merseburg industrielle Drittmittel zu etwa gleichen Teilen aus Sachsen-Anhalt (0,781 Mio. DM) und aus anderen Bundesländern (0,702 Mio. DM). Dies bedeutet, dass die FH Merseburg stärker in regionale und die Martin-Luther-Universität stärker in überregionale Industrie-Kooperationen eingebunden ist. Dieses Muster entspricht den Ergebnissen anderer Studien zur Kooperation von Industrie und Hochschulen.<sup>74</sup>

Wie die Zahlen in Tabelle D.12 zeigen, stiegen die Drittmittelausgaben im betrachteten Fünf-Jahres-Zeitraum kontinuierlich leicht an, wobei die Martin-Luther-Universität ihre dominierende Stellung mit mehr als 90% der Drittmittel beibehält.<sup>75</sup>

Tabelle D.12:

Ausgaben aus Drittmitteln der Hochschulen der Region Halle 1996 - 2000  
- in TDM -

Hochschule	1996	1997	1998	1999	2000	1996-2000
<b>Martin-Luther-Universität</b>	35.334	34.702	37.579	35.896	43.860	187.371
<b>HS Burg Giebichenstein</b>	487	589	175	1	0	1.252
<b>FH Merseburg</b>	1.811	1.990	2.443	2.607	2.679	11.530
<b>Insgesamt</b>	<i>37.632</i>	<i>37.281</i>	<i>40.197</i>	<i>38.504</i>	<i>46.539</i>	<i>200.153</i>

Quelle: Kultusministerium Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

In dem für die Untersuchung ausgewählten Jahr 1999 wurden an den drei Hochschulen insgesamt 38,5 Mio. DM verausgabt. Hierzu sind die Drittmittelausgaben der For-

<sup>74</sup> Vgl. z.B. FRITSCH, M./SCHWIRTEN, C.: Öffentliche Forschungseinrichtungen im regionalen Innovationssystem. Ergebnisse einer Untersuchung in drei deutschen Regionen, in: Raumforschung und Raumordnung, 56. Jg., H. 4, 1998, S. 253-263.

<sup>75</sup> Die Drittmittelausgaben der Medizinischen Fakultät der Martin-Luther-Universität liegen bei durchschnittlich einem Drittel der in Tabelle D.13 für die anderen Fakultäten der Hochschule genannten Summen.



schungsinstitute im gleichen Jahr in Höhe von 17,5 Mio. DM zu addieren, was zu einem gesamten Drittmittelvolumen von 56 Mio. DM in der Region Halle führt.

Um die regionale Inzidenz der Drittmittelausgaben abschätzen zu können, sind Informationen notwendig, wie sich die Drittmittelausgaben der Hochschulen auf Personal-, Sachausgaben und auf Geräteanschaffungen aufteilen. Aus Tabelle D.13 geht hervor, wie diese Aufteilung bei den drei Hochschulen der Region aussieht. Auf den größten Posten der Personalausgaben entfallen knapp 60% der Ausgaben.

Tabelle D.13:

Aufteilung der Ausgaben aus Drittmitteln der Hochschulen in der Region Halle 1999 auf Personal-, Verwaltungsausgaben und Ausgaben für Geräte  
- in TDM -

Hochschule	Personal- ausgaben	Sachausgaben	Geräte	Insgesamt
<b>Martin-Luther-Universität</b>	22.434	13.736	825	36.995
<b>HS Burg Giebichenstein</b>	7	38	0	45
<b>FH Merseburg</b>	1.917	2.636	132	4.685
<b>Insgesamt</b>	24.358	16.410	957	41.725 <sup>a</sup>
<b>Anteil in %</b>	58,4	39,3	2,3	100

<sup>a</sup> Die Differenz zu der in Tabelle D.12 für 1999 genannten Wert ergibt sich daraus, dass von den Hochschulen nicht verausgabte Drittmittel vom Vorjahr auf das Haushaltsjahr 1999 übertragen wurden.

Quelle: Kultusministerium Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Unter der Annahme, dass auch bei den Drittmittelausgaben der Forschungsinstitute vergleichbare Relationen zwischen den drei Ausgabenarten herrschen, würden von sämtlichen Wissenschaftseinrichtungen im Jahr 1999 insgesamt 32,7 Mio. DM für Drittmittelbeschäftigte verausgabt.<sup>76</sup> Unter der weiteren Annahme, dass diese Beschäftigten das gleiche Konsumverhalten an den Tag legen und den gleichen Abgaberegeln unterliegen wie die aus den Grundmitteln bezahlten Inhaber von Planstellen (vgl. oben Abschnitt D.2.1.1.2), kämen hiervon somit 36,4% - 11,9 Mio. DM - der regionalen Wirtschaft zugute.

Von den restlichen Drittmittelausgaben in Höhe von 23,3 Mio. DM wären dementsprechend 57% (vgl. oben Abschnitt D.2.1.2) - also 13,3 Mio. DM - als direkt nachfragewirksam für die Region anzusetzen. Aus den Drittmittelzuflüssen an die Wissenschafts-

<sup>76</sup> Die Berechnungsbasis hierfür bilden die Zahlen in Tabelle D.2.

einrichtungen im Bezugsjahr 1999 in Höhe von 56 Mio. DM resultiert demnach ein Nachfrageeffekt in Höhe von 25,2 Mio. DM.

### **2.2.2 Investitionen auf der Grundlage des Hochschulbauförderungsgesetzes**

Im Unterschied zu den Forschungsinstituten erhalten die Hochschulen im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“ Mittel auf der Grundlage des Hochschulbauförderungsgesetzes (HBFEG). Diese Mittel werden zum größeren Teil für Baumaßnahmen, zum geringeren Teil für die Beschaffung von Großgeräten sowie für die Verbesserung der Ausstattung von Hochschulbibliotheken eingesetzt. Die Mittel zwischen beiden Blöcken teilen sich im Verhältnis 77:23 auf.<sup>77</sup> In beiden Fällen werden die Mittel den Hochschulen in Sachsen-Anhalt nach einem festen Quotenschlüssel zugewiesen, wobei auf die Fachhochschulen ein Pauschalbetrag entfällt, und diese sich untereinander über die Verteilung der Mittel einigen müssen.

Tabelle D.14:

Ausgaben<sup>a</sup> der Hochschulen in der Region Halle nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFEG) 1996-2000  
- in TDM -

Hochschule	1996	1997	1998	1999	2000	1996-2000
<b>Martin-Luther-Universität</b>	68.009	66.733	56.613	67.488	67.141	325.984
<b>HS Burg Giebichenstein</b>	4.100	1.932	1.100	1.316	1.045	9.493
<b>FH Merseburg</b>	8.222	5.452	3.221	4.786	6.847	28.528
<b>Insgesamt</b>	<b>80.331</b>	<b>74.117</b>	<b>60.934</b>	<b>73.590</b>	<b>75.033</b>	<b>364.005</b>
<b>Darunter: Bauausgaben</b>	53.809	59.397	54.072	60.639	56.725	284.642

<sup>a</sup> Bauausgaben, Ausgaben für die Beschaffungen von Großgeräten, Büchergrundbeständen und Grundstücken bzw. Gebäuden.

Quelle: Kultusministerium Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Von den HBFEG-Mitteln, die zur Finanzierung von Baumaßnahmen vorgesehen sind, werden 42% vom Bund und 58% vom jeweiligen Land zur Verfügung gestellt.<sup>78</sup> Bei

<sup>77</sup> Vgl. Kultusministerium Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Hochschulbaubericht 1991–1998, Magdeburg 1999 (unveröff.) u. Dass. (Hrsg.): Großgerätebericht 1991-1998, Magdeburg 1999 (unveröff.).

<sup>78</sup> Vgl. dazu oben Abschnitt 1.2.3. Der Landesanteil ergibt sich daraus, dass von den Gesamtausgaben für eine Baumaßnahme (100%) in der Regel 84% über das HBFEG finanzierungsfähig sind, wobei Bund

den HBFG-Mitteln, die zur Beschaffung von Großgeräten und für die Bibliotheken vorgesehen sind, beteiligen sich Bund und Land zu jeweils 50%.

Die Zahlen in Tabelle D.14 zeigen, dass die Investitionen auf Grundlage der HBFG-Mittel für die drei Hochschulen in der Region Halle von Jahr zu Jahr schwanken und dass keine einheitliche Entwicklung zu erkennen ist. Für die Hochschulen stellen die mit Hilfe der HBFG-Mittel getätigten Investitionen einen wichtigen Ausgabeposten dar, wenn man die HBFG-Mittel für das Jahr 1999 in Höhe von 73,6 Mio. DM (Tabelle D.14) mit den „planmäßigen“ Sachausgaben in Höhe von 77,9 Mio. DM (vgl. Tabelle D.7) vergleicht.

Im Hinblick auf die regionale Inzidenz der HBFG-Mittel ist zu klären, ob nur der Bundesanteil oder Bundes- und Landesanteil zusammen anzusetzen sind. In Parallele zu Überlegungen betreffs der Mischfinanzierung von Forschungsinstituten (vgl. oben Abschnitt D.1.1) lässt sich argumentieren, dass die Mittel aus dem Landesanteil ohne die Bundesmittel nicht im Land ausgegeben worden wären, so dass es gerechtfertigt erscheint, die HBFG-Mittel in voller Höhe anzusetzen, d.h. für das Bezugsjahr 1999 in Höhe von 73,6 Mio. DM.

In ihrer Analyse der regionalen Inzidenz der Bauausgaben der Martin-Luther-Universität für das Haushaltsjahr 1999 kommt Schultz zu dem Ergebnis, dass 49,7% der Mittel an Unternehmen in der Region Halle und 63,5% an Unternehmen in Sachsen-Anhalt fließen.<sup>79</sup> Geht man davon aus, dass diese regionale Aufteilung auch für die beiden anderen Hochschulen Gültigkeit besitzt und dass von sämtlichen Ausgaben 16% Mehrwertsteuer abfließen, so resultiert aus den HBFG-Mitteln ein regionaler Nachfrageeffekt in Höhe von 39,3 Mio. DM.

### **2.2.3 Ausgaben der Studierenden**

Würden die drei Hochschulen in der Region Halle nicht existieren, kämen keine Studenten von außerhalb in die Region, und die Studierwilligen in der Region Halle würden sämtlich in andere Hochschulregionen abwandern oder ihren Studienwunsch aufgeben. Das tatsächliche Verhalten der Studierwilligen in einer solchen hypothetischen Situation ist empirisch nicht zu ermitteln. Daher wird unterstellt, dass bei Nicht-Existenz der Hochschulen sämtliche studierwillige Personen abwandern würden. Demzufolge sind

---

und Land hiervon jeweils 42% übernehmen. Die restlichen 16% der Gesamtausgaben müssen vom Land finanziert werden. Vgl. Hochschulbaubericht 1991–1998, a.a.O., S. 2.

<sup>79</sup> SCHULTZ, a.a.O., S. 52.

sowohl die Ausgaben zugewanderter als auch die Ausgaben der Studenten aus Sachsen-Anhalt für die Ermittlung des regionalen Nachfrageeffekts zu berücksichtigen.

Tabelle D.15:

Zahl der Studierenden an den Hochschulen der Region Halle WS 1996 – WS 2000

Hochschule	WS 1996	WS 1997	WS 1998	WS 1999	WS 2000
<b>Martin-Luther-Universität</b>	11.798	12.011	12.332	12.850	13.271
<b>HS Burg Giebichenstein</b>	683	752	805	842	850
<b>FH Merseburg</b>	1.582	1.787	1.994	2.127	2.341
<b>Insgesamt</b>	14.063	14.550	15.131	15.819	16.462

Quelle: Kultusministerium Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Die von Schultz durchgeführte Befragung von Studenten der Martin-Luther-Universität nach ihren monatlichen Ausgaben hat zum Ergebnis, dass ein Student im Monat durchschnittlich 921,09 DM ausgibt.<sup>80</sup> Damit liegen die Ausgaben der Studenten unter dem vom Deutschen Studentenwerk ermittelten Durchschnittswert für ostdeutsche Studenten im Zuständigkeitsbereich des Studentenwerks Halle in Höhe von 1.022,20 DM.<sup>81</sup> Zieht man zur Berechnung die von Schultz ermittelten Ausgaben und für das betrachtete Jahr 1999 die Studentenzahlen des Wintersemesters 1998/99 in Höhe von 15.819 heran (Tabelle D.15), bedeutet dies studentische Ausgaben von insgesamt 174,8 Mio. DM. Übernimmt man das Befragungsergebnis von Schultz, dass von den 921,09 DM 67% in der Hochschulregion ausgegeben werden,<sup>82</sup> so werden 117,1 Mio. DM der studentischen Ausgaben in Sachsen-Anhalt nachfragewirksam. Von 1 DM studentischer Ausgaben verbleiben demnach 67 Pf innerhalb Sachsen-Anhalts. Im Vergleich der bisher behandelten Ausgabearten stellt dies den höchsten Wert dar.

### 3. Multiplikatoreffekte

Die im vorstehenden Abschnitt ermittelten Nachfrageeffekte sind bisher so behandelt worden, als ob sie nur einen einmaligen Impuls auf die regionale Wirtschaft ausüben

<sup>80</sup> Hierunter fallen sowohl Studenten, die in einer eigenen (73,7%) als auch in der elterlichen Wohnung (26,3%) wohnen; ebd., S. 55.

<sup>81</sup> HIS GmbH: Grundauszählung zur 16. Sozialerhebung, Auszählungsreihe Studentenwerk Halle, 9.8.2001 (unveröff.).

<sup>82</sup> Ebd.

würden. Spätestens seit der Einführung der Multiplikator-Analyse durch Keynes ist jedoch bekannt, dass zum Zeitpunkt  $t_0$  getätigte Ausgaben neben einer ersten Wirkungsrunde zum Zeitpunkt  $t_1$  noch weitere Wirkungsrunden zu weiteren Zeitpunkten  $t_{1+n}$  induzieren. Letztere ergeben sich daraus, dass das in der Vorrunde erzielte Einkommen (zumindest teilweise) wieder in den Konsum fließt, dort wiederum Einkommen schafft, usw. Diese immer wieder von neuem induzierten Effekte fallen von Wirkungsrunde zu Wirkungsrunde schwächer aus, bis sie schließlich vernachlässigenswert klein werden. Ohne Berücksichtigung dieser wiederholt induzierten Nachfrage würde man die Einkommens- und Beschäftigungseffekte für das Land Sachsen-Anhalt unterschätzen.

Zum Zweck der Analyse dieser induzierten Effekte werden im folgenden Abschnitt 3.1 einzelne Untersuchungsschritte erläutert, die die Bestimmung eines für Sachsen-Anhalt spezifischen Multiplikator-Werts zum Ziel haben. Mit Hilfe dieses Werts werden in Abschnitt 3.2 die induzierten Effekte der verschiedenen Ausgabearten abgeschätzt.

### **3.1 Zur Bestimmung des Multiplikatorkoeffizienten**

#### ***3.1.1 Potenzielle Alternativen zur Multiplikator-Analyse***

Bevor im weiteren die verschiedenen Einzelschritte einer Multiplikator-Analyse im Detail diskutiert und vollzogen werden, ist fest zu halten, dass auch methodische Alternativen zu dieser Vorgehensweise existieren. Als alternative Methode bietet sich im vorliegenden Fall insbesondere die auf Leontief zurück gehende Input-Output-Analyse an, mit deren Hilfe sich inter- und intrasektorale Verflechtungen der Wirtschaftssubjekte darstellen lassen. Diese Methode informiert im Unterschied zur Multiplikator-Analyse zusätzlich über *sektorspezifische* Auswirkungen von Nachfrageänderungen. Die Anwendung der Methode setzt die Existenz einer Input-Output-Tabelle voraus, welche sich zusammen setzt

- a) aus einer Vorleistungs-Matrix, aus der die Vorleistungsbeziehungen der gewählten N Sektoren (quadratische Tabelle mit den Outputs in den N Zeilen und den Inputs in den N Spalten) hervor gehen,
- b) aus einer Endnachfrage-Matrix mit sektorspezifischen Konsum-, Investitions- und Export-Werten,
- c) aus einer Matrix des Primärintputs mit sektorspezifischen Werten der importierten Vorleistungen, der indirekten Steuern (minus Subventionen), Abschreibungen, Löhne und Gewinne.<sup>83</sup>

---

<sup>83</sup> Vgl. CLEMENT, a.a.O., S. 42ff.; HECHT, a.a.O., S. 70ff.

Das Statistische Bundesamt gibt in Zwei-Jahres-Abständen aktualisierte Input-Output-Tabellen auf nationaler (gesamtwirtschaftlicher) Ebene für 58 Sektoren heraus. Diese Werte der amtlichen Statistik sind aber nur mit Problemen auf regionale Input-Output-Beziehungen übertragbar, da jede Region ihre eigenen Strukturen von Produktions- und Handelsverflechtungen sowie technologischen Ausprägungen hat.<sup>84</sup> Zudem unterscheiden sich auch von Region zu Region die Import- und Exportanteile je Wirtschaftssektor.

Der aufwändige Weg, eine eigene Input-Output-Tabelle für das Land Sachsen-Anhalt zu erstellen, kann im Rahmen der für dieses Projekt verfügbaren Ressourcen nicht beschränkt werden. Ebenfalls ist der einfachere Weg, auf eine von anderer Seite für diese Region erstellte Input-Output-Tabelle zurück greifen zu können, mangels Existenz einer solchen nicht verfügbar.

### ***3.1.2 Methodische Schritte zur Bestimmung des Multiplikators<sup>85</sup>***

Die Bestimmung des Multiplikator-Werts für Sachsen-Anhalt erfolgt in Anlehnung an die Vorgehensweise in einer Studie zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Universität Bremen.<sup>86</sup> Über den hierfür erforderlichen Formelapparat und die Definition der einzelnen Bestimmungsgrößen informiert der unten stehende Kasten.

Um den Einkommensmultiplikator für Sachsen-Anhalt berechnen zu können, mussten regionalspezifische Werte für folgende Variablen ermittelt werden: die marginale Konsumquote (c), die Quote der direkten Steuern (t), die Quote der indirekten Steuern (i), die Transferquote (u) und die Importquote (m) (vgl. unten Kasten „Grundlagen der Multiplikatorberechnung“).

*Marginale Konsumquote:* Die marginale Konsumquote wurde anhand einer Regressionsgleichung quantifiziert, in die die Aggregate des verfügbaren Einkommen und des privaten Konsums in Sachsen-Anhalt für den Zeitraum 1991 – 1998 eingingen. Dementsprechend liegt die marginale Konsumquote bei 85,8%; der entsprechende Wert für Gesamtdeutschland liegt mit 89,5% um nahezu vier Prozentpunkte höher.

---

<sup>84</sup> Ebd., S. 119.

<sup>85</sup> Den folgenden Ausführungen liegen Berechnungen des Projektteams der HS Harz zu Grunde, die im Rahmen der arbeitsteiligen Kooperation zwischen den Projektteams am IWH, an der Universität Magdeburg und an der HS Harz vereinbart wurden. Vgl. insbesondere die Ausarbeitung von ASSENMACHER/LESSMANN, a.a.O.

<sup>86</sup> MILLER, J./SCHÄFER, H.: Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Universität Bremen, Bremen 1998.

### *Grundlagen der Multiplikatorberechnung*

Die regionale Nachfrage setzt sich aus den nachfolgenden Komponenten zusammen:

- dem Konsum der privaten Haushalte (C)
- den Investitionen privater Unternehmen (I)
- dem Konsum und den Investitionen öffentlicher Haushalte (G)
- dem Nachfrageüberschuss aller übrigen Regionen (X-M)

Die Nachfrage richtet sich auf die zu Marktpreisen angebotenen Güter. Den Unternehmen kommen jedoch nur die um die darin enthaltenen Steuern bereinigten Erlöse zugute:

$$(1) \quad Y - T^{\text{ind}} = C + I + G + (X-M)$$

Für das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten gilt deshalb die nachfolgende Gleichung:

$$(2) \quad Y = C + I + G + (X-M) - T^{\text{ind}}$$

Die einzelnen Bestimmungsgrößen der regionalen Nachfrage werden wie folgt definiert:

$$(3) \quad C = C^{\text{aut}} + c Y^{\text{verf}}$$

$$(4) \quad Y^{\text{verf}} = Y - T^{\text{dir}} + U$$

$$(5) \quad T^{\text{dir}} = t Y$$

$$(6) \quad U = u Y$$

$$(7) \quad M = M^{\text{aut}} + mC$$

$$(8) \quad T^{\text{ind}} = i C$$

$$(9) \quad I = I^{\text{aut}}$$

$$(9) \quad G = G^{\text{aut}}$$

$$(10) \quad X = X^{\text{aut}}$$

Benennung der Variablen:

$Y$	=	Nettoinländerprodukt zu Faktorkosten (in Sachsen-Anhalt gleichzusetzen mit: Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten bzw. Primäreinkommen)
$C^{aut}$	=	autonomer Konsum
$C$	=	marginale Konsumquote
$Y^{verf}$	=	verfügbares Einkommen der Haushalte
$T^{dir}$	=	direkte Steuern, inklusive Sozialbeiträge
$T^{ind}$	=	indirekte Steuern
$t$	=	Einkommensteuersatz
$i$	=	indirekter Steuersatz
$U$	=	staatliche Transferzahlungen (inkl. der Leistungen aus dem Sozialversicherungssystem)

$u$	=	marginaler Transfersatz
$I^{aut}$	=	private autonome Nettoinvestitionen
$G^{aut}$	=	autonome Staatsausgaben (staatliche Nettoinvestitionen plus staatlicher Konsum)
$X^{aut}$	=	autonomer Export
$M^{aut}$	=	autonomer Import
$m$	=	marginale Importquote

Ineinander eingesetzt führen die Gleichungen auf den folgenden Nachfrageeffekt, bedingt durch eine autonome Veränderung von Konsum, Investitionen, Staatsausgaben, Im- und Export:

$$(11) \quad Y = \frac{1}{1-c(1-t+u)(1-m-i)} * \left[ (1-m-i)C^{aut} + I^{aut} + G^{aut} + X^{aut} - M^{aut} \right]$$

Bei der Bildung des Multiplikators ist entsprechend dem Konzept, überregionale Nachfrage anzuziehen, der Wirkungsmechanismus über die Exportvariable  $X$  relevant. Zwischen Sozialprodukt und Export besteht der nachfolgende Multiplikatorzusammenhang:



$$(12) \quad k = \frac{1}{1-c(1-t+u)(1-m-i)}$$

Mit diesem Multiplikator lassen sich nun die Einkommenseffekte quantifizieren, die dadurch entstehen, dass sich in einer Region wirksame Nachfrage erhöht, und das entstandene zusätzliche Einkommen in nachfolgenden Stufen durch Dritte wiederum nachfragewirksam und somit einkommenserhöhend verausgabt wird. Der Multiplikator ist dabei um so größer, je höher die Konsumquote  $c$  der privaten Haushalte ist. Er steigt auch mit wachsender Transferquote, da diese Transfers das verfügbare Einkommen erhöhen. Die regionalen Multiplikatoreffekte werden um so geringer ausfallen, je mehr Nachfrage durch direkte und indirekte Steuern (einschließlich Sozialabgaben) versickert oder durch eine hohe Importquote in anderen Regionen Wirkung entfaltet.

Quelle: ASSENMACHER/LESSMANN, a.a.O., S. 2-4.

*Quote der direkten Steuern:* Die Belastung der den Haushalten in Sachsen-Anhalt zugeflossenen Einkünfte mit direkten Steuern und Sozialabgaben liegt mit insgesamt 45,1% über dem bundesdeutschen Vergleichswert von 41,8%. Unter Berücksichtigung des progressiven Einkommensteuertarifs und des wesentlich geringeren Pro-Kopf-Einkommens in Sachsen-Anhalt im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt erscheint dieses Ergebnis zunächst kaum plausibel. Prüft man jedoch die Belastung der Einkünfte nach Steuern und Sozialabgaben getrennt voneinander, so ergibt sich für Sachsen-Anhalt eine durchschnittliche Belastung des Primäreinkommens mit direkten Steuern in Höhe von 8,7%, für die gesamte Bundesrepublik eine Belastung von 13,4%. Damit fällt die Steuerlast für Sachsen-Anhalt erwartungsgemäß geringer aus. Die Abgabenlast durch Sozialabgaben beträgt in Sachsen-Anhalt durchschnittlich 36,4%, in der Bundesrepublik 28,4%. Die höhere Belastung in Sachsen-Anhalt lässt sich dadurch erklären, dass sich das Primäreinkommen der Haushalte aus Arbeits- und Vermögenseinkünften zusammensetzt, und die nicht mit Sozialabgaben belasteten Vermögenseinkünfte in der Bundesrepublik insgesamt einen Anteil von fast 18%, in Sachsen-Anhalt jedoch weniger als 7% ausmachen. Die sozialabgabenbelasteten Arbeitseinkünfte fallen damit in Sachsen-Anhalt wesentlich stärker ins Gewicht als in der gesamten Bundesrepublik.

*Quote der indirekten Steuern:* Der indirekte Steuersatz gibt an, welcher Teil der Konsumausgaben privater Haushalte in Form der indirekten Steuern (Gütersteuern bzw. Verbrauchsteuern) an den Staat fließt. In ähnlichen Untersuchungen wird der Mehrwertsteuersatz als Näherungswert genutzt, wobei jedoch nicht berücksichtigt wird, dass ein erheblicher Anteil der Ausgaben nicht der Mehrwertsteuer bzw. einem ermäßigten

Steuersatz unterliegt (z.B. Wohnungsmiete, Grundnahrungsmittel). Es ist zu vermuten, dass die Belastung der privaten Haushalte mit indirekten Steuern insgesamt unter dem Mehrwertsteuersatz von 16% liegt, da die steuerfreien bzw. steuerermäßigten Ausgaben einen wesentlich größeren Teil der Ausgaben ausmachen als die Ausgaben, die neben der Mehrwertsteuer auch noch mit speziellen Verbrauchssteuern belegt werden (z.B. Kraftstoffe).

Die amtliche Statistik Sachsen-Anhalts enthält detaillierte Angaben zum Konsumverhalten ausgewählter Haushaltstypen und zu ihrer Belastung mit indirekten Steuern. Dies erlaubt die Ermittlung der Anteile der monatlichen Ausgaben für einzelne Gütergruppen am Haushaltsnettoeinkommen und damit auch der Belastung der Haushalte durch Güter- und Verbrauchssteuern. Unter Verwendung dieser Angaben ergibt sich für Sachsen-Anhalt eine durchschnittliche Belastung des Konsums mit indirekten Steuern in Höhe von 9,69%.

*Regionale Transferquote:* Die Transferquote gibt an, welcher Anteil des Einkommens der Haushalte auf staatliche Transferzahlungen zurückzuführen ist. Diese Transfers sind die Summe aus den empfangenen monetären Sozialleistungen und den empfangenen sonstigen laufenden Transfers. Sie werden ins Verhältnis zum Primäreinkommen gesetzt. Die Transferquote Sachsen-Anhalts liegt mit 0,55% über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 0,41%. Denkbare Ursachen hierfür sind die mit der hohen Arbeitslosigkeit verbundenen direkten Transfers (Arbeitslosengeld) und die Finanzierung aktiver Arbeitsmarktpolitik wie Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen.

*Regionale Importquote:* Die Importquote für ein einzelnes Bundesland zu berechnen, würde einen ähnlichen Aufwand wie bei der Durchführung einer Input-Output-Analyse erfordern. Für eine derartige Berechnung wären Angaben zur interregionalen Verflechtung, also zu den Güterströmen zwischen den Bundesländern erforderlich. Nur für wenige Länder existieren Angaben zu Handelsverflechtungen in Form von Input-Output-Tabellen, auf deren Grundlage sich die jeweilige Importquote schätzen ließe. Demzufolge sind auch andere vergleichbare Studien auf plausible Annahmen über die Höhe der regionalen Importquote angewiesen. Die Schätzungen für die Importquoten einzelner Bundesländer schwanken zwischen Werten von 0,26 für Baden-Württemberg als größeres Flächenland mit einer relativ geringen und 0,9 für Hamburg als Stadtstaat mit einer relativ hohen interregionalen Verflechtung. Die Importquote Sachsen-Anhalts wird gemäß diesen Überlegungen zwischen 0,26 und 0,6 liegen. Der noch immer geringe Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtproduktion in den neuen Bundesländern und die relative Schwäche im Segment der handelbaren Güter legen den Schluss nahe,

dass Sachsen-Anhalt, wie auch die übrigen neuen Länder, weitaus mehr auf Importe angewiesen ist als die alten Länder. Deshalb wird in der Studie der HS Harz eine Importquote von 0,55 als plausibel angesehen.

*Multiplikatorberechnung:* Auf der Grundlage der getroffenen Annahmen und der oben im Kasten aufgeführten Formel lässt sich der Multiplikatorwert für Sachsen-Anhalt quantifizieren. Setzt man die berechneten Parameter in Gleichung (12) (Kasten) ein, so ergibt sich ein Wert in Höhe von 1,499.

Tabelle D.16:

Regionale Multiplikatorwerte anderer Studien zu den regionalökonomischen Effekten von Hochschulen

Hochschulstandort	Untersuchungsregion	Multiplikatorwert
Hamburg	Stadtstaat Hamburg	1,03-1,09
Bremen	Stadtstaat Bremen mit angrenzenden niedersächsischen Gemeinden	1,33
Potsdam	Stadt Potsdam und angrenzende Regionen (Stadtgebiet und angrenzende Gemeinden nach Postleitzahlen, alle Orte im Umkreis von 37,5 km, außer Berlin)	1,17
St. Gallen	Stadt und übriger Kanton St. Gallen (Multiplikatorwirkungen werden nur für die Stadt ermittelt)	1,7
München	Stadt München und umliegende Landkreise	1,46
Giessen	Betrachtung der unterschiedlichen Untersuchungsebenen Bundesgebiet, Land Hessen und Nahbereich (Stadt Giessen und Umlandgemeinden)	1,015-1,561
Rostock	Stadt Rostock sowie der Landkreis Bad Doberan	1,2
Kassel	Arbeitsmarktregion Nordhessen (Stadt Kassel sowie die fünf umliegenden Landkreise)	1,53
Regensburg	Stadt Regensburg sowie umliegende Gemeinden im Radius von 40 km	1,43

Quelle: ASSENMACHER/LEBMANN, a.a.O., S. 13. Vgl. für Hamburg PFÄHLER et al. 1997, a.a.O., S. 76; für Bremen MILLER, J./SCHÄFER, H., a.a.O. S. 53; für Potsdam GLOEDE/SCHIRMAG/SCHÖLER, a.a.O., S. 69; für St. Gallen FISCHER, G./NEF, M., a.a.O., S. 29; für München BAUER, E.-M., a.a.O. S. 102; für Giessen GIESE/ABERLE/KAUFMANN, a.a.O. S. 18; für Rostock KNÖDLER/TIVIG, a.a.O. S. 22; für Kassel BLUME/FROMM 2000, a.a.O., S. 36; für Regensburg MÖLLER/OBERHOFER: a.a.O., S. 123.

Tabelle D.16 vermittelt einen Überblick über die Höhe der in anderen Untersuchungen zugrunde gelegten Multiplikatorwerte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nur in einigen

Fällen eine eigenständige Berechnung des Wertes durchgeführt wurde. Vielfach hat man sich an den Größen anderer Studien orientiert.

In der Studie zu den regionalwirtschaftlichen Wirkungen der Martin-Luther-Universität gelangt Schultz zu einem Multiplikatorwert von 1,54 (gewichtetes Mittel), wobei sie noch ausgabenspezifische Multiplikatorwerte unterscheidet.<sup>87</sup>

### 3.2 Gesamteffekte

Mit der oben stehenden Berechnung eines sachsen-anhalt-spezifischen Multiplikators ist es nun möglich, die bisher in Abschnitt 2.2 ermittelten Nachfrageeffekte um die induzierten Effekte zu ergänzen.

Tabelle D.17:

Aus Ausgaben der Wissenschaftseinrichtungen der Region Halle resultierende Nachfrageeffekte in Sachsen-Anhalt für 1999

- nach Ausgabearten, primären und induzierten Nachfrageeffekten, in Mio. DM -

Ausgabenbereich	Ausgaben	Primäre Nachfrageeffekte	Induzierte Nachfrageeffekte
<b>Personalausgaben</b>	310,0	115,6 <sup>a</sup>	58,0
<b>Sachausgaben</b> (ohne Bauinvestitionen)	156,8	89,4	47,0
<b>Drittmittel-Ausgaben</b>	56,0	25,2	12,6
<b>HBFG-Ausgaben</b>	73,6	39,3	19,6
<b>Studentische Ausgaben</b>	174,8	117,1	58,4
<b>Insgesamt</b>	762,3	386,6	195,6

<sup>a</sup> Einschließlich der Nebeneinkünfte des wiss. Personals (vgl. Abschnitt D.2.1.1.3).

Quelle: Berechnungen des IWH.

Aus der Summenzeile in Tabelle D.17 geht hervor, dass die Nachfrageeffekte der ersten Runde in Höhe von 386,6 Mio. DM in weiteren Runden noch zusätzliche 195,6 Mio. DM in weiteren Wirkungsrunden induzieren. Daraus resultiert ein Gesamtnachfrageeffekt in Höhe von 582,2 Mio. DM.

<sup>87</sup> Sie errechnet für Personalausgaben einen Multiplikator von 1,55, für Sachausgaben entsprechend 1,21, für Bauausgaben 1,24 und für studentische Ausgaben 1,65. SCHULTZ, a.a.O., S. 67.

#### 4. Zwischenfazit und politische Implikationen

Zum Abschluss dieser primär quantitativ orientierten Betrachtung der verschiedenen Ausgabenströme der Wissenschaftseinrichtungen und ihres Personals plus Studenten in der Region Halle soll der Blick auf einige strukturelle Merkmale und damit auf mögliche politische Ansatzpunkte gelenkt werden. Die hierbei angesprochenen Stichworte lauten a) Dominanz der Martin-Luther-Universität, b) Refinanzierungsfähigkeit der Wissenschaftseinrichtungen und c) Ausmaß der regionalen Bindung.

*Dominanz der Martin-Luther-Universität:* Auf Grund ihrer schieren Größe weist die Martin-Luther-Universität bei sämtlichen hier untersuchten Dimensionen und Variablen die höchsten Werte auf: Sie beschäftigt mehr Personal als alle anderen Einrichtungen zusammen, sie hat die meisten Studenten, sie hat am meisten Geld für Anschaffungen (Sachausgaben) und Baumaßnahmen, an ihr werden die meisten Drittmittel umgesetzt, und sie profitiert am stärksten von der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau. Dieser Umstand impliziert aber auch, dass die Attraktivität der Region Halle als Wissenschaftsstandort sehr stark vom Zustand der Martin-Luther-Universität abhängt. Die Entwicklung der Studentenzahlen und der Einwerbung von Drittmitteln weisen darauf hin, dass bisher kein Attraktivitätssprung gelungen ist, dass umgekehrt aber auch eine durchaus mögliche negative Entwicklung in den 90er Jahren vermieden werden konnte. Der Blick in den 29. Rahmenplan für den Hochschulbau und in die dortige Vorhabensliste für die Phase von 2000-2003 zeigt, dass die Martin-Luther-Universität zumindest bis zur Mitte dieses Jahrzehnts noch ihre Rolle als bedeutender Bauinvestor in der Region beibehalten und damit auch die Attraktivität der äußeren Studien- und Forschungsbedingungen weiter steigen wird.<sup>88</sup> Auf Grund der sich hieraus ergebenden Verpflichtung zur Kofinanzierung bedeutet dies aber auch gleichzeitig für das Land Sachsen-Anhalt eine starke finanzielle Zweckbindung eines Teils der Landesfinanzen. Dieser Umstand verweist darauf, dass nach Schaffung der äußeren Voraussetzungen in Form neuer und sanierter Infrastruktur zukünftig von politischer Seite der *Qualität* der darin betriebenen Forschung und Lehre mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss, wenn die weitere Attraktivitätssteigerung des Hochschulstandorts als politisches Ziel angesteuert wird. Die im weiteren Verlauf dieses Projekts noch zu ermittelnden Forschungsergebnisse über Ausmaß und den Umfang der Angebotseffekte werden voraussichtlich genauere Hinweise zu den Gestaltungsoptionen einer solchen Politik liefern.

---

<sup>88</sup> BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hrsg.): 29. Rahmenplan für den Hochschulbau nach dem Hochschulbauförderungsgesetz 2000-2003 vom 25.10.1999, S. 18ff.

*Refinanzierungsfähigkeit der Wissenschaftseinrichtungen:* Wissenschaftseinrichtungen in einer Region haben die Fähigkeit, sich teilweise selbst zu refinanzieren, indem sie Mittel von außerhalb in die Region attrahieren oder den Abfluss von Mitteln aus der betreffenden Region verhindern. Es zeigt sich, dass die Refinanzierungsquote der Wissenschaftseinrichtungen vor allem von drei Aspekten abhängt:

- der Höhe der von den Wissenschaftseinrichtungen eingeworbenen Drittmittel,
- der Zahl der Studierenden in einer Region,
- der Zahl und dem Budgetvolumen von hochschulexternen Forschungsinstituten, insbesondere von Max-Planck-Instituten, Fraunhofer-Instituten sowie Großforschungseinrichtungen.

Die Politik kann versuchen, die Refinanzierungsquote der Wissenschaftseinrichtungen in einer Region zu erhöhen, indem sie die genannten Aspekte als Ansatzpunkte nimmt. Dies bedeutet im einzelnen zunächst, dass die Hochschullehrer noch stärker als bisher zur Einwerbung von Drittmitteln veranlasst werden sollten. Weiterhin sind Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der Studierenden deutlich zu erhöhen. Schließlich ist nach Möglichkeiten zu suchen, noch mehr Forschungsinstitute nach Sachsen-Anhalt zu holen. Auch diesbezüglich ist zu betonen, dass sich aus den weiteren Ergebnissen des Forschungsprojekts zu den Angebotseffekten vermutlich genauere Hinweise ableiten lassen, in welche Richtung diese Gestaltung der „Wissenschaftslandschaft“ in der Region Halle zielen sollte.

*Ausmaß der regionalen Bindung:* Die bisherige Analyse hat gezeigt, dass neben den Nachfrageeffekten durch die studentischen Ausgaben die von den Personalausgaben ausgelösten Nachfrageeffekte quantitativ am umfangreichsten sind. Gleichzeitig hat die Analyse auch aufgedeckt, dass ein beträchtlicher Anteil des wissenschaftlichen und auch des nicht-wissenschaftlichen Personals der verschiedenen Einrichtungen seinen ersten Wohnsitz außerhalb Sachsen-Anhalts unterhält und dort vergleichsweise mehr Geld ausgibt als am Arbeitsort. Dieser Tatbestand ist auf mehrere Faktoren zurück zu führen: Die Nähe der Großstadt Leipzig mit ihrem guten infrastrukturellen Angebot spielt hier eine Rolle, darüber hinaus auch die Notwendigkeit, die vielfältigen Lehr- und Forschungsgebiete von Hochschulen und Forschungsinstituten durch Berufung hochqualifizierten Personals attraktiv zu gestalten. Gleichzeitig spiegeln sich in den Wohnstandortentscheidungen der Beschäftigten aber auch Defizite in der Qualität weicher Standortfaktoren in der Region Halle wider. Dies zu konstatieren heißt gleichzeitig, politischen Handlungsbedarf aufzuzeigen. Da in politischer Hinsicht auf diesem Politikfeld keine „Zwangmaßnahmen“ möglich sind, erscheint diesbezüglich eine beharrliche Politik zur

Verbesserung weicher Standortfaktoren sowie des Image der Region und nicht zuletzt der regionalen Einkaufsmöglichkeiten angemessen.

## **E. Ermittlung der Angebotseffekte: Theoretische Grundkonzeption, Hypothesen und Methoden im Überblick**

Im Unterschied zu den Nachfrageeffekten sind die Angebotseffekte schwieriger zu quantifizieren, da sich deren Strukturen und Volumina nicht direkt aus amtlichen Statistiken ablesen lassen. Gleichwohl sind Angebotseffekte der wissenschaftlichen Einrichtungen für die Bewertung der regionalökonomischen Wirkungen von Forschungseinrichtungen von besonderer Bedeutung, können sie doch zu einer erhöhten Produktivität der regionalen Wirtschaft und damit zur Erhöhung des regionalen Wohlfahrtsniveaus beitragen. Bislang fehlt es an systematischen Analysen zu den Bedingungen für einen erfolgreichen Transfer der Leistungen aus den Wissenschaftseinrichtungen in die regionale Wirtschaft. Dieser Teil der Studie soll dazu beitragen, die Lücke zu schließen. Ziel der Analyse ist es, Transferhemmnisse aufzudecken und wirtschaftspolitische Empfehlungen zu erarbeiten, die aufzeigen, wie die Wissenschaft stärker in den Dienst der regionalen Wirtschaft zu stellen wäre.

### **1. Theoretische Grundkonzeption**

Nachfolgend wird zunächst kurz auf die wirtschaftstheoretische Bedeutung der Effekte von Wissenschaftseinrichtungen für die Gesamtwirtschaft, respektive die regionale Wirtschaft, eingegangen. Um die regionalökonomischen Effekte der wissenschaftlichen Einrichtungen näher zu operationalisieren werden sodann die diversen Angebote der wissenschaftlichen Einrichtungen ausführlicher dargestellt.

#### **1.1. Die wachstumstheoretische Bedeutung von Wissenschaftseinrichtungen**

##### *Makroökonomische Perspektive*

Wachstumstheoretiker stimmen darin überein, den Faktor „Technischer Fortschritt“ als einen der wichtigsten Wachstumsfaktoren einzustufen. Ungeachtet dieses prinzipiellen Konsenses ist dieser Zusammenhang auf theoretischer Ebene bisher sehr unterschiedlich modelliert worden. In der neoklassischen Wachstumstheorie wird der technologische Fortschritt als eine exogene Variable angesehen, deren Veränderungen außerhalb des Erklärungsbereichs der ökonomischen Theorie bleiben und auf die die Wirtschaft nur reagiert, indem sie nach einem neuen Gleichgewichtszustand strebt.<sup>89</sup>

In der neuen Wachstumstheorie tritt technologischer Fortschritt hingegen als endogene Variable auf. Neuere Modelle bauen auf den Überlegungen von Schumpeter auf, wonach Unternehmen den technischen Fortschritt nutzen können, um durch Innovationen

---

<sup>89</sup> FREEMAN, C./SOETE, L.: The Economics of Industrial Innovation, 3. Aufl., London u. Washington 1997, S. 323ff.



Monopolrenten zu erzielen.<sup>90</sup> Diese Endogenisierung in makro-ökonomische Modelle bleibt aber schematisch: Welche Zwischenschritte von einer Investition in Forschung und Entwicklung (FuE) ausgelöst werden, bis aus ihr messbares (gesamt-)wirtschaftliches Wachstum resultiert, bleibt als Black Box außerhalb des Erklärungsinteresses und -vermögens dieser Modelle.

### *Regionalökonomische Perspektive*

Mit der makroökonomischen Modellierung des Anreizes für Innovationen wird noch nicht die Frage beantwortet, welche Faktoren auf der regionalen Ebene das Entstehen und die Ausbreitung technischen Fortschritts begünstigen. In Arbeiten jüngerer Datums wird verstärkt den Effekten der Wissensproduktion von Hochschulen und Forschungseinrichtungen Beachtung geschenkt. So vergleichen Feldman und Florida die branchenspezifische Innovationstätigkeit in den US-amerikanischen Bundesstaaten. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Innovationen jeweils positiv mit dem Umfang der FuE-Ausgaben der Industrie und auch der Hochschulen korreliert<sup>91</sup>. Zu diesem Resultat kommt auch eine Studie von Anselin, Varga und Acs. Sie belegen, dass Universitätsforschung und private Forschung sowohl auf der Ebene amerikanischer Bundesstaaten als auch auf der Ebene von Stadtregionen die Innovationstätigkeit erhöhen.<sup>92</sup> Zucker, Darby und Brewer können am Beispiel der Biotechnologie nachweisen, dass nicht allein die Existenz von Universitäten, sondern insbesondere auch die Qualität des an ihnen beschäftigten Humankapitals für das Wachstum einer Branche – operationalisiert durch die Anzahl und Gründungen von Biotechnologie-Unternehmen – von Bedeutung sind.<sup>93</sup>

## **1.2 Ausdifferenzierung des Güterangebotes der wissenschaftlichen Einrichtungen**

Die wissenschaftlichen Einrichtungen bieten der Gesamtwirtschaft und der regionalen Wirtschaft ein breites Spektrum von Gütern an. Diese können von den Unternehmen nachgefragt werden. Der Nutzen dieser Leistungen für die Unternehmen hängt einerseits von dem nachgefragten Gut ab und andererseits davon, inwieweit es den Unternehmen gelingt, dieses Gut effizient einzusetzen. Das Angebot der Wissenschaftseinrichtungen für die regionale Wirtschaft ist in Abbildung E.1 zusammenfassend dargestellt und wird

<sup>90</sup> Vgl. ROMER, P.M.: Endogenous Technological Change, in: Journal of Political Economy, 98. Jg., 1990, S. 71-102. – AGHION, P./HOWITT, P.: A Model of Growth through Creative Destruction. Cambridge, Mass. 1990. (NBER Working Paper No. 3223). – GROSSMAN, G.M./HELPMAN, E.: Innovation and Growth in the Global Economy. Cambridge, Mass. 1990, S. 43-83.

<sup>91</sup> Vgl. FELDMAN, M. P./FLORIDA, R.: The Geographic Sources of Innovation: Technological Infrastructure and Product Innovation in the United States, in: Annals of the Association of American Geographers, 84 Jg., 1994, S. 222-225.

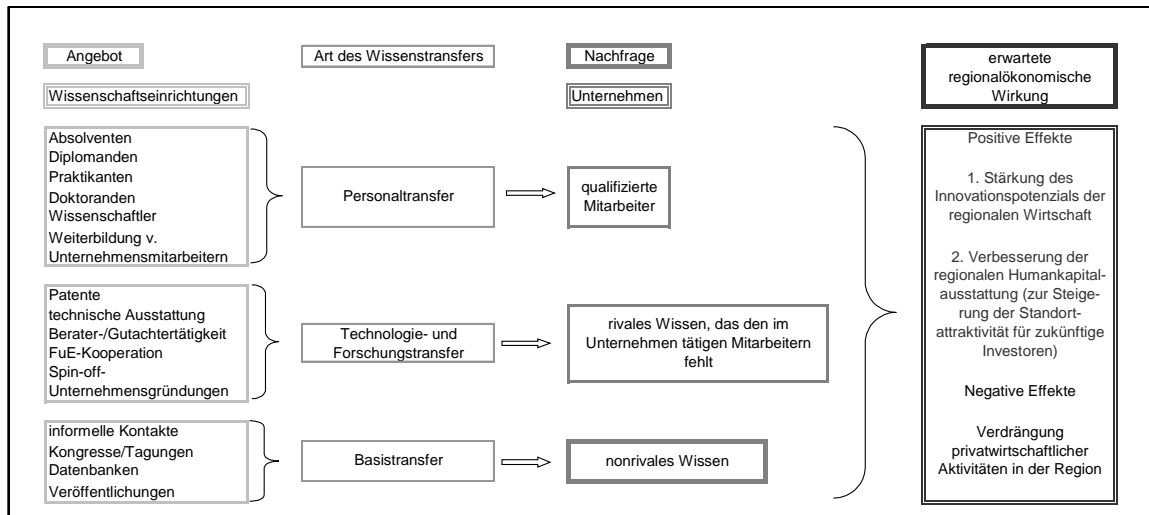
<sup>92</sup> Vgl. ANSELIN, L./VARGA, A./ACS, Z.: Local Geographic Spillovers between University Research and High Technology Innovations, in: Journal of Urban Economics, 42 Jg., 1997, S. 422-448.

<sup>93</sup> Vgl. ZUCKER, L.G./DARBY, M.R./BREWER, M.B.: Intellectual Human Capital and the Birth of U.S. Biotechnology Enterprises, in: American Economic Review, 88 Jg., 1998, S. 290-306.

im Folgenden näher erläutert.<sup>94</sup> Der Begriff des Wissenstransfers umfasst alle nachfolgend erläuterten Austauschbeziehungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.<sup>95</sup>

Abbildung E.1:

Die Angebotseffekte von wissenschaftlichen Einrichtungen



Quelle: Eigene Darstellung des IWH

### Personaltransfers

Unter Personaltransfer wird im Folgenden die Abgabe von Humankapital aus den wissenschaftlichen Einrichtungen an die private Wirtschaft verstanden. Vor allem die Hochschulen können über ihren Ausbildungsauftrag die Ausstattung und Bildung von Humankapital, welches zu den wichtigsten Determinanten der regionalen Wohlfahrt zählt, erhöhen<sup>96</sup>. Durch die Beschäftigung von Hochschulabsolventen in den regionalen Unternehmen können diese zur Erhöhung des unternehmerischen Wissenskapitalstocks beitragen. Einen ähnlichen Effekt hat der Personaltransfer von Praktikanten, Diplomanden und Doktoranden von den Wissenschaftseinrichtungen in die Unternehmen bzw. die Vergabe von Lehraufträgen an Vertreter aus der Wirtschaft. Die Weiterbildung von Mit-

<sup>94</sup> Die im Folgenden verwendete Differenzierung der Transferformen geschieht in Anlehnung an: ABRAMSON, H.N. et al.: Technologietransfer-Systeme in den USA und Deutschland. Stuttgart 1997; ALLESCH, J.: Wissens- und Technologietransfer an den deutschen Hochschulen. in: Allesch, J./Preiß-Allesch, D.: Hochschule und Wirtschaft – Möglichkeiten und Hemmnisse der Zusammenarbeit. Bad Honnef 1984 S. 139-148; BLUME, L./FROMM, O. 2000: a.a.O., S. 56f; DEILMANN, B. Wissens- und Technologietransfer als regionaler Innovationsfaktor. Dortmund 1995, S. 15ff.

<sup>95</sup> Die Verwendung des Begriffs Wissenstransfer geschieht in Anlehnung an: BLUME, L./FROMM, O. 2000, a.a.O., S. 56f.

<sup>96</sup> Vgl. ROSENFELD et al. 2001, a.a.O.

arbeitern aus Unternehmen stellt eine weitere mögliche Qualifizierungsleistung dar, welche die wissenschaftlichen Einrichtungen in der Region übernehmen können.

Der Personaltransfer umfasst auch die befristete Tätigkeit von wissenschaftlichen Mitarbeitern in Unternehmen im Rahmen gemeinsamer FuE-Kooperationen oder der Wechsel von Unternehmensangestellten an die Forschungseinrichtungen für gemeinsame Forschungsprojekte.

Die Vorteile, die sich aus dem Personaltransfer für die Unternehmen ergeben können, liegen zum einen in einem erleichterten Zugang zum Produktionsfaktor Arbeit, zu qualitativen Weiterbildungsmöglichkeiten für die Mitarbeiter und daraus folgend zu innovativem wissenschaftlich geprägtem Wissen. Zum anderen kann der Personaltransfer zum Auf- und Ausbau von Netzwerken zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie innerhalb der Wirtschaft beitragen.

Aus regionalökonomischer Perspektive bilden räumlich konzentrierte Forschungs- und Wissenstransferinstitutionen in Verbindung mit Unternehmen, die deren Leistungen und Personal nachfragen, ein Potenzial für regionale Netzwerke.<sup>97</sup> Solche Netzwerke verbessern die Chancen für regionale Spillover-Effekte der Wissenschaftseinrichtungen.<sup>98</sup> Netzwerke steigern a) die Absorptionsfähigkeit der Unternehmen für neues Wissen, b) die Übertragungsrate von nicht kodifiziertem Wissen („tacit knowledge“), dessen Vermittlung an face-to-face-Situationen gebunden ist, und sie steigern c) den Wissensfluss zwischen Hochschule/Forschungseinrichtung und den Unternehmen sowie unter den Unternehmen selbst durch zwischenbetriebliche Mobilität von Arbeitnehmern.

#### *Technologie- und Forschungstransfers*

Technologie- und Forschungstransfers werden verstanden als eine gezielte Übertragung wissenschaftlicher Erkenntnisse an einen bestimmten Adressatenkreis.<sup>99</sup> Diese Transfers können stattfinden über die Nutzung von technischen Gerätschaften und Patenten, Berater- und Gutachtertätigkeiten, gemeinsame FuE-Projekte oder Spin-off-Unterneh-

<sup>97</sup> FRITSCH, M./SCHWIRTEN, C.: Öffentliche Forschungseinrichtungen im regionalen Innovationssystem. Ergebnisse einer Untersuchung in drei deutschen Regionen, in: Raumforschung und Raumordnung, 56. Jg., H. 4, 1998, S. 253-263; FRANZ, P.: Innovative Milieus als Extrempunkte der Interpenetration von Wirtschafts- und Wissenschaftssystem, in: Jahrbuch für Regionalwissenschaft, 19. Jg., 1999a, S. 107-130.

<sup>98</sup> Solche Effekte entstehen, sobald Ergebnisse anderer aus Forschung und Entwicklung in Anspruch genommen werden können, ohne dass diesen ein kostendeckendes Entgelt gezahlt wird. Vgl. HARHOFF, D.: Agglomeration und regionale Spillover-Effekte, in: B. Gahlen/H. Hesse/H. J. Ramser (Hrsg.), Standort und Region. Neue Ansätze zur Regionalökonomik, Tübingen 1995, S. 83-116; MANSFIELD, E./LEE, J.-Y.: The Modern University: Contributor to Industrial Innovation and Recipient of Industrial R&D Support. In: Research Policy 25. Jg., 1996, S. 1047-1058; WÖLFL, A.: Spillover Effects – An Incentive to Cooperate in R&D? Halle/S. 1998 (IWH-Diskussionspapiere 79).

<sup>99</sup> BLUME, L./FROMM, O. 2000, a.a.O., S. 56.

mensgründungen. Auf diese unterschiedlichen Transferformen wird im Folgenden näher eingegangen.

Forschungseinrichtungen verfügen meist über eine gute Ausstattung mit technischen Geräten, die, wenn sie von den Unternehmen genutzt werden, diesen Kosten ersparen können. Ähnlich verhält es sich bei wissenschaftlichen Patenten. Diese stellen ein zeitlich begrenztes exklusives Schutzrecht für Erfindungen dar, welches dem Patentinhaber das Recht gewährt, über seine Erfindungen allein zu verfügen. In erster Linie liegt die Bedeutung dieses Ausschließlichkeitsrechts darin, innovative Produkte und Verfahren vor Nachahmungen durch andere zu schützen. Forschungseinrichtungen haben zumeist den Wunsch, ihre Patente in Kooperationen oder über Lizenzverträge wirtschaftlich ertragreich zu machen. Patentnutzungen können für Unternehmen den Vorteil haben, dass sie sich eigene FuE-Investitionen und die damit verbundenen Kosten und Risiken ersparen und trotzdem ein „fertiges passfähiges Forschungsprodukt“ von den wissenschaftlichen Einrichtungen erwerben.

Die Beratungs- und Gutachterangebote der wissenschaftlichen Einrichtungen können die Unternehmen befähigen, schnell wissenschaftliches Know-how zu erringen, welches auf die Belange des eigenen Betriebes abgestimmt ist. Die unternehmensinterne Umsetzung der Berater- und Gutachterhinweise wird dadurch erleichtert.

Gemeinsame FuE-Projekte zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sind für beide mit Kosten verbunden. Es ist zu erwarten, dass Unternehmen die Kooperation nur dann anstreben, wenn diese für sie Vorteile bringt. Die Gründe der Unternehmen, gemeinsame FuE-Projekte mit den Wissenschaftseinrichtungen einzugehen, können sein: die unternehmensinternen Kapazitäten reichen nicht aus, ein ähnliches Projekt durchzuführen, die Kooperation mit den Forschungseinrichtungen ist immer noch kostengünstiger als eine unternehmensinterne Durchführung oder eine Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen.

Zusätzlich kann der Effekt eintreten, dass das in die Netzwerke einbezogene FuE-Personal der Wissenschaftseinrichtungen wie der privaten Unternehmen vermehrt Existenz- und Ausgründungen vollzieht, da die Netzwerkkontakte ständige Informationen über Markterfolge und –misserfolge liefern und über die Zeit eine zuverlässigere Einschätzung der Marktchancen eigener Geschäftsideen erlauben.<sup>100</sup> In jüngster Zeit haben verschiedene Hochschulen erkannt, dass sich ihnen hier ein neues Betätigungsfeld bietet und ihre Beratungsleistungen für potentielle Existenzgründer entsprechend verstärkt.

---

<sup>100</sup> SAXENIAN, A.: Regional Advantage. Culture and Competition in Silicon Valley and Route 128, Cambridge/Mass./London 1996; HENREKSON, M./ROSENBERG, N.: Incentives for Academic Entrepreneurship and Economic Performance: Sweden and the United States, in: S. Sörlin/G. Törnqvist (Hrsg.), The Wealth of Knowledge. Universities in the New Economy (im Erscheinen).

Effekte dieser Art sind gerade für Regionen mit Entwicklungsrückstand von großem Interesse. Allerdings ist bisher noch zu wenig darüber bekannt, unter welchen Bedingungen sich Netzwerke herausbilden und welche Rolle Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie ihre Transfereinrichtungen und hochschulnahe Technologie- und Gründerzentren hierbei spielen können.<sup>101</sup> In dieser Hinsicht besteht noch erheblicher Forschungsbedarf.

### *Basistransfers*

Der Basistransfer durch Veröffentlichungen, Datenbanken, Kongresse, Tagungen und vor allem informelle Kontakte soll den Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen erleichtern.<sup>102</sup> Gerade die informellen Kontakte können eine wichtige Informationsquelle für die Unternehmen sein, da sie eine schnelle und informelle Gelegenheit bieten, die unternehmensinterne Wissensbasis zu vervollständigen.

## **2. Hypothesen**

Im Folgenden werden zur Vorbereitung der empirischen Erfassung der regionalökonomischen Wirkungen von Wissenschaftseinrichtungen die Hypothesen, welche anhand bisheriger Untersuchungen zu dieser Thematik generiert wurden, näher erläutert.<sup>103</sup> Es

---

<sup>101</sup> Erste empirische Ergebnisse hierzu finden sich bei FRANZ, P.: Ostdeutsche Technologie- und Gründerzentren in der Aufbauphase, Halle/S. 1996 (Forschungsreihe des IWH 4/1996); FROMHOLD-EISEBITH, M./NUHN, H.: Großforschung und Region. Der Beitrag von Forschungszentren des Bundes zu einer innovationsorientierten Regionalentwicklung, Münster 1995; TAMÁSY C.: Technologie- und Gründerzentren in Ostdeutschland – eine regionalwirtschaftliche Analyse, Münster 1996.

<sup>102</sup> Vgl. BLUME/FROMM a.a.O., S. 57.

<sup>103</sup> In alphabetischer Reihenfolge: ALLESCH, J. 1986: Stand und Perspektiven des Technologietransfers an Deutschen Hochschulen. In: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Wissens- und Technologietransfer aus deutschen und britischen Hochschulen. Bad Honnef 1986, S. 66-81; BECHER, G et al.: Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Standortbedingungen für Forschung, Entwicklung und Technologie in der Bundesrepublik. Basel 1993; BEISE et al.: Technologietransfer an kleine und mittlere Unternehmen: Analyse und Perspektive für Baden-Württemberg. Baden-Baden 1995; BEISE et al.: Technologietransfer von Hochschulen: Ein Insider-Outsider-Effekt. 1996; BLUME, L./FROMM, O. 2000: a.a.O.; FICHTEL, R.: Technologietransfer für Klein- und Mittelbetriebe. Wiesbaden 1997; FÖRDERER, K. et al.: Innovation und Mittelstand. Eine Umfrage bei 1871 mittelständischen Unternehmen. Köln 1998; FROMHOLD-EISEBITH, M.: Messbarkeit und Messung des regionalen Wissens- und Technologietransfers aus Hochschulen. in: NIW-Workshop Erfolgskontrollen in der Technologiepolitik, 1992, S. 117-136; GIBB, A. A.: Technologietransfer – Universitäten und Klein- und Mittelbetriebe. In: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Wissens- und Technologietransfer aus deutschen und britischen Hochschulen. Bad Honnef 1998, S. 42-63; NICOLAY, R./WIMMERS, S.: Kundenzufriedenheit der Unternehmen mit Forschungseinrichtungen. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung zur Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen Bonn, Berlin 2000; PFÄHLER et al. 1997, a.a.O.; PFÄHLER et al. 1999, a.a.O.; REINHARD, M./SCHMALHOLZ, H.: Technologietransfer in Deutschland. Stand und Reformbedarf. Berlin, München 1996; SCHAMP, E.W./SPENGLER U.: Universitäten als regionale Innovationszentren? In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie; Jg. 29 (1985); Heft 3/4, S. 166-178; SCHROEDER, K. et al. 1991: Wissens- und Technologietransfer: Bedeutung und Perspektiven einer regionalen technolo-

gibt zwei Bereiche, welche die regionalökonomischen Effekte der Wissenschaftsleistungen determinieren. Einerseits beeinflusst die regionale Wirtschaftsstruktur die Absorptionfähigkeit wissenschaftlicher Leistungen. Zum anderen bestimmt die Angebotsseite den regionalen Ertrag ihrer Leistungen. Demgemäss ergeben sich zwei Basishypothesen, welche durch die jeweiligen Unterhypothesen weiter ausdifferenziert werden.

*Hypothese 1: Die Wirkung des Wissenstransfers wird nicht nur determiniert durch die Wissenschaftseinrichtungen, sondern auch durch die regionale Wirtschaftsstruktur*

Die Fähigkeit, unternehmensexternes Wissen zu absorbieren, ist Voraussetzung für die regionale Wirtschaft, das Angebot aus den Wissenschaftseinrichtungen produktivitätssteigernd nutzen zu können. Diese Fähigkeit ist von verschiedenen unternehmerischen Faktoren abhängig:

*Hypothese 1.1: Je höher die betriebsinterne Wissensbasis, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass das Wissen aus den wissenschaftlichen Einrichtungen absorbiert wird*

Indikatoren für die betriebsinterne Wissensbasis sind unter anderem die Anzahl der Beschäftigten mit einem Hochschulabschluss sowie die Anzahl der Beschäftigten in den betriebsinternen FuE-Abteilungen. Unternehmen, die über eine gute Ausstattung mit diesen beiden Faktoren verfügen, sind eher in der Lage, das Angebot der Wissenschaftseinrichtungen zu nutzen. Gerade in diesen Bereichen weist die Wirtschaft Sachsen-Anhalts Schwächen auf. Analysiert man die Beschäftigtenstruktur nach ihrer Schulbildung, so ist festzustellen, dass es in Sachsen-Anhalt eine deutliche Verzerrung zugunsten von Personen mit einer niedrigen Qualifikation gibt.<sup>104</sup> Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man den Anteil des FuE-Personals an der Gesamtzahl der Beschäftigten betrachtet (Tabelle E.1). Die Zahl der FuE-Beschäftigten ist im untersuchten Zeitraum gestiegen, aber im Vergleich zum Bundesdurchschnitt nur schwach ausgeprägt. Aufgrund der geringen betriebsinternen Wissensbasis wird eine Absorption des Wissensoutputs aus den wissenschaftlichen Einrichtungen nur begrenzt erreichbar sein.

---

giepolitischen Strategie am Beispiel Berlins. Berlin 1991; SCHRÖTER, W.: Forschungstransfer aus einer klassischen Universität. in: Wagner; Adolf (Hrsg.) Forschungstransfer klassischer Universitäten. Tübingen 1990; TÄGER, U.C./UHLMANN, L.: Der Technologietransfer in der Bundesrepublik Deutschland: Grundstrategien auf dem Technologiemarkt. Berlin, München 1984; VOGEL, B./STRATMANN, B. 2000: Public Private Partnership in der Forschung. Neue Formen der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Hannover 2000.

<sup>104</sup> Vgl. ROSENFELD et al. 2001 a.a.O.

Tabelle E.1:

## FuE-Personalintensität in ausgewählten Regionen von 1995 und 1997

Region	Anteil des FuE-Personals an der Gesamtzahl der Beschäftigten		
	1995	1997	Veränderung 1997 gegenüber 1995 in %
Sachsen-Anhalt	2,04	2,19	7,4
Neue Länder <sup>a</sup>	3,05	3,49	14,4
Alte Länder <sup>b</sup>	4,00	4,24	6,0
Deutschland	3,92	4,17	6,4

<sup>a</sup> einschließlich Berlin Ost. – <sup>b</sup> früheres Bundesgebiet.

Quelle: ROSENFELD et al. 2001, a.a.O.

*Hypothese 1.2: Je höher die unternehmensinternen FuE-Aufwendungen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass das Wissen aus den wissenschaftlichen Einrichtungen absorbiert wird*

Die finanziellen FuE-Aufwendungen im Wirtschaftssektor sind eine weitere Determinante, welche die Produktion und Adaption technischen Wissens beeinflusst.<sup>105</sup> Sachsen-Anhalt weist nach Mecklenburg-Vorpommern die zweitniedrigste Pro-Kopf-Aufwendung für FuE im Wirtschaftssektor auf.<sup>106</sup> Daraus kann geschlussfolgert werden, dass die finanziellen Möglichkeiten der sachsen-anhaltinischen Betriebe zur Einstellung qualifiziertem FuE-Personals und zur Kooperation mit regionalen Wissenschaftseinrichtungen gering ausgeprägt sind.

*Hypothese 1.3: Je mehr Beschäftigte ein Unternehmen hat, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass das Wissen aus den wissenschaftlichen Einrichtungen absorbiert wird*

In bisherigen Untersuchungen wurde ermittelt, dass die Nutzung wissenschaftlicher Leistungen von der Unternehmensgröße beeinflusst wird.<sup>107</sup> Vor allem mittlere (50-499 Beschäftigte) und große Betriebe (über 500 Beschäftigte) profitieren häufiger und nachhaltiger von den wissenschaftlichen Angeboten als kleine Betriebe. „Das Bild, das möglicherweise Anfang der neunziger Jahre noch von Sachsen-Anhalt existiert, nämlich ein Land mit einer stark großbetrieblich geprägten Wirtschaftsstruktur zu sein, muss inzwischen deutlich relativiert werden.“<sup>108</sup> Die heutige mittelständisch geprägte Betriebsstruktur (Tabelle E.2) unterscheidet sich nicht von denen der übrigen neuen Länder und weicht auch nur unwesentlich von der prozentualen Betriebsstruktur in den alten Län-

<sup>105</sup> Vgl. ROSENFELD et al. 2001, a.a.O., S. 108.

<sup>106</sup> Vgl. Tabelle C.4.

<sup>107</sup> Vgl. BLUME/FROMM 2000, a.a.O.

<sup>108</sup> Vgl. Rosenfeld et al. 2001, a.a.O., S. XXXIX.

dern ab. Jedoch fehlt es in Sachsen-Anhalt an Großbetrieben mit mehreren tausend Beschäftigten und beträchtlichen Kapitalreserven. Aufgrund dieses Mankos ist nur eine begrenzte Aufnahmekapazität wissenschaftlicher Produkte durch die regionale Wirtschaft zu erwarten.

Tabelle E.2:

Unternehmensgrößenstruktur nach ausgewählten Regionen (Stand April 2000)

- in % -

Region	1-19 Beschäftigte	20-499 Beschäftigte	500 und mehr Beschäftigte
Sachsen-Anhalt	89,7	10,2	0,2
Neue Länder <sup>a</sup>	89,7	10,1	0,2
Alte Länder <sup>b</sup>	90,3	9,5	0,2

<sup>a</sup> ohne Berlin – <sup>b</sup> nur Flächenländer.

Quelle : ROSENFELD et al. 2001, a.a.O.

*Hypothese 1.4: Je mehr der Schwerpunkt von Unternehmen auf überregionalen Absatzmärkten liegt, desto höher ist die Fähigkeit, wissenschaftliche Outputs für den Betrieb nutzbar zu machen*

Betriebe welche vor allem den regionalen Markt bedienen sind anderen Konkurrenzsituationen ausgesetzt als Betriebe mit überregionalen Absatzmärkten und nutzen daher Wissensoutputs aus den Forschungseinrichtungen seltener. Die sachsen-anhaltinische Wirtschaft ist stärker als die übrigen neuen Länder auf dem ostdeutschen Markt fokussiert,<sup>109</sup> so dass auch hier nur ein geringes Potenzial für die Aufnahme wissenschaftlicher Güter vorhanden ist.

*Hypothese 2: Die Orientierung von Ausbildung und FuE durch die Wissenschaftseinrichtungen an den regionalen Wirtschaftsstrukturen (Sektoralstruktur) verbessert die Voraussetzungen dafür, dass ein regionaler Wissenstransfer stattfindet*

Inwieweit die Betriebe auf die Angebote der Forschungseinrichtungen zurückgreifen, hängt nicht nur von der Fähigkeit der Betriebe ab, unternehmensexternes Wissen zu absorbieren, sondern auch von den Forschungs- und Lehrorientierungen der Wissenschaftseinrichtungen.

---

<sup>109</sup> Vgl.: ROSENFELD et al. 2001, a.a.O.



*Hypothese 2.1: Je wirtschaftsferner die Forschungs- und/oder Lehrausrichtungen der wissenschaftlichen Einrichtungen sind, desto geringer ist deren regionalökonomischer Nutzen*

Betriebe profitieren vor allem von anwendungsreifen Forschungsergebnissen. Grundlagenforschung, wie sie beispielsweise von den Max-Planck-Instituten betrieben wird, ist nur bedingt transferierbar.

Als wirtschaftsnahe Fachrichtungen gelten vor allem die Natur- und Ingenieurwissenschaften. Neben hochqualifizierten Absolventen bieten sie anwendungsorientierte Forschungsergebnisse an. Daher wird vor allem von dem wirtschaftsnah forschenden Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik, der FH Merseburg sowie den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fachrichtungen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ein hoher regionaler Transferoutput vermutet. Doch gerade in diesem Bereich weist die sachsen-anhaltinische Wissenschaftslandschaft Mängel auf. Die Ausstattung mit Instituten der Fraunhofer-Gesellschaften im Land ist im Vergleich zu Westdeutschland überdurchschnittlich (Tabelle E.3). Die Mittelinvestitionen für die ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fachrichtungen liegen in Sachsen-Anhalt weit unter dem Durchschnitt der alten und neuen Länder (Tabelle E.3).

Tabelle E.3:

Ausgewählte Indikatoren zur Abbildung der öffentlichen Forschung im Hochschulbereich und in außeruniversitären öffentlichen FuE-Einrichtungen nach Regionen

Bezeichnung des Indikators	Maßeinheit	Zeitraum/Zeitpunkt	Region		Land
			Neue Länder (Flächenländer)	Alte Länder (Flächenländer)	Sachsen-Anhalt
Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft (FHG)	Zahl	2001	19	44	2
	Zahl je 1 Mio. Einwohner		1,4	0,7	0,8
Investitionsausgaben der Hochschulen in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften	DM je Einwohner	1992-1999	85	68	49
Investitionsausgaben der Hochschulen in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften	DM je Einwohner	1992-1999	68	79	17

<sup>a</sup> Hauptberuflich. – <sup>b</sup> Studierende im Wintersemester 1999/2000.

Quellen: ROSENFELD/HEIMPOLD, a.a.O., S. 396ff.

Die Feststellung aus Kapitel C.2.1.2 kann dahin konkretisiert werden, dass in Sachsen-Anhalt die Hochschulen im Vergleich zu den anderen Ländern überproportional gut ausgestattet sind, aber in den für die Wirtschaft bedeutenden Bereichen, z.B. den Natur- und Ingenieurwissenschaften, unterproportional wenig Mittel investiert werden.

*Hypothese 2.2: Ist eine wirtschaftsnahe Forschungs- und/oder Lehrausrichtung gegeben, so ist die Bedeutung der Wissenschaftseinrichtungen für die Region nur dann hoch, wenn diese an den regionalen Wirtschaftsstrukturen ausgerichtet sind*

Der Forschungsoutput kann sich zwar auf Fragen der Wirtschaft beziehen, ist aber nur dann in die regionale Wirtschaft transferierbar, wenn dieser mit der regionalen Wissensnachfrage kompatibel ist. Orientiert sich der Fachbereich bzw. die Einrichtung an überregionalen Themenschwerpunkten, die nur eine geringe Relevanz für die regionale Wirtschaft haben, sind nur marginale Transfermöglichkeiten gegeben. Die wirtschaftsnahen Fachbereiche mit eher überregionalem Forschungsschwerpunkt können aktiv Wissenstransfer betreiben, jedoch geschieht dies dann nicht mit Unternehmen aus Sachsen-Anhalt.

Im Bereich der Biotechnologie in der Region Halle hat es den Anschein, dass die Kompatibilität der jeweiligen Fachbereiche mit den regional tätigen Unternehmen recht stimmig ist. Das Biozentrum der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ist in seiner anwendungsorientierten Forschung auf Bereiche (molekularbiologische, medizinische, pharmazeutische und biotechnologische Anwendungsforschung) ausgerichtet, in welchen die Unternehmen des Biozentrums sowie des Technologie- und Gründerzentrums Halle tätig sind. In diesen Bereichen wird eine hohe regionalökonomische Wirkung der wissenschaftlichen Outputs erwartet.

Handelt es sich um eine wirtschaftsnahe Forschungsorientierung die sich in den sektoralen Wirtschaftsstrukturen nicht widerspiegelt, könnte insoweit ein hoher regionalökonomischer Nutzen entstehen, wenn es zu Ausgründungen aus den Forschungseinrichtungen kommt, die ihren Sitz in Sachsen-Anhalt nehmen. In diesem Fall wird nicht nur das Wissen innerhalb der Region transferiert, sondern es entstehen neue Betriebe, welche die Wirtschaftsstruktur des Landes verändern und so die regionalen Absorptionsbedingungen verbessern.

Die bisherige Betrachtung zum Wissenstransfer fokussierte die Effekte auf die regionalen Transferleistungen der Wissenschaft für die Wirtschaft. Die regionale Wirtschaft kann aber auch von überregionalen Wissenstransfers profitieren. Finden überregionale Wissenstransfers statt, so fließt nicht nur das wissenschaftliche Wissen aus der Region ab, sondern parallel absorbieren die Wissenschaftseinrichtungen auch überregionales Wissen. Dieses attrahierte Wissen wird von den Forschungseinrichtungen aufbereitet

---

und steht dann zukünftigen regionalen und überregionalen Wissenstransfers zur Verfügung.<sup>110</sup>

Bei zusammenfassender Betrachtung der Hypothesen und der unabhängigen Variablen ist zu erwarten, dass die Region Halle zwar mit ihren diversen wissenschaftlichen Einrichtungen über ein hohes Innovationspotenzial verfügt, dieses Potenzial aber nur in geringem Umfang von den Unternehmen des Landes Sachsen-Anhalt verwertbar umgesetzt wird bzw. werden kann.

### **3. Geplantes methodisches Vorgehen**

Um die vorgenannten Hypothesen zu überprüfen, sind empirische Erhebungen erforderlich. Die wohl wichtigste Frage in diesem Zusammenhang lautet: Wie lassen sich die Qualität dieser Transfers und vor allem deren Nutzen für die regionalen Unternehmen ermitteln? Zur Ermittlung der regionalökonomischen Wirkung von Netzwerkbeziehungen und Wissenstransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft gibt es zwei denkbare Wege. Eine Möglichkeit analysiert die Wirkungen der Netzwerke und Transfers aus Sicht der Wissenschaftseinrichtungen. Der Vorteil dieser Vorgehensweise kann darin gesehen werden, dass eine Vollerhebung<sup>111</sup> möglich ist. Allerdings lassen sich so keine Aussagen darüber treffen, warum Unternehmen nicht kooperieren und wo Kooperationshemmnisse aus unternehmerischer Perspektive gegeben sind. Damit sind nur begrenzte Informationen über die Passgenauigkeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in der Region Sachsen-Anhalt erhältlich.

Eine zweite Variante ermittelt die Wirkungen von Wissenschaftseinrichtungen aus der Sicht der Wirtschaft. Dieses Vorgehen ermöglicht es, Informationen über die Erwartungen und Ansprüche der Unternehmen an die Wissenschaft zu erfragen und damit Aussagen über die Kompatibilität zwischen den Angeboten der Wissenschaftseinrichtungen und der Nachfrage der Unternehmen zu gewinnen. Kooperationshemmnisse können damit ebenso ermittelt werden, wie die Gründe dafür, dass Unternehmen nicht mit der Wissenschaft kooperieren. Zusätzlich können Erkenntnisse über die regionale Ausbreitung von Netzwerkbeziehungen generiert werden, d.h. es können Aussagen darüber getroffen werden, ob die Effekte von Netzwerken zwischen Wissenschaft und Wirtschaft mit räumlicher Entfernung abnehmen. Mit dieser Vorgehensweise kann eine kritische Bestandsaufnahme des Nutzens der Wissenschaftseinrichtungen für die Unternehmen gegeben werden.

---

<sup>110</sup> Vgl. FRITSCH/SCHWIRTEN 1998, a.a.O. Die Autoren bezeichneten dies auch als „Antennenfunktion“ der wissenschaftlichen Einrichtungen.

<sup>111</sup> Vollerhebung meint in diesem Zusammenhang, dass alle an den Hochschulen tätigen Professoren befragt werden.

Beide Vorgehensweisen ermöglichen schriftliche Befragungen oder auch Intensivinterviews. Im weiteren Verlauf der Untersuchung findet zunächst eine schriftliche Unternehmensbefragung sachsen-anhaltinischer Unternehmen statt, welche die oben aufgeführten Vorteile aufweist. Der Nachteil dieser Umfrage liegt darin, dass keine flächendeckende Befragung durchgeführt wird. Aus diesem Grund wird parallel eine schriftliche Vollerhebung an den Wissenschaftseinrichtungen durchgeführt. Damit werden die Vorteile beider Vorgehensweisen miteinander gekoppelt, um ein möglichst vollständiges Bild von den regionalökonomischen Wirkungen der Angebotseffekte der Wissenschaftseinrichtungen zu erhalten.

Ergänzt werden die schriftlichen Befragungen durch Intensivinterviews. Dabei interessieren uns vor allem die Kooperationserfolge und die Gründe für Kooperationsverweigerungen. Die Intensivinterviews werden durchgeführt mit ausgewählten Unternehmen und Wissenschaftlern, welche positive Erfahrungen und Erfolge mit Wissenstransfers vorweisen und solchen, die über keine Transfererfahrungen verfügen.

## Literatur:

- ABRAMSON, N. H./ENCARNAÇÃO, J./REID, P. P./SCHMOCH, U.: Technologietransfer-Systeme in den USA und Deutschland: Überblick und Vergleich, Stuttgart 1997.
- AGHION, P./HOWITT, P.: A Model of Growth through Creative Destruction. Cambridge/Mass. 1990 (NBER Working Paper No. 3223).
- ALLESCH, J.: Wissens- und Technologietransfer an den deutschen Hochschulen, in: J. Allesch/D. Preiß-Allesch: Hochschule und Wirtschaft – Möglichkeiten und Hemmnisse der Zusammenarbeit, Bad Honnef 1984, S. 139-148.
- ALLESCH, J.: Stand und Perspektive des Technologietransfers an Deutschen Hochschulen, in: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Wissens- und Technologietransfer aus deutschen und britischen Hochschulen. Bad Honnef 1986, S. 66-81.
- ANSELIN, L./VARGA, A./ACS, Z.: Local Geographic Spillovers between University Research and High Technology Innovations, in: Journal of Urban Economics, 42 Jg., 1997, S. 422-448.
- ASSENMACHER, M./LESSMANN, G.: Ermittlung eines regionalen Multiplikators für Sachsen-Anhalt, Wernigerode 2002 (unveröffentlichtes Arbeitspapier).
- BARJAK, F./FRANZ, P./HEIMPOLD, G./ROSENFELD, M. T. W.: Regionalanalyse Ostdeutschland: Die wirtschaftliche Situation der Länder, Kreise und kreisfreien Städte im Vergleich, in: IWH - Wirtschaft im Wandel, 6. Jg., H. 2, 2000, S. 31-55.
- BAUER, E.-M.: Die Hochschule als Wirtschaftsfaktor. Eine systemorientierte und empirische Analyse universitätsbedingter Beschäftigungs-, Einkommens- und Informationseffekte – dargestellt am Beispiel der Ludwig-Maximilians-Universität München, Kallmünz/Regensburg 1997 (Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Bd. 41).
- BECHER, G./HEMMELSKAMP, J./WEIBERT, W./WOLFF, H.: Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Standortbedingungen für Forschung, Entwicklung und Technologie in der Bundesrepublik. Studie im Auftrag des Bundesministerium für Forschung und Technologie. Europäisches Zentrum für Wirtschaftsforschung und Strategieberatung. Basel 1993.
- BEISE, M./LICHT, G./SPIELKAMP, A.: Technologietransfer an kleine und mittlere Unternehmen: Eine Analyse und Perspektive für Baden-Württemberg, Baden-Baden 1995 (Schriftenreihe des ZEW Band 3).
- BEISE, M./SPIELKAMP, A.: Technologietransfer von Hochschulen: Ein Insider-Outsider-Effekt, Mannheim 1996 (ZEW Discussion Paper No. 96-10).
- BENSON, L.: Regionalwirtschaftliche Effekte der Universität Trier. Eine Untersuchung der Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft während der Leistungserstellungsphase, Trier 1997.

- BLUME, L./FROMM, O.: Regionale Ausgabeneffekte von Hochschulen, in: Raumforschung und Raumordnung, 57. Jg., H. 5/6, 1999, S. 418-431.
- BLUME, L./FROMM, O.: Regionalökonomische Bedeutung von Hochschulen. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Universität Gesamthochschule Kassel, Wiesbaden 2000.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hrsg.): 29. Rahmenplan für den Hochschulbau nach dem Hochschulbauförderungsgesetz 2000-2003 vom 25.10.1999.
- CHARNEY, A. H.: The University of Arizona – An Investment in Arizona's and Pima County's Future, Tucson 1996.
- CLERMONT, C.: Regionalwirtschaftliche Wirkungen von Wissenschaftseinrichtungen, Hamburg 1997.
- DEILMANN, B.: Wissens- und Technologietransfer als regionaler Innovationsfaktor: Ausgangsbedingungen, Probleme und Perspektiven am Beispiel der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern, Dortmund 1995 (Duisburger Geographische Arbeiten Nr. 15).
- DRUDE, M.: Die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Wirtschaftsfaktor für die Region, Freiburg/Br. 1995.
- FELDER, J./SPIELKAMP, A.: Innovationsstrategien und Forschungsaktivitäten ostdeutscher Unternehmen, in M. Fritsch/F. Meyer-Krahmer/F. Pleschak (Hrsg.): Innovationen in Ostdeutschland – Potentiale und Probleme, Heidelberg 1998.
- FELDMAN, M. P./FLORIDA, R.: The Geographic Sources of Innovation: Technological Infrastructure and Product Innovation in the United States, in: Annals of the Association of American Geographers, 84 Jg., 1994, S. 222-225.
- FICHTEL, R.: Technologietransfer für Klein- und Mittelbetriebe, Wiesbaden 1997.
- FISCHER, G./NEF, M.: Die Auswirkungen der Hochschule auf Stadt und Kanton St. Gallen, St. Gallen 1990 (Schweizerisches Institut für Außenwirtschafts-, Struktur- und Regionalforschung an der Hochschule St. Gallen, Bd. 23).
- FLORAX, R.: The University: A Regional Booster? Economic Impacts of Academic Knowledge Infrastructure, Aldershot 1992.
- FÖRDERER, K./KREY, K./PALME, K.: Innovation und Mittelstand : eine Umfrage bei 1871 mittelständischen Unternehmen, Köln 1998 (Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Nr. 222).
- FRANZ, P.: Ostdeutsche Technologie- und Gründerzentren in der Aufbauphase, Halle/S. 1996 (Forschungsreihe des IWH 4/1996).
- FRANZ, P.: Innovative Milieus als Extrempunkte der Interpenetration von Wirtschafts- und Wissenschaftssystem, in: Jahrbuch für Regionalwissenschaft, 19. Jg., 1999a, S. 107-130.

- FRANZ, P.: Innovationspotentiale ostdeutscher Ballungszentren im Vergleich, in: *Wirtschaft im Wandel*, 5. Jg., H. 11, 1999b, S. 3-9.
- FREEMAN, C./SOETE, L.: *The Economics of Industrial Innovation*, 3. Aufl., London u. Washington 1997.
- FRITSCH, M./SCHWIRTEN, C.: Öffentliche Forschungseinrichtungen im regionalen Innovationssystem. Ergebnisse einer Untersuchung in drei deutschen Regionen, in: *Raumforschung und Raumordnung*, 56. Jg., H. 4, 1998, S. 253-263.
- FRITSCH, M./KOSCHATZKY, K./SCHÄTZL, L./STERNBERG, R.: Regionale Innovationspotentiale und innovative Netzwerke, in: *Raumforschung und Raumordnung*, 56. Jg., H. 4, 1998, S. 243-252.
- FROMHOLD-EISEBITH, M.: Messbarkeit und Messung des regionalen Wissens- und Technologietransfers aus Hochschulen, in: *NIW-Workshop: Erfolgskontrollen in der Technologiepolitik*, Hannover 1992, S. 117-136.
- FROMHOLD-EISEBITH, M./NUHN, H.: *Großforschung und Region. Der Beitrag von Forschungszentren des Bundes zu einer innovationsorientierten Regionalentwicklung*, Münster 1995.
- GEPPERT, K./VESPER, D.: *Zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Berliner Hochschulen*, Berlin 1997 (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung).
- GIESE, E./ABERLE, G./KAUFMANN, L.: *Wechselwirkungen zwischen Hochschule und Hochschulregion – Fallstudie Justus-Liebig-Universität Gießen*, 2 Bde., Gießen 1982.
- GIBB, A. A.: *Technologietransfer – Universitäten und Klein- und Mittelbetriebe*, in: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): *Wissens- und Technologietransfer aus deutschen und britischen Hochschulen*, Bad Honnef 1998, S. 42-63.
- GLOEDE, K./SCHIRMAG, T./SCHÖLER, K.: *Ökonomische Wirkungen der Universität Potsdam auf die Region*, Frankfurt/M. u.a. 1999.
- GLORIUS, B./SCHULTZ, A.: *Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg als regionaler Wirtschaftsfaktor*, Halle/S. 2001 (hrsg. vom Institut für Geographie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg).
- GODDARD, J.: *Universities and Communities*, London 1994.
- GREIF, S.: Die neuen Bundesländer im Patentgeschehen der Bundesrepublik Deutschland, in: R. Boch (Hrsg.): *Patentschutz und Innovation in Geschichte und Gegenwart*, Frankfurt/M. u.a. 1999, S. 147-166.
- GRENZMANN, C./WUDKE, J.: *Der Osten holt auf*, in: *Wissenschaftsstatistik GmbH: FuE Info 2/1999*.
- GROSSMAN, G.M.; HELPMAN, E.: *Innovation and Growth in the Global Economy*. Cambridge/Mass. 1990.

- HARHOFF, D.: Agglomeration und regionale Spillovereffekte, in: B. Gahlen/H. Hesse/H. J. Ramser (Hrsg.): Standort und Region. Neue Ansätze zur Regionalökonomik, Tübingen 1995: 83-116 (Wirtschaftswissenschaftliches Seminar Ottobeuren Bd, 24).
- HECHT, M.: Innovationspotentiale in der Region. Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Universität Greifswald, Regensburg 1998.
- HEIMPOLD, G.: Die Unternehmenslücke zwischen Ost- und Westdeutschland – Ein zentrales Problem der ostdeutschen Wirtschaft?, in: IWH - Wirtschaft im Wandel, 7. Jg., 2001, H. 9, S. 199-204.
- HEIMPOLD, G./ROSENFELD, M. T. W.: Wo steht Sachsen-Anhalt? Zur wirtschaftlichen Entwicklung anhand ausgewählter Indikatoren, in: J. Wolf et al. (Hrsg.): Jahrbuch für Politik und Gesellschaft in Sachsen-Anhalt 2002, Halle/S. 2002, a.a.O., S. 11-24.
- HENREKSON, M./ROSENBERG, N.: Incentives for Academic Entrepreneurship and Economic Performance: Sweden and the United States, in: S. Sörlin/G. Törnqvist (Hrsg.): The Wealth of Knowledge. Universities in the New Economy (im Erscheinen).
- HIS GmbH: Grundauszählung zur 16. Sozialerhebung, Auszählungsreihe Studentenerkennung Halle, 9.8.2001 (unveröffentlicht).
- KERBER, W.: Bildung, Forschung und Entwicklung: Grenzen staatlicher Politik aus der Perspektive des internationalen Wettbewerbs, in: D. Cassel (Hrsg.): 50 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption, Stuttgart 1998, S. 323-365.
- KERSTEN, R.: Modelle eines regionalen Forschungstransfers am Beispiel der Universität Kiel, Teil II, Kiel 1996 (Beitrag Nr. 21 aus dem Institut für Regionalforschung Kiel).
- KINKEL, S.; DREHER, C.: Produktionsstrukturen in der Investitionsgüterindustrie Sachsen-Anhalts – ein Vergleich mit alten und neuen Bundesländern, Karlsruhe 1998.
- KLEINHENZ, G.: Die Universität – Auswirkungen auf die Stadt Passau und das Umland, Passau 1990.
- KNÖDLER/R./TIVIG, T.: Die Universität Rostock als regionaler Wirtschaftsfaktor, Rostock 1996 (Thünen-Series of Applied Economic Theory, Working Paper No. 3).
- KONECNY, E./QINN, C./SACHS, K./THOMPSON, D.: Universities and Industrial Research, Cambridge 1995.
- KULTUSMINISTERIUM SACHSEN-ANHALT (Hrsg.): Großgerätebericht 1991-1998 (unveröffentlicht).
- KULTUSMINISTERIUM SACHSEN-ANHALT (Hrsg.): Hochschulbaubericht 1991-1998 (unveröffentlicht).



- MANSFIELD, E./LEE, J.-Y.: The Modern University: Contributor to Industrial Innovation and Recipient of Industrial R&D Support, in: *Research Policy*, 25. Jg., 1996, S. 1047-1058.
- MILLER, J./SCHÄFER, H.: Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Universität Bremen, Bremen 1998 (Schriftenreihe des Instituts für Konjunktur- und Strukturfor- schung der Universität Bremen, Bd. 1).
- MÖLLER, J./OBERHOFER, W.: *Universität und Region*, Regensburg 1997.
- MÜLLER, R.: Ist eine spezifische FuE-Förderung für die neuen Länder notwendig?, in: *IWH - Wirtschaft im Wandel*, 4. Jg., H. 14, 1998, S. 7-11.
- MÜLLER, R.: Grenzen der FuE-Förderpolitik: Was leistet sie in den neuen Ländern?, in: *IWH - Wirtschaft im Wandel*, 5. Jg., H. 13, 1999:, S.12-18.
- NICOLAY, R./WIMMERS, S.: Kundenzufriedenheit der Unternehmen mit Forschungs- einrichtungen. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung zur Zusammenarbeit zwi- schen Unternehmen und Forschungseinrichtungen, Bonn u. Berlin 2000.
- NIERMANN, U.: Wirtschaftsfaktor Universität – Eine input-output-orientierte Analyse am Beispiel der Universität Bielefeld, 2 Bde., Münster 1996.
- OSER, U./Schröder, E.: Die Universität Konstanz als Wirtschaftsfaktor für die Region, Konstanz 1995 (Center for International Labor Economics).
- PFÄHLER, W./BÖNTE, W./GABRIEL, C./KETTNER, A.: Wirtschaftsfaktor Bildung und Wissenschaft: Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Hochschulbildungs- und Wissenschaftseinrichtungen in Bremen, Frankfurt/M. u.a. 1999.
- PFÄHLER, W./CLERMONT, C./GABRIEL, C./HOFMANN, U.: Bildung und Wissen- schaft als Wirtschafts- und Standortfaktor – Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Hamburger Hochschulbildungs- und Wissenschaftseinrichtungen, Hamburg 1997.
- PFAFF, M./BECKER, W.: *Universität und Wirtschaftsstruktur. Zur kommunal- und re- gionalwirtschaftlichen Bedeutung der Universität Augsburg*, Augsburg 1990.
- REINHARD, M./SCHMALHOLZ, H.: *Technologietransfer in Deutschland. Stand und Reformbedarf*, Berlin u. München 1996.
- ROMER, P.M.: Endogenous Technological Change, in: *Journal of Political Economy*, 98. Jg., 1990, S. 71-102.
- ROSENBERG, N.: *Schumpeter and the Endogeneity of Technology. Some American Perspectives*, London 2000.
- ROSENFELD, M. T. W./BARJAK, F./FRANZ, P./HEIMPOLD, G./SCHULTZ, B.: *Re- gionale Wirtschaftsstrukturen in der zweiten Phase der ostdeutschen Transformation: Sachsen-Anhalt 1995-1999*, Halle 2001 (IWH-Sonderheft 1/2001).
- ROSENFELD, M. T. W./HEIMPOLD, G.: Öffentliche Forschung in Ostdeutschland: ein Hoffnungsträger für den wirtschaftlichen Aufschwung?, in: *IWH – Wirtschaft im Wandel*, 7. Jg., H. 15, 2001, S. 393-404.

- ROSENFELD, M. T. W.: Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern: Allgemeine Probleme, regionale Unterschiede und Implikationen für die regionale Wirtschaftsförderung, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2002, Baden-Baden (im Erscheinen).
- ROTHFUSS, A. E.: Hochschulen in den USA und in Deutschland. Ein Vergleich aus ökonomischer Sicht, Baden-Baden 1998 (Nomos Universitätschriften – Wirtschaft, Bd. 33).
- SAXENIAN, A.: Regional Advantage. Culture and Competition in Silicon Valley and Route 128, Cambridge/Mass./London 1996.
- SCHAMP, E.W./SPENGLER U.: Universitäten als regionale Innovationszentren?, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie; 29. Jg. 29, H. 3/4, 1985, S. 166-178.
- SCHERER, N.: Kooperationsentscheidungen in Forschung und Entwicklung, Frankfurt/M. 1995 (Europäische Hochschulschriften, Reihe V Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 1798).
- SCHULTZ, A.: Die Universität als Wirtschaftsfaktor. Eine Untersuchung der regionalwirtschaftlichen Einkommens- und Beschäftigungseffekte sowie des Wissenstransfers der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/S. 2001 (Diplomarbeit).
- SCHROEDER, K./FUHRMANN, F. U./HEERING, W.: Wissens- und Technologietransfer: Bedeutung und Perspektiven einer regionalen technologiepolitischen Strategie am Beispiel Berlins, Berlin 1991.
- SCHRÖTER, W.: Forschungstransfer aus einer klassischen Universität, in: A. Wagner (Hrsg.): Forschungstransfer klassischer Universitäten, Tübingen 1990.
- SCHWITALLA, B.: Messung und Erklärung industrieller Innovationsaktivitäten mit einer empirischen Analyse für die westdeutsche Industrie. Heidelberg 1993.
- SLAUGHTER, S./LESLIE, L. R.: Academic Capitalism, Politics, Policies, and the Entrepreneurial University, Baltimore 1997.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2001, Wiesbaden 2001.
- TÄGER, U. C./UHLMANN, L.: Der Technologietransfer in der Bundesrepublik Deutschland: Grundstrategien auf dem Technologiemarkt. Berlin u. München 1984.
- TAMÁSY C.: Technologie- und Gründerzentren in Ostdeutschland – eine regionalwirtschaftliche Analyse, Münster 1996.
- VOGEL, B./STRATMANN, B.: Public Private Partnership in der Forschung. Neue Formen der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, Hannover 2000.
- VOIGT, E.: Die Universität als Wirtschaftsfaktor am Beispiel der TU Ilmenau, in: Raumforschung und Raumordnung, 54. Jg., H. 4, 1996, S. 283-289.
- WILLAUSCHUS, A.: Wirtschaftliche Verflechtungen zwischen Hochschulen und Stadt. Eine empirische Analyse am Beispiel der Stadt Münster und ihren Hochschulen, Baden-Baden 1979.

WÖLFL, A.: Spillover Effects – An Incentive to Cooperate in R&D? Halle/S. 1998 (IWH-Diskussionspapiere 79).

WÖLFL, A.: Absorbing External Knowledge for Innovation Success – Does the Recipe Work? Halle/S. 1999 (IWH-Diskussionspapiere 94).

ZUCKER, L.G./DARBY, M.R./BREWER, M.B.: Intellectual Human Capital and the Birth of U.S. Biotechnology Enterprises, in: American Economic Review, 88 Jg., 1998, S. 290-306.